KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 206 November / Dezember 2019 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 206 November/Dezember 2019



Mit Bomben, chemischen Waffen und dschihadistischen Banden geht Erdoğan gegen die Bevölkerung vor, um die Errungenschaften der Revolution Rojavas zu vernichten.



Die Bevölkerung von Kobanê protestiert gegen den Einsatz chemischer Waffen, die der Kriegsverbrecher Erdoğan bei der Invasion Nordsyriens gegen Zivilisten einsetzt.



Dschihadistische Milizen des NATO-Staats Türkei befreiten in einem Camp bei Ain Issa Mitglieder des Islamischen Staats und setzten es im Anschluss in Brand.

Liebe Leserinnen und Leser,

die kurdische Frage und der damit verbundene Kampf der kurdischen Gesellschaft ist auch im 21. Jahrhundert immer noch ein Kampf um Sein oder Nichtsein. Der am 9. Oktober 2019 vom türkischen Staat begonnene Angriffskrieg gegen die Demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien hat dies nochmals aller Welt klar vor Augen geführt.

Das Timing dieser völkerrechtswidrigen Militäroperation, bei der die Türkei vor allem dschihadistische Gruppen unter dem Deckmantel der »Nationalen Armee Syriens« aufmarschieren lässt, sagt hierbei viel über das wesentliche Ziel dieses Kriegs aus. Bereits das vor 21 Jahren am 9. Oktober 1998 begonnene Internationale Komplott, aufgrund dessen der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan verschleppt wurde, zielte darauf ab, die politische Organisierung der kurdischen Gesellschaft zu zerschlagen und diese dem türkischen Nationalstaat einzuverleiben.

Der nun gegen Rojava eingeleitete türkische Angriffskrieg bildet den vorläufigen Höhepunkt der Anstrengungen des türkischen Faschismus, die kurdische Gesellschaft all ihrer demokratischen Errungenschaften zu berauben. Dieser Angriffskrieg lässt sich dabei einreihen in die brutalen Übergriffe und Massaker, die die AKP-Regierung seit dem Abbruch der Friedensverhandlungen im Jahr 2015 verfolgt.

Die Phase vor dem Angriff war ein abgekartetes Spiel in der internationalen Politik. Am 19. September erklärten die Türkei, der Iran und Russland nach ihrer Zusammenkunft, die demokratische Autonomie in Nordsyrien nicht anzuerkennen. Wenig später folgte die Erklärung der USA und der Türkei, es werde nun gemeinsame Patrouillen zur Grenzsicherung geben. Kurz darauf folgte die Ankündigung des Rückzugs der US-Truppen aus der Region, woraufhin der türkische Angriff erfolgte. Auf diese Weise haben die USA den Angriffskrieg eingeleitet und die türkische Besetzung legitimiert. Wer also nach Verantwortlichen für die hunderten Menschen sucht, die durch den türkischen Angriffskrieg bis jetzt getötet wurden, muss die USA, Russland, die Vereinten Nationen und die Türkei sehen.

Mit diesem Krieg in Nordsyrien hat sich jedoch nicht nur gezeigt, dass für die kurdische Gesellschaft die reale Gefahr eines Genozids besteht. Der Selbstverteidigungskampf der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) gegen die zweitgrößte NATO-Armee hat aber auch der ganzen Welt vor Augen geführt, worum sich der Kampf in Rojava im Kern dreht. Der Widerstand ist regelrecht ein Kampf des Guten gegen das Böse geworden. Es hat sich eine internationale und demokratische Allianz der Völker gebildet, die den Widerstand der Selbstverteidigungskämpfer und die Schmerzen mitfühlt. Diese internationale Solidarität hat eine Welle der Solidarität ausgelöst, die unvergleichbar ist mit derjenigen aus der Zeit des Widerstands von Kobanê 2014 oder von Efrîn 2018.

Wir hoffen auf das Verständnis unser Leserinnen und Leser, dass Artikel in dieser Ausgabe vor dem Beginn des Angriffskriegs geschrieben wurden und daher die aktuelle Lage nicht behandeln konnten.

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

Gelebte Zukunft

Ali Çiçek, Mitarbeiter von Civaka Azad e.V. – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit

Wir hätten eine fünfzigprozentige Chance auf ein Weltsystem, das uns lieb ist, schrieb der Sozialwissenschaftler und Weltsystemtheoretiker Immanuel Wallerstein, der im September dieses Jahres verstarb, in seiner letzten Kolumne. Wallerstein hatte eine enorme Bedeutung für das Paradigma und die politische Strategie der kurdischen Freiheitsbewegung. Er trug mit seinen Analysen maßgeblich dazu bei, die Welt des 21. Jahrhunderts mit ihren großen Kämpfen, großen Ungewissheiten und großen Fragen zu verstehen. Seine Hauptthese lässt sich so zusammenfassen, dass das moderne Weltsystem, in dem wir leben, nicht mehr weiterbestehen könne, weil es sich vom Gleichgewicht zu weit entfernt habe und den Kapitalisten nicht mehr die Möglichkeit böte, unablässig Kapital anzuhäufen. Auch hätten die Unterschichten den Glauben verloren, dass die Geschichte auf ihrer Seite steht und die Welt ihren Enkeln gehört. Er betonte: »Wir leben in einer Strukturkrise, in der es einen Kampf um das Nachfolgesystem gibt. Auch wenn der Ausgang nicht vorhersehbar ist, können wir sicher sein, dass in den kommenden Jahrzehnten die eine oder andere Seite gewinnt und dass ein neues, einigermaßen stabiles Weltsystem hergestellt wird (oder ein Komplex von Weltsystemen). Was wir tun können, ist, die historischen Optionen zu analysieren, unsere moralische Entscheidung zu treffen, worin der bessere Ausgang besteht, und politisch die bestmöglichen Strategien abzuwägen, um dorthin zu gelangen.«

Auch die kurdische Freiheitsbewegung spricht von einem globalen Neuordnungsprozess, der sich im Mittleren Osten als ein Dritter Weltkrieg bezeichnen lässt. In dieser von Chaos geprägten Phase brechen die ehemaligen Gleichgewichte zusammen und es herrscht ein Machtkampf um eine neue Ordnung. Im Mittleren Osten begann diese Phase mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus, was dem Ende der bipolaren Weltordnung gleichkam. Dabei entstand hier durch den Rückzug der Sowjetunion ein Machtvakuum, das seitdem Anlass für brutale und kriegerische Auseinandersetzungen in der Region ist. Ein Ende dieser Phase der Neuordnung scheint noch nicht in Sicht.

Dieser sogenannte Dritte Weltkrieg, der sich geographisch auf die Region des Mittleren Ostens fokussiert – mit Kurdistan als Herzstück –, hat jedoch nicht denselben Charakter wie die beiden Weltkriege davor. Statt es mit zwei von einem Eisernen Vorhang getrennten verhärteten Fronten und Systemen zu tun zu haben wie noch zu Zeiten der bipolaren Weltordnung, hat sich mit der Transformierung des globalen Kapitalismus auch der Charakter der politischen und wirtschaftlichen (Macht-) Kämpfe verändert. In der gegenwärtigen multipolaren Weltordnung kann man vielmehr von einer Fortsetzung des Kalten Krieges unter entideologisierten Umständen sprechen – reduziert auf die Kategorien blanker nationalstaatlicher Konkurrenz. Bildlich gesprochen nannte es der US-Stratege Zbigniew Brzeziński das »große Schachbrett«. Als Hauptschauplatz künftiger Machtkämpfe hatte er hierbei »Eurasien« im Blick – den riesigen Landkomplex, den Europa und Asien zusammen bilden. Auf diesem Schachbrett werde der Kampf um die globale Vorrangstellung geführt werden.

Der Mittlere Osten

Auf dem heutigen Hauptschauplatz, dem Mittleren Osten, kann man zwischen drei Akteuren differenzieren, die mit jeweils unterschiedlichen Zielen agieren. Zum einen bilden die internationalen Akteure, allen voran die USA, einen Block. Die USA verfolgen seit Beginn der 1990er Jahre das Ziel, die Region entsprechend des »Greater Middle East Project« (GME) neuzustrukturieren. Das GME wurde als Alternative zum Machtvakuum nach dem Zerfall des Realsozialismus entwickelt und soll die Region im Sinne des Neoliberalismus umstrukturieren. Ein Blick auf die blutigen Folgen dieser Politik der letzten dreißig Jahre in Ländern wie Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien lässt erahnen, wie es den Gesellschaften in der Region ergangen ist und weiterhin ergeht. Der zweite Bereich von Akteuren repräsentiert die bestehenden Nationalstaaten, die sich allesamt den Umgestaltungsbemühungen des GME widersetzen. Stattdessen bestehen sie auf der vor hundert Jahren nach dem Sykes-Picot-Abkommen implementierten Ord-

nung. Zum Teil widersetzen sie sich sowohl dem Druck von »oben« als auch dem Druck von »unten«. Beispiele für diese Kategorie sind Staaten wie die Türkei und der Iran. Den dritten Akteur bilden die gesellschaftlichen Kräfte. Sie werden heute im organisatorischen Sinne vor allem von der kurdischen Freiheitsbewegung repräsentiert, die mit der Entwicklung des Modells des demokratischen Konföderalismus eine Alternative zum Greater Middle East Project darstellt.

Da der Kampf um die globale und regionale Vormachtstellung einen Konflikt innerhalb des kapitalistischen Systems darstellt, wurde er bislang noch als Stellvertreterkrieg geführt. Staaten wie die USA, Russland, der Iran oder die Türkei haben im seit über sieben Jahren andauernden Syrien-Krieg lokale Verbündete aufgebaut und/oder unterstützt, um politischen und militärischen Einfluss in der Region auszuüben. Beispiele für diese Stellvertreterpolitik sind verschiedenste islamistische Gruppen wie der Islamische Staat oder die Al-Nusra-Front, die von Staaten wie der Türkei und Saudi-Arabien benutzt werden, wie auch die dagegen vom Iran unterstützten schiitischen Haschd-al-Schaabi-Milizen. Der strategische Sieg über den IS in Raqqa Ende 2017 markierte auch das Ende dieses Stellvertreterkriegs und den Beginn einer neuen Phase, in der sich nun Staaten wie die USA, Russland und europäische Länder direkter und aktiver am Ort des Geschehens einmischen.

So steht der fünfte Astana-Gipfel am 17. September in Ankara exemplarisch für die Versuche Russlands, sowohl Syrien und den Iran auf seine Seite zu ziehen, um im Mittleren Osten seinen Einfluss auszubauen, als auch die Widersprüche zwischen der Türkei und den USA und der Europäischen Union zu vertiefen und zu seinen Gunsten auszunutzen. Darüber hinaus lockte Putin den engen US-Verbündeten im Mittleren Osten Saudi-Arabien mit dem Angebot, das S-400-Raketenabwehrsystem zum Schutz vor Drohnenangriffen zu kaufen.

Die USA hingegen versuchten ihren Einfluss in Syrien zu vergrößern, indem sie auf der einen Seite mit der Türkei und auf der anderen Seite mit den Kurden in Nordsyrien Beziehungen pflegten. Sie waren in Nordsyrien in einer widersprüchlichen Position. Bis kurz vor Beginn des Angriffskrieges der Türkei gegen die demokratische Selbstverwaltung in Nordsyrien am 9. Oktober lavierten sie zwischen der türkischen und der kurdischen Seite. Ein Aspekt der Türkei-Politik der USA war immer das Ziel, den Einfluss der freiheitlichen Ideen des demokratischen Konföderalismus abzuwehren und eine kurdische Region nach eigenen Vorstellungen zu formen. Die demokratische Selbstverwaltung in Nordsyrien erklärte dazu mehrmals, unter keinerlei Druck auf ihr demokratisches System einzuknicken und gegen die Vernichtungspläne der Türkei ihr Recht auf Selbstverteidigung in Anspruch zu nehmen. Mit Beginn des Krieges zwischen der türkischen Armee mit ihren islamistischen Verbündeten und den Demokratischen Kräften Syriens (QSD) hat sich dieses Szenario bewahrheitet. Darüber hinaus dürfen die in den letzten Monaten zunehmenden Drohungen der USA gegen den Iran nicht nur als ein Konflikt



Gleich mit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges der Türkei am 9. Oktober gingen die Menschen wie hier in Aleppo auf die Straße. Foto: anha

allein zwischen den USA und dem Iran betrachtet werden. Letzterer ist gegenwärtig der zentrale Bündnispartner Russlands in der Region und spielt hier für das Gleichgewicht eine entscheidende Rolle.

Der politische Stil der kurdischen Freiheitsbewegung

Für die kurdische Freiheitsbewegung stellt sich inmitten dieses brutalen nationalstaatlichen Konkurrenzkampfs die Frage nach ihrer politischen Strategie. Denn mit den negativen Erfahrungen aus realsozialistischer Praxis und Niedergang der Sowjetunion, mit der Demaskierung der Sozialdemokratie im kapitalistischen Westen als integraler Bestandteil kapitalistischer Herrschaft und den nationalen Befreiungsbewegungen im Süden als neue Herren stellt sich für antisystemische Bewegungen wie die kurdische die Strategiefrage. Die zweistufige Handlungsagenda der antisystemischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts, erst die Macht im Staat zu erlangen und dann die Welt/den Staat/die Gesellschaft zu transformieren, ist überholt. Wie die zapatistische hat es auch die kurdische Freiheitsbewegung mit ihrem Konzept des demokratischen Konföderalismus geschafft, sich zu erneuern und ihre politische Taktik und Strategie an die neuen Merkmale des 21. Jahrhunderts anzupassen – während eine Vielzahl von Organisationen aufgrund ihres Dogmatismus in der Bedeutungslosigkeit versunken sind.

> Ein Aspekt der Türkei-Politik der USA war immer das Ziel, den Einfluss der freiheitlichen Ideen des demokratischen Konföderalismus abzuwehren und eine kurdische Region nach eigenen Vorstellungen zu formen.

In diesem Zusammenhang lässt sich auch die gegenwärtige Politik der kurdischen Freiheitsbewegung besser verstehen. Ohne Zweifel liegen der türkische Angriffskrieg gegen alle Errungenschaften in Nordsyrien, die anhaltende völkerrechtswidrige Besatzung im nordsyrischen Kanton Efrîn, das seit fast drei Monaten bestehende Embargo gegen das Flüchtlingscamp Mexmûr im Nordirak und die Besatzungspolitik des türkischen Staates in Südkurdistan im gemeinsamen Interesse von USA, EU und Regionalstaaten. Dass die imperialistischen Staaten ein offenes militärisches Bündnis mit den Demokratischen Kräften Syriens eingegangen sind, bedeutete nicht, dass dieselben Kräfte die demokratische Selbstverwaltung und deren System des demokratischen Konföderalismus auch ideologisch und politisch anerkennen. Ganz im Gegenteil ist es das Ziel der Angriffe, die kurdische Freiheitsbewegung von ihrer eigenen demokratischen Linie abzubringen und das in Nordsyrien, Mexmûr und Şengal im Aufbau befindliche demokratisch-autonome System von innen heraus zu untergraben und ins eigene System zu integrieren. Was es für die kurdische Freiheitsbewegung bedeutet, wenn sie sich nicht beugt und keine Zugeständnisse macht, hat der von der Türkei begonnene Krieg gegen Rojava allen vor Augen geführt.

Die internationalen und regionalen Kräfte haben aus zwei Gründen Beziehungen mit der kurdischen Freiheitsbewegung aufgenommen. Erstens waren mit dem Islamischen Staat die eigenen Interessen in Gefahr. Da die Bewegung objektiv gegen diese bedrohliche Kraft kämpfte, waren sie in dieser Situation auf sie angewiesen. Der zweite Grund war die Sorge dieser Kräfte, dass sich infolge des erfolgreichen Widerstands der Bewegung das demokratisch-konföderale System in der Region ausbreitet. Die aufgenommenen Beziehungen beabsichtigen dies zu verhindern. Das taktische Bündnis hatte für beide Seiten keine strategische Bedeutung und das parallele Agieren Rojavas mit der internationalen Koalition und den USA sowie im Zuge des Krieges mit dem Assad-Regime und Russland bedeutete nicht, dass es in allen Punkten eine Einigung gab. Der getroffene Kompromiss war nicht gleichbedeutend mit dem Ende der Widersprüche und dem Einfrieren des Kampfes. Anders ist nur die Art und Weise sowie die Methodik des Kampfes.

Die gegenwärtige Politik der kurdischen Freiheitsbewegung in Rojava ist vielmehr ein Beispiel für linke Politik in einem mehrdimensionalen Konflikt innerhalb einer multipolaren Ordnung. Anstatt einen dogmatischen, realsozialistischen Politikstil zu pflegen, hat sich die kurdische Freiheitsbewegung in Rojava auf einen durch das Chaos in der Region ermöglichten »Nahkampf« eingelassen. Sie stützt sich dabei auf ihre eigene Kraft, hegt keine falschen Erwartungen an diese Staaten und lässt sich nicht für die Interessen Dritter instrumentalisieren. Stattdessen nutzt sie selbstbewusst die durch den Widerstand geöffneten diplomatischen Türen. Diese von Abdullah Öcalan als »dritter Weg« definierte politische Praxis und in Rojava praktisch angewandte Politik sind in diesem Sinne eine Antwort auf die Krise der linken Politik, eine revolutionäre Intervention.

Die Türkei zwischen den beiden Seiten einer Medaille gefangen

Dass auch die Demokratische Partei der Völker (HDP) in der Türkei diesen Politikstil zur Grundlage nimmt, wurde zu-

letzt deutlich bei den Kommunalwahlen am 31. März 2019 und der wiederholten Istanbuler Oberbürgermeisterwahl am 23. Juni. So wie sich die HDP bei diesen Wahlen wieder ihre eigene Haltung bewahrt hat, wird sie sich auch in Zukunft darauf fokussieren, einen breiten demokratischen Pool zu schaffen gegen den heute vom Bündnis der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) und MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) dargestellten islamisch-konservativ-nationalistischen Block wie auch gegen den durch die CHP (Republikanische Volkspartei) repräsentierten laizistisch-nationalen Block. Denn die Art der Annäherung an die kurdische Frage als essentielle Demokratiefrage der Türkei ist bei diesen Blöcken dieselbe. Das seit 2016 auf parlamentarischer Ebene bestehende AKP-MHP-Bündnis verhält sich seit dem Abbruch der Verhandlungsphase wie eine Kriegskoalition, die tagtäglich die kurdische Gesellschaft terrorisiert. Die CHP als Gegenspielerin lässt in ihrer Haltung zur kurdischen Frage praktisch keine Abgrenzung zur Regierungspolitik erkennen. So sprach sich CHP-Chef Kemal Kılıçdaroğlu gegen Straßenproteste aus, die sich gegen die Zwangsverwaltungen und die Massenfestnahmen von HDP-Aktivisten richteten. Auch die militärische Intervention der türkischen Armee gegen die demokratische Selbstverwaltung in Nordsyrien findet die Unterstützung der CHP, genauso wie bereits die völkerrechtswidrige Besatzung in Efrîn von den türkischen »Sozialdemokraten« begrüßt worden war. Zur von der CHP veranstalteten Friedenskonferenz für Syrien am 28. September in Istanbul wurden alle möglichen Kreise eingeladen außer kurdischen Vertretern wie der Partei der Demokratischen Einheit (PYD). Während des anhaltenden Krieges in Nordsyrien war und ist auch die CHP auf vollem Kriegskurs.

Auch wenn die Austritte des ehemaligen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu und des ehemaligen Außenministers Ali Babacan deutlich zum Ausdruck bringen, dass es innerhalb der AKP brodelt, bedarf es für eine demokratische Transformation der Türkei mehr als Brüchen in der herrschenden Elite. Abdullah Öcalan schätzt die aktuellen Möglichkeiten zur Demokratisierung der Türkei so ein, dass eine Regenbogen-Koalition vieler sozialer Bewegungen und Organisationen am ehesten in der Lage sein wird, in der kommenden Phase bedeutende Veränderungen in Richtung einer demokratischeren und egalitäreren Gesellschaft durchzusetzen. Dieses demokratische Bündnis wird heute von der HDP repräsentiert, die trotz der staatlichen Repression Diskurse für eine neue demokratische Verfassung zu führen versucht. Öcalan formuliert dazu in seiner Roadmap für die Demokratisierung: »Obwohl die Demokratisierung einen politischen Prozess darstellt, kann sie ohne eine durch gesellschaftlichen Konsens entstandene Verfassung nicht zu einer dauerhaften und systematischen Regierungsform werden. Demokratische Verfassungen sind der Ausdruck eines Kompromisses zwischen demokratischer Gesellschaft und Staat.«

Zwangsverwaltungen als Durchsetzung der neoliberalen Ordnung in Nordkurdistan

In diesem Kontext hat sich das AKP-MHP-Bündnis am 19. August 2019 mit der Installierung von Zwangsverwaltungen an der HDP gerächt, die bei den vergangenen Wahlen einmal mehr bewiesen hatte, dass sie das einzige Hindernis für die vollständige Institutionalisierung des autoritären türkischen Regimes ist. Mit dieser von der HDP als »politischer Putsch« definierten Praxis wurden die drei Bürgermeister von Amed (Diyarbakır), Wan (Van) und Mêrdîn (Mardin) ihres Amtes enthoben. Begleitet wurde die Durchsetzung der Zwangsverwaltungen von einer Propagandakampagne in den türkischen Medien, die von der HDP verwalteten Kommunen würden die PKK finanzieren. Das patriarchale AKP-System beschuldigt die HDP, mit dem Prinzip der Doppelspitze auf Anordnung der PKK eine nicht verfassungsgemäße politische Struktur eingeführt zu haben. Die vom türkischen Innenministerium etablierte Zwangsverwaltung in den HDP-geführten Provinzhauptstädten ist auch im Kontext des von David Harvey als Kategorie des neuen Imperialismus formulierten Terminus »Akkumulation durch Enteignung« zu verstehen. Denn die Zwangsverwalter demontierten bereits bei ihrem ersten Einsatz 2014 innerhalb kürzester Zeit die Errungenschaften und Dienstleistungen der Stadtverwaltungen. Zuvor belastungsfreie Kommunen wurden in tiefe Verschuldung gestürzt. Für Harvey sind die auch in Nordkurdistan betriebene Privatisierung des Bodens, die Umwandlung verschiedener Formen von Eigentumsrechten (öffentlich, kollektiv, staatlich usw.) in exklusive Eigentumsrechte, die Kommodifizierung der Arbeitskraft und die Unterdrückung alternativer (traditioneller) Formen der Produktion und des Konsums sowie koloniale, neokoloniale und imperialistische Prozesse der Aneignung von Vermögenswerten eine wichtige und anhaltende »Kraft der Kapitalakkumulation durch Imperialismus«.

Deutschland: »Eine Weltmacht im Werden«

Die oben geschilderten aktuellen Kämpfe zwischen den großen Mächten finden vor dem Hintergrund tiefgreifender Kräfteverschiebungen auf globaler Ebene statt. Deutschland ist hierbei kein Zuschauer, sondert mischt auf oberster Ebene mit. Deutschland und die EU streben mittlerweile offen danach, sich einen Weltmachtstatus zu sichern und, wie Berliner Politiker es immer wieder formulieren, »auf Augenhöhe« mit den Vereinigten Staaten zu gelangen. So erklärte der deutsche Außenminister Heiko Maas im August 2018, dass die Union »zu einer tragenden Säule der internationalen Ordnung werden« müsse. Regierungsberater und Think-Tanks in Berlin stützen dabei den Weltmachtkurs: Die Bundesrepublik müsse »alles in ihrer Macht Stehende tun«, um die EU als einen »ei-

Beerdigung in Hesekê (al-Hassakah) von Kämpfer*innen, die bei der Verteidigung Rojavas getötet wurden. Foto: anha

genständigen weltpolitischen Machtfaktor (...) zu etablieren«, hieß es zum Beispiel Ende 2017 in einer Analyse der vom Bundeskanzleramt finanzierten Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Offen gegen die US-Politik opponiert haben Deutschland und die EU vor allem in der Iran-Politik. Den Bruch des Atomabkommens mit Teheran durch die Trump-Administration haben sie bis heute nicht nachvollzogen und stattdessen alles darangesetzt, das Abkommen zu bewahren. Gelänge dies, dann hätten Berlin und Brüssel sich auf einem zentralen Konfliktfeld der Weltpolitik als politische Alternative zu Washington profiliert. Deutschland und die EU halten trotz allem an ihrer Opposition zur Iran-Politik der USA fest. Der Forderung, sich an dem geplanten US-Marine-Einsatz im Mittleren Osten zu beteiligen, sind sie nicht nachgekommen. Die Planungen für einen als Alternative zu der US-Intervention gedachten eigenen EU-Marine-Einsatz im Persischen Golf dauern weiterhin an. Deutschland müsse sich daran beteiligen, ihn nach Möglichkeit sogar »führen«, hieß es in einer Stellungnahme aus der SWP – nicht nur »zur Wahrung seiner Interessen«, sondern vor allem auch »zum Erhalt seines außenpolitischen Gestaltungsanspruchs«. Die Abweisung der US-Forderung durch Außenminister Heiko Maas, deutsche Kriegsschiffe in einen US-geführten Marineeinsatz im Mittleren Osten zu schicken, ist also ein Beispiel für die Positionierung Berlins als weltpolitisch eigenständige Macht.

Schema »gute Kurden – schlechte Kurden« auch in der deutschen Außenpolitik

Drei Tage lang tourte die Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer im August durch Jordanien und den Irak. Sie forderte eine Mandatsverlängerung des Anti-IS-Einsatzes im Nahen Osten. Wenige Wochen nach dem Besuch der CDU-Chefin reiste auch der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Niels Annen (SPD), in den Irak und plädierte für eine weitere Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Mission gegen den IS. Damit zeichnet sich in Hinsicht auf das am 31. Oktober endende Mandat, an dem sich die Bundeswehr mit knapp 300 Soldaten, vier Tornado-Aufklärungsjets und einem Tankflugzeug vom jordanischen Al-Azraq aus beteiligt, ein Kompromiss innerhalb der Großen Koalition ab. Die Bundesregierung hat im Kontext ihres weltpolitischen Gestaltungsanspruchs neben der Bekämpfung des IS wohl einiges mehr im Blick: eine starke deutsche Präsenz in einem vergleichsweise stabilen Teil des Mittleren Ostens. Der Krieg gegen den IS brachte nicht nur den nächsten Einsatz der Bundeswehr, sondern vor allem eine enge militärisch-politische Kooperation mit den Peşmerga und dem Barzanî-Clan. Bei ihrem Besuch im Irak äußerten sich die Verteidigungsministerin und der Staatsminister nicht zum völkerrechtswidrigen Besatzungskrieg der Türkei in Südkurdistan, in dem bereits drei deutsche Staatsbürger ums Leben gekommen sind. Auch das anhaltende Embargo gegen das Flüchtlingscamp in Mex-

mûr fand keine Erwähnung. Weiterhin ignoriert die deutsche Bundesregierung auch den westkurdischen Nachbarn, die demokratische Selbstverwaltung in Nordsyrien. Bedingungslose Unterstützung für den Krieg gegen die PKK in Nordkurdistan, Schweigen und Lippenbekenntnisse zu grenzüberschreitenden türkischen Militäroperationen in Südkurdistan und dem Krieg in Nordsyrien, Ignoranz gegenüber den Errungenschaften in Rojava, Unterstützung für die kurdische Regionalregierung als Gegengewicht zur kurdischen Freiheitsbewegung sowie Repression gegen die kurdische Freiheitsbewegung und solidarische Kreise in der Bundesrepublik und ihre Kriminalisierung: Das ist die Linie der Bundesregierung in der kurdischen Frage.

Der »Geist von Davos« und das Di-Lampedusa-Prinzip

Neben diesen innerimperialistischen Widersprüchen, die heute die internationale Politik prägen und im Mittleren Osten als ein Kampf aller gegen alle ausgetragen werden, ist Wallerstein zufolge die Welt zunehmend mit einem »Kampf zwischen dem Geist von Davos und dem Geist von Porto Alegre« konfrontiert. Die kurdische Freiheitsbewegung beschreibt ihn als Kampf zwischen zwei Systemen, zwischen der kapitalistischen und der demokratischen Moderne. In diesem Kampf stellen alle Staaten, allen voran die USA, EU-Länder wie Deutschland und Frankreich als auch die regionalen und verfeindeten Nationalstaaten wie die Türkei, der Iran und Syrien ihre innerimperialistischen Widersprüche zurück und unterdrücken jede Systemalternative. Praktisch haben wir dies während des Krieges und der anhaltenden Besatzung in Efrîn gesehen, wobei die gesamte internationale Staatengemeinschaft die Zerschlagung der antikapitalistischen Rätedemokratie aktiv oder passiv unterstützt hat und dies immer noch tut.

> Deutschland und die EU streben mittlerweile offen danach, sich einen Weltmachtstatus zu sichern und, wie Berliner Politiker es immer wieder formulieren, »auf Augenhöhe« mit den Vereinigten Staaten zu gelangen.

Werfen wir einen näheren Blick auf diesen »Geist von Davos«, erkennen wir im Kern dieselben Strategien gegen progressive Bewegungen in Europa und dem Mittleren Osten. Das Lager des »Geistes von Davos« ist kein einheitlicher Block, sondern tief gespalten. Eine Gruppe befürwortet unmittelbare und langfristige Repression und hat ihre Mittel in den Aufbau bewaffneter Organisationen gesteckt, um Opposition zu zerschlagen. Beispiele dafür sind autoritäre Regime wie die Türkei oder Kolumbien. Es gibt jedoch auch eine Gruppe, die Repression auf lange Sicht für unwirksam hält. Sie befürwortet die sogenannte Di-Lampedusa-Strategie[1], alles zu verändern, damit alles beim Alten bleibt. Man spricht von grünem Kapitalismus, mehr Gerechtigkeit, mehr Vielfalt und einem offenen Ohr für die Rebellischen. Die Eliten reagieren auf Forderungen nach Demokratisierung hauptsächlich mit Zugeständnissen, um die Wut zu entschärfen, die Aufrührer zu integrieren, aber den grundlegenden Rahmen des Systems stets zu bewahren.

Diese Strategie ist beispielsweise bei den aktuellen Klimaprotesten zu beobachten. Die nun seit über einem Jahr bestehende globale soziale Bewegung »Fridays for Future« hat mit dem globalen Streik am 20. September 2019 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Allein in Deutschland gingen über eine Million Menschen auf die Straße, um für den Klimaschutz zu demonstrieren. Mit dem über die letzten Jahrzehnte hinweg weltweit gereiften ökologischen Bewusstsein entwickelt sich zunehmend auch eine Bewegung, die FFF widerspiegelt. Da das Thema alle Gesellschaften etwas angeht, ist auch die Beteiligung an den Protesten klassenübergreifend und hat einen globalen Charakter. Am selben Tag präsentierte die Große Koalition ihr Klimapaket, zu dem die Bundeskanzlerin persönlich erklärte, dass man »den Weg des Preises« gegangen sei und die Bevölkerung »nicht auf Wohlstand verzichten« müsse. Wieder einmal bedankt sich die politische Elite bei den Protestierenden, dass man die Politik zu diesem Thema endlich wachgerüttelt habe. Das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung verkörpert die Di-Lampedusa-Strategie: Wenn wir wollen, dass alles bleibt, wie es ist, müssen wir alles ändern!

Auch das Greater Middle East Project der USA verkörpert das Di-Lampedusa-Prinzip. Das GME ist eine Fortsetzung von Sykes-Picot und sieht nur oberflächliche Korrekturen vor. Denn es setzt als Lösung auf nationalstaatliche Grenzen. Beispielsweise sind aus dem einen Irak Grundlagen entstanden für einen kurdischen, einen sunnitisch-arabischen und einen schiitisch-arabischen Staat. Dasselbe gilt auch für die Rolle Kurdistans in dieser neu vorgesehenen Ordnung. Die kurdische Freiheitsbewegung hat früh erkannt, dass mit dem GME die kurdische Gesellschaft weiterhin für lokale und globale Interessen instrumentalisiert werden soll. Vor allem war es der kurdischen politischen Führung klar, dass der »Großraum Mittlerer Osten«, entwickelt als Alternative zum Vakuum nach dem Zerfall des Realsozialismus, als neue Ordnung vor allem

1 Giuseppe Tomasi di Lampedusa (1896–1957), italienischer Schriftsteller; erlangte Berühmtheit vor allem mit seinem historischen Roman »Il Gattopardo« aus dem Sizilien zur Zeit Garibaldis, aus dem auch das Zitat stammt.



Aktivist*innen des Widerstandskomitees Berlin haben am 16. Oktober die Bundespressekonferenz gestört und mit einer Erklärung die anwesenden Pressevertreter*innen auf den Angriffskrieg der Türkei gegen die selbstverwalteten Gebiete in Nordsyrien/Rojava aufmerksam gemacht. Foto: anf

für den Nahen Osten nichts anderes sein würde als die Fortsetzung von Sykes-Picot. Den Kurden werden Zugeständnisse nur gemacht, wenn sie sich in der vorgesehenen nationalstaatlichen und kapitalistischen Logik des »Geistes von Davos« bewegen. In diesem Zusammenhang wird die Bildung eines kurdischen Nationalstaats im Irak in der Schublade aufbewahrt. Wann immer Konflikte zwischen Hewlêr (Erbil) und Bagdad oder Ankara und dem Westen aufkommen, drohen kurdische Politiker im Irak mit einem unabhängigen kurdischen Staat.

Der Geist von Rojava und der Universalismus des demokratischen Konföderalismus

Auch das Lager des »Geistes von Porto Alegre« ist gespalten. Es gibt Bewegungen mit unterschiedlichen Strategien für den Kampf, der sich in Zukunft vor allem an der Staatsfrage herauskristallisieren wird. Während Wallerstein noch Anfang der 2000er schrieb, dass der Kampf zwischen beiden Lagern »unter Umständen noch nicht in das Zentrum der Aufmerksamkeit der meisten Menschen gelangt« sei, stecken im Mittleren Osten heute die Menschen in Nordsyrien in einem gesellschaftlichen Aufbruch, mit dem sie die Systemfrage stellen, und auch in Europa kommt es vor allem im Kontext ökologischer Kämpfe zu einer Bewegung, die breite Gesellschaftsschichten politisiert.

Seit dem Paradigmenwechsel lautet die Devise der kurdischen Freiheitsbewegung: »Wir warten nicht, bis sich etwas tut, sondern packen es selber an!« Mit der Formel »Staat plus Demokratie« wird die Strategie verfolgt, den Staat zu verkleinern und die demokratische Gesellschaft auszuweiten. In Rojava ist dieses theoretische Konzept heute Praxis. Dabei verbindet die Rojava-Revolution die »partikularen Kämpfe« wie Ökologie, Demokratie und Frauenbefreiung in einem ganzheitlichen Kampf.

Übertragen auf die gegenwärtigen Diskurse vor allem im Zusammenhang mit den Klimaprotesten in Europa wird sich an deren Beispiel zeigen, ob die »rebellische Jugend« denselben strategischen Fehler der 68er wiederholt. Mit dem damals von Rudi Dutschke propagierten »Marsch durch die Institutionen« sollte der Staat von innen heraus verändert werden, doch wie der Ökoanarchist Murray Bookchin dazu schrieb: »Rudi Dutschkes Aufruf an den SDS zum ›langen Marsch durch die Institutionen‹ bedeutete letzten Endes kaum mehr, als sich den existierenden Institutionen anzupassen, ohne sich die Mühe zu machen, neue zu entwickeln, und führte zum Verlust Tausender an eben diese Institutionen. Sie gingen hinein – und kamen niemals wieder heraus.«

In diesem Sinne hat sich das Zentrum der globalen Demokratiekräfte nach Rojava verschoben. Denn das Motto des Weltsozialforums in Porto Alegre »Eine andere Welt ist möglich« ist in Rojava nicht mehr bloß die Einschätzung, dass sich das Weltsystem in einer strukturellen Krise befinde und dass politische Optionen real seien, sondern wird hier heute mit Leben gefüllt. ♦

PKK reagiert auf US-Präsident Trumps Vergleich der PKK mit dem IS

Brief der PKK an das Volk in den USA und an Präsident Trump

Der Ausschuss für auswärtige Beziehungen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verfasste ein Schreiben an das Volk in den USA und an Präsident Donald Trump. Die kurdische Freiheitsbewegung reagierte damit auf den Vergleich Trumps zwischen der PKK und dem sogenannten Islamischen Staat IS.

»An das amerikanische Volk und Präsident Donald J. Trump,

wir lehnen Vergleiche zwischen unserer Bewegung und den unmenschlichen Schergen des Islamischen Staates ab. Unsere Antwort lautet wie folgt: Im Mittleren Osten leben heute mehr als 40 Millionen Kurden. Am Ende des Ersten Weltkriegs wurden sie von äußeren Mächten auf vier autokratische Staaten aufgeteilt: Iran, Irak, Syrien und die Türkei, den Staat, in dem unsere Bewegung ihren Anfang nahm.

Seit Jahren hatte das kurdische Volk diese Regierungen einzig und allein um die demokratischen Grundrechte gebeten, die Sie in den USA jeden Tag genießen: das Recht zu existieren, Ihre eigene Sprache zu sprechen, Ihre eigene Kultur zu praktizieren, als freie und gleichberechtigte Bürger an der Politik teilzunehmen.

Die PKK wurde gegründet, um der Gewalt des türkischen Staats zu widerstehen

Jedes Mal wurden sie brutal unterjocht: Sie wurden mit neuester Waffentechnologie angegriffen, mitten in der Nacht aus ihren Häusern geholt und verschleppt, eingesperrt, gefoltert oder auch ermordet, ihre Dörfer wurden geplündert und ihre Sprache und Kultur verboten. Die PKK wurde im Jahr 1978 mit dem Ziel gegründet, der Gewalt des türkischen Staates gegen das kurdische Volk zu widerstehen. Bis dahin waren bereits Hunderttausende von Kurdinnen und Kurden in den kurdischen Regionen der Türkei massakriert worden. Um das ganze Ausmaß des Schreckens zu sehen, müssen wir aber nicht allzu weit in die Vergangenheit zurückgehen. In den neunziger Jahren hat der türkische Staat über 4.000 kurdische Dörfer zerstört und 17.000 Kurden extralegal hingerichtet.

Unsere Friedensbemühungen wurden ignoriert

Die türkischen Herrscher glaubten wie so viele Tyrannen im Laufe der Geschichte, dass sie den grundlegenden menschlichen Wunsch nach einem freien Leben mit Gewalt und Terror zerstören könnten. Sie bezeichneten uns als Terroristen und Kriminelle und gaben Hunderte von Millionen Dollar aus, um auch andere Länder wie die Vereinigten Staaten von Amerika dazu zu bewegen, dies ebenfalls zu tun, und das, obwohl die Streitkräfte der Türkei unsägliche Gräueltaten, die gegen alle Grundsätze des Völkerrechts verstoßen, begingen. Wir haben die Genfer Konventionen unterzeichnet und seit 1993 bei verschiedenen Gelegenheiten Friedensverhandlungen gefordert. Dies haben wir in dem Bewusstsein getan, dass der Krieg in dem Moment enden könnte, in dem die Kurden ihre Rechte bekommen. Diese Bemühungen wurden jedoch ignoriert.

Die PKK hat noch nie die USA oder ein anderes Land bedroht

Die PKK hat sich noch nie gegen die USA oder ein anderes Land gerichtet. Wir haben uns nie vor dem Verhandlungstisch und einer friedlichen und politischen Lösung des Konflikts gedrückt. Tatsächlich haben wir seit 1993 nicht weniger als acht Waffenstillstände erklärt, um den Weg für Verhandlungen zu ebnen. Das politische Projekt der PKK basiert auf den grundlegenden Menschenrechten und -freiheiten, der Geschlechterbefreiung, dem religiösen Pluralismus und den ökologischen Rechten.

Als der IS seine Terrorkampagne in Syrien und im Irak begann, wussten wir, dass wir reagieren mussten. Die Gruppe bedrohte nicht nur die Ideale, für die wir so viele Jahre lang ge-



Exekutivrat der Arbeiterpartei Kurdistans PKK. Foto: anf

kämpft haben, sondern auch die Sicherheit von Millionen von Menschen. Die gut bewaffneten und finanziell gut gestellten Staaten der Region und der Welt reagierten nur langsam und wogen die Kosten des Handelns ab. Deshalb fielen Millionen Menschen unter die Terrorherrschaft des IS.

Im August 2014 führten wir eine humanitäre Kampagne im Şengal im Irak durch, wo der IS Gräueltaten gegen die êzîdische Bevölkerung beging. Diese Gräueltaten wurden später von den Vereinten Nationen als Völkermord anerkannt. Die Êzîden waren schutzlos, und dafür trägt nicht zuletzt die Weltgemeinschaft eine Verantwortung. Sie standen einem Feind gegenüber, den die regionalen Streitkräfte bisher nicht stoppen konnten. Unsere erste militärische Einheit, die in die Region entsandt wurde, bestand aus nur sieben Personen. Wir konnten einen humanitären Korridor nach Nordostsyrien öffnen und damit für die Sicherheit von 35.000 belagerten Zivilisten auf dem Berg Şengal sorgen. Wir haben dann gemeinsam mit anderen Kräften die Region von der IS-Herrschaft befreit.

Die Türkei hat nichts unternommen, um den IS aufzuhalten

Während unsere Bewegung und unser Volk im Kampf gegen den IS tausende Leben opferten, tat der türkische Staat nichts dafür, den IS zu stoppen, und bezeichnete uns als »Terroristen«. Der türkische Staat greift Nordostsyrien heute ungleich heftiger an als damals, als der IS dort direkt vor seiner Nase internationale Angriffe plante. Er hat mit al-Qaida verbundene terroristische Banden geschickt, um die Menschen zu foltern und zu ermorden, die den IS besiegt haben. Sie sehen die einfache Artikulation der kurdischen Identität als eine größere Bedrohung an als die Gruppen, die unschuldige Menschen nicht nur in Şengal und Kobanê, sondern auch in Paris, Manchester und New York City ins Visier nahmen.

Viele US-Amerikaner sahen im Mai 2017, wie der türkische Präsident Erdoğan seinen Leibwächtern befahl, friedliche kurdische Demonstranten in ihrer Hauptstadt brutal anzugreifen; stellen Sie sich jetzt vor, was sie in Kurdistan tun. Wir sind nicht die, die des Terrorismus schuldig sind.« ♦

Women Defend Rojava – den Frauenwiderstand zur Verteidigung Rojavas bündeln!

Die Errungenschaften der Frauenrevolution an jedem Ort der Welt verteidigen

Andrea Benario

Als Frauen schauen wir nicht zu, wie der türkische Faschismus die Frauenrevolution in Nord- und Ostsyrien angreift. Wir haben uns entschieden, einen internationalen Frauenwiderstand zu koordinieren, und im September 2019 die Kampagne Women Defend Rojava ins Leben gerufen. Einerseits wollen wir Informationen zur aktuellen Situation und zum Widerstand der Frauen hier in Rojava international verbreiten, andererseits wollen wir die gegenwärtigen Kämpfe von Frauen gegen patriarchale Gewalt und Besatzung in verschiedenen Teilen der Welt stärker miteinander verbinden, um zu einer gemeinsamen Kraft zu werden.

»Der Grad der Freiheit einer Gesellschaft hängt vom Grad der Freiheit ab, den Frauen in eben dieser Gesellschaft genießen« (Abdullah Öcalan)

Der Bevölkerung in Nord- und Ostsyrien gelang es durch einen gemeinsamen Widerstand, sich von der Gewaltherrschaft des Assad-Regimes und des Islamischen Staates (IS) zu befreien. Dabei spielten vor allem der entschlossene Kampf von Frauen und der Zusammenhalt unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen eine zentrale Rolle. Aufbauend auf der Philosophie Abdullah Öcalans und den Erfahrungen dieses Widerstandes fand in Rojava eine demokratische und soziale Revolution statt, die sich mittlerweile auf ein Drittel des syrischen Staatsgebietes ausgebreitet hat. Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft organisieren sich basisdemokratisch in Räten und Kommunen und sind konföderal miteinander verbunden. In allen Bereichen der Gesellschaft wie Bildung, Gesundheit, Ökonomie, Presse, Gerechtigkeit, Kunst und Kultur, Wissenschaft, Verteidigung oder Ökologie verfolgen Frauen alternative Ansätze, die nicht auf der patriarchalen Mentalität basieren. Anstelle einer Aufteilung der Welt in herrschende Subjekte und auszubeutende Objekte wird ein ganzheitliches, auf Freiheit basierendes Weltbild zur Grundlage genommen. Das neu aufgebaute System, das den demokratischen Konföderalismus zum Ziel hat, sieht die Vielfalt der Bevölkerung als Stärke an und verteidigt die Rechte und den freien Willen aller Frauen sowie aller nationalen und religiösen Gruppen.

In den vergangenen sieben Jahren hat sich die Revolution als funktionierende Alternative zum System der Nationalstaaten und des Patriarchats erwiesen. Die demokratische Selbstverwaltung ist zu einem Lösungsmodell für politische Konflikte geworden und stellt eine friedliche Perspektive für einen freien und demokratischen Mittleren Osten dar. Gerade das erweist sich als Problem für das wirtschaftliche, politische und soziale System des Kapitalismus. Der Mittlere Osten ist seit jeher Schauplatz des internationalen Kampfes um die globale Vormachtstellung. Der Ölreichtum gibt der Region außerdem eine strategische und wirtschaftspolitische Bedeutung. Der seit Hunderten von Jahren nicht endende Krieg in dieser Region wurde zu einer profitablen Quelle und gleichzeitig zum endlosen Absatzmarkt für die Kriegsindustrie. Eine friedliche und freie – das heißt von außen nicht kontrollierbare – Gesellschaft würde die Grundlage für die Monopolisierung der Macht zerstören.

Aufgrund dessen haben die Angriffe verschiedenster regionaler und imperialer Staaten und paramilitärischer Gruppen auch nicht lange auf sich warten lassen. Die sieben Jahre der Revolution wurden dadurch auch sieben Jahre der ununterbrochenen Selbstverteidigung. Im Frühling 2019 gelang es den Verteidigungskräften YPG/YPJ (Volks-/Frauenverteidigungseinheiten) und den QSD (Demokratischen Kräften Syriens), weite Territorien Nord- und Ostsyriens von der Gewaltherrschaft des IS zu befreien. Noch immer gehen Operationen gegen Schläferzellen des IS weiter, die Anschläge auf die Zivilbevölkerung



Frauen in Şehba rufen in einer Erklärung zum Widerstand gegen den türkischen Faschismus auf. Foto: anha

durchführen. Millionen von Flüchtlingen warten innerhalb Syriens und im Ausland darauf, sich unter menschenwürdigen Bedingungen und in Sicherheit endlich ein neues Leben in ihrer Heimat aufbauen zu können. Die Hoffnungen der Menschen auf Frieden und ein neues demokratisches Syrien, die mit dem militärischen Sieg über den IS realisierbar erscheinen, werden nun jedoch erneut durch die militärische Aggression des türkischen Staates zunichtegemacht.

Dieser hatte im Januar 2018 mit einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Rojavas westlichsten Kanton Efrîn begonnen, Teile der selbstverwalteten Gebiete zu besetzen. Tagtäglich erreichen uns neue Meldungen und AugenzeugInnenberichte über schwere Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen. Türkische Soldaten entführen gemeinsam mit ihren islamistischen Verbündeten jeden Tag Dutzende Menschen, stellen Lösegeldforderungen an deren Verwandte oder foltern diese Menschen brutal zu Tode. Kurdische Dörfer werden mit Mörsergranaten beschossen und der Gebrauch der kurdischen Sprache ist verboten und kann den Tod zur Folge haben. Die Gewalt, mit der Frauen heute unter dem türkischen Besatzungsregime in Efrîn konfrontiert sind, ähnelt der frauenverachtenden Mentalität des IS: Unter Gewaltandrohung werden Frauen unter schwarze Schleier gezwungen. Es herrschen durch den türkischen Staat und dschihadistische Gruppen diktierte »Scharia-Gesetze«, die so gut wie jede Lebensäußerung von Frauen zur Sünde erklären und bestrafen. Um sich vor Misshandlungen in der Öffentlichkeit zu schützen, wagen sich viele Frauen nicht mehr vor die Tür und werden so zu Gefangenen in ihren eigenen Häusern. Doch sind sie auch hier nicht sicher, da sie jederzeit durch offizielle oder inoffizielle bewaffnete Banden des türkischen Staates überfallen werden können. Frauen berichten von systematisch angewandten Entführungen, Vergewaltigungen, Zwangsheirat und Menschenhandel. Frauen, die sich weigerten, das »Eheangebot« von Dschihadisten anzunehmen, wurden vor den Augen von Familienangehörigen vergewaltigt und verschleppt. Die Angriffe des türkischen Staates richten sich auch auf andere Weise gegen die Identität der Frau: So wurde während des Krieges unter anderem auch der Ain-Dara-Tempel in Efrîn zerstört – ein Artefakt der vorislamischen Muttergöttinnenkultur, der Symbol einer matrizentrischen Gesellschaft war. Mit dieser Zerstörung, die an die massive Vernichtung archäologischer Stätten und Fundstücke durch den IS erinnert, versuchen die Besatzer jegliche Geschichte auszulöschen, die nicht in ihr faschistisches Weltbild passt.

Gleichzeitig hat der türkische Staat begonnen, eine Grenzmauer um Efrîn zu errichten, um das von ihm besetzte Gebiet offiziell an das Staatsterritorium der Türkei anzugliedern. Damit verbunden sind demographische Veränderungen, was ein Euphemismus ist für die gewaltsame Vertreibung der dort lebenden Menschen und ihren Austausch durch eine protürkische Bevölkerung. Unter den neu angesiedelten Menschen

befinden sich zum Großteil Familien der dschihadistischen Kämpfer.

Erdoğan will seinen Traum eines neoosmanischen Reiches nun noch weiter ausbreiten: In Nordkurdistan ließ er gewählte kurdische BürgermeisterInnen und Stadträte in einem politischen Putsch durch ihm wohlgesonnene Zwangsverwalter ersetzen. Verhaftungswellen gegen PolitikerInnen, JournalistInnen, Aktivistinnen der Frauenbewegung, Mitglieder der Demokratischen Partei der Völker (HDP) sowie Mitglieder anderer demokratischer Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften dauern an. Das Vorgehen des türkischen Staates richtet sich auch hier gegen freiheitliche Bestrebungen und die Selbstbestimmung der Frau. Denn das Zwangsverwaltersystem richtet sich unter anderem auch gegen das von der HDP vertretene Prinzip der Doppelspitze, durch das jedes politische Gremium sowohl von einem Mann als auch einer Frau repräsentiert wird. Mit diesen Methoden beabsichtigt Erdoğan, von den ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Miseren abzulenken, die seine Politik der letzten Jahre verursacht hat. Aus demselben Grund weitet er nun die Besatzungskriege der türkischen Armee in Nord- und Südkurdistan auch auf Westkurdistan und Nord- und Ostsyrien aus.

Vertreter der türkischen Regierung haben wiederholt offiziell verkündet, dass das Ziel ihrer Invasion in Nord- und Ostsyrien sei, eine internationale Anerkennung und einen politischen Status der KurdInnen und die demokratische Selbstverwaltung der Völker in der Region zu verhindern. Obwohl der türkische Staat mit diesem Ziel seit Jahren einen ökonomischen, politischen und psychologischen Krieg gegen die Bevölkerung in Nord- und Ostsyrien führt, ist es ihm bislang nicht gelungen, das alternative System der Selbstverwaltung zu schwächen. Deshalb sucht Erdoğan nun auf internationaler Ebene Unterstützung für einen weiteren Besatzungskrieg und rüstet mit neuen Waffensystemen sowohl aus der NATO als auch aus Russland auf. Mit den propagandistischen Argumenten, eine »Sicherheits«- oder »Friedenszone« errichten zu wollen oder »die Rückkehr der Flüchtlinge aus Syrien« anzustreben, plant die Türkei weitere Kriege, Besetzungen und demographische Veränderungen. Im Rahmen dieses Plans beabsichtigt sie, ihre Soldaten und von ihr unterstützte und ausgebildete Dschihadisten im gesamten Grenzgebiet Nord- und Ostsyriens zu stationieren.

Die Verbindung der Türkei zu islamistischen Gruppen wie dem IS wird auch im aktuellen Krieg sichtbar. Die autonome Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien hat mehrfach darauf hingewiesen, dass sie im Falle eines neuen Angriffs ihre militärischen Kräfte auf die Verteidigung der Gesellschaft konzentrieren würde und somit die Sicherung der Gefängnisse und Camps, in denen zurzeit Zehntausende IS-Mitglieder und deren Familien untergebracht sind, eventuell nicht mehr gewährleisten könne. Dennoch startete die Türkei ihren Angriffskrieg und bombardiert und lässt Panzer rollen.

Auch die internationale Staatengemeinschaft weigert sich, produktive Schritte für einen Friedensprozess in Syrien einzuleiten und eine klare Haltung gegen die völkerrechtswidrige Besatzungspolitik der Türkei einzunehmen. Da ihre Profit- und Machtinteressen mehr zählen als Menschenleben oder internationales Recht, wurde sie zur Komplizin der völkerrechtswidrigen Besetzung der allesamt auf dem Territorium Nordsyriens liegenden Gebiete Efrîn, Azaz, al-Bab und Cerablus durch die türkische Armee – und nun auch der anderen Territorien entlang der Grenze zur Türkei.

Verteidigen wir unser Land und unsere Würde gegen die türkische Besatzung und den IS

Seit dem 8. August 2019 mobilisiert die Frauenbewegung Kongra Star unter dem Motto »Verteidigen wir unser Land und unsere Würde gegen die türkische Besatzung und den IS« Frauenräte und Frauen in allen Städten und Dörfern Nord- und Ostsyriens zum Widerstand gegen den Krieg der Türkei. Frauen aller Bevölkerungsgruppen sind entschlossen, nicht zuzulassen, dass ein neues Osmanisches Reich auf ihrer Erde errichtet wird und Frauen erneut versklavt werden. Als Women Defend Rojava sind wir Teil dieser Kampagne und arbeiten als Internationalistinnen mit Aktivistinnen der Frauenbewegung Kongra Star, Frauen aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft und den Frauenräten zusammen.

Im Rahmen der Kampagne hat es mit dem Beginn der Kriegsdrohungen fast täglich Demonstrationen und Aktionen in ganz Nord- und Ostsyrien gegeben. Die breite gesellschaftliche Organisierung der Frauenbewegung wurde auch in diesen Protesten sichtbar: Die jungen Frauen der Jugendbewegung zogen spontan durch Stadtzentren, um gegen die türkischen Kriegsvorbereitungen zu demonstrieren, die Frauenkulturbewegung zog mit Instrumenten und in traditioneller Kleidung protestierend durch die Straßen, die zivilen Verteidigungskräfte bekräftigten ein weiteres Mal ihren Willen zur Selbstverteidigung der Gesellschaft durch die Gesellschaft und sowohl kurdische als auch arabische Frauengruppen verlasen gemeinsam beschlossene Erklärungen. In Serê Kaniyê, direkt an der Grenze zur Türkei, fand wochenlang eine sogenannte »Lebende-Schutzschilde-Aktion« statt, bei der sich rund um die Uhr hunderte Menschen im gefährdeten Gebiet nahe der Grenze einfanden, um sich der auf der anderen Seite der Grenze stationierten türkischen Armee in den Weg zu stellen. Auch in Şehba – dem Gebiet, in dem sich Tausende der aus Efrîn



Frauen in Dêrik demonstrieren unter dem Motto »Verteidigen wir unser Land und unsere Würde gegen Besatzung und den IS«. Foto: anha

vertriebenen Familien befinden – versammelten sich Frauen, um sich dem Motto der Kampagne anzuschließen.

Nun hat eine neue Phase der Kampagne begonnen, in der die Inhalte noch breiter und tiefer im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert werden sollen. Unter anderem werden in Volksversammlungen, Seminaren und Bildungsveranstaltungen einerseits die Auswirkungen des Patriarchats auf den Willen der Frau und andererseits die Errungenschaften der Frauenrevolution analysiert, um geeignete und notwendige Schritte zur Verteidigung herauszuarbeiten und durchzusetzen.

Dabei wird deutlich, dass Frauen nicht nur Widerstand gegen die äußeren Gefahren wie die drohenden Angriffe der türkischen Armee oder auch die Liberalisierungsversuche der USA organisieren müssen, sondern dass sie auch die patriarchale Mentalität in der eigenen Gesellschaft überwinden müssen: sei es patriarchale Unterdrückung in der eigenen Familie oder andere hierarchische Macht- und Gewaltverhältnisse und sozialen Sexismus. Um uns effektiv und nachhaltig verteidigen zu können, brauchen wir einen eigenen, starken Willen und ein Frauenbild, das eine selbstbewusste Persönlichkeit in den Vordergrund stellt und eine falsche, verinnerlichte Minderwertigkeit nicht mehr akzeptiert.

»Ich würde mir wünschen, dass es in den Metropolen Bewegungen gäbe, die diesen Krieg angreifen, unmöglich machen würden. Einfach den Nachschub kappen.« (Andrea Wolf, Şehîd Ronahî)

Als Frauen sind wir global mit Angriffen auf unseren Willen, unsere Geschichte und unsere Identität konfrontiert. Doch bleiben diese zunehmenden Angriffe nicht unbeantwortet. Weltweit sind Frauen auf der Suche nach Kampf- und Organisierungsformen, mit denen sie sich den aktuellen faschistischen Bedrohungen entgegenstellen und gleichzeitig Lösungen für gesellschaftliche Probleme finden können. Die Frauenbewegung in Rojava ist weltweit zum Beispiel einer Organisierungskraft geworden, die reale Antworten auf die Frage liefern kann, wie eine Gesellschaft aussehen kann, die auf dem freien Willen der Frau aufgebaut ist.

Erdoğan hat seine Kriegs- und Besatzungsdrohungen gegen die Rojava-Revolution wahrgemacht. Dies bedroht ganz unmittelbar das Leben und die Existenz der Menschen in den selbstverwalteten Gebieten in Nord- und Ostsyrien. Zugleich ist dies ein Angriff auf die Errungenschaften und die Ausbreitung der Frauenrevolution. Es sind Angriffe, die sich gegen die Hoffnungen der Menschheit auf ein freies Leben richten. Daher ist uns bewusst, dass die Angriffe auf uns alle abzielen, d. h. auf all diejenigen, die auf der Suche nach einem freien Leben sind.

Die Frauen in Nord- und Ostsyrien sehen in den weltweiten feministischen, sozialistischen, demokratischen und allen antisystemischen Kräften ihre Verbündeten. Da das Kriegsinteresse Erdoğans nur mit internationaler Unterstützung durchführbar ist, kommt diesen Verbündeten die Aufgabe zu, die Revolution auch auf internationaler Ebene zu verteidigen und in den Ländern Widerstand zu leisten, aus denen der militärische Nachschub und die politische Rückendeckung kommen.

Ob Erdoğans Vorhaben gelingen wird oder nicht, hängt auch davon ab, ob es uns gelingt, einen breiten, internationalen Widerstand zu organisieren. Mit der Parole Women Defend Rojava wollen wir als gemeinsame Kraft auftreten, um den Frauenwiderstand zur Verteidigung Rojavas zu bündeln. Wir rufen dazu auf, die Errungenschaften und Werte, die durch den Frauenkampf in der Rojava-Revolution geschaffen wurden, an jedem Ort der Welt zu verteidigen. Die beste Verteidigung der Frauenrevolution ist es, die gesellschaftlichen Alternativen auf der Grundlage der Frauenbefreiung an jeden Ort der Welt zu tragen. ♦

E-Mail: womendefendrojava@protonmail.com
Homepage: www.womendefendrojava.net
Twitter: @starrcongress
Facebook: Kongra Star Diplomacy
Youtube: Women Defend Rojava

Über den Aufbau einer Kooperativwirtschaft in Rojava

Vom kolonialen Objekt zum demokratischen Subjekt

Interview mit dem Ökonomie-Komitee Rojava/Nordsyrien

Das Interview mit dem Ökonomie-Komitee über den Aufbau einer Kooperativwirtschaft in Rojava/Nordsyrien führten wir noch vor Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs der Türkei gegen die Gesellschaften Nordsyriens. Doch auch schon vor dem 9. Oktober war der gesellschaftliche und wirtschaftliche Aufbau Rojavas von den Angriffsdrohungen und einem umfassenden Embargo bestimmt.

Wie überzeugt ihr die Menschen, sich in Kooperativen zusammenzutun? Wie sieht die Gründung einer Kooperative in der Praxis aus, kann jeder oder jede eine aufbauen? Wird der Aufbau gefördert?

Ich muss zuerst betonen, dass wir eure Fragen im Kontext eines tiefgreifenden Wirtschaftsembargos beantworten, das von einer politischen und militärischen Isolation bestimmt wird. Wir befinden uns also nicht unter normalen Bedingungen. Um eure Frage zu den Kooperativen in Rojava zu beantworten, müssen wir einen Blick auf die Wirtschaftspolitik werfen, der Rojava in der Zeit des kolonialistischen Regimes ausgesetzt war. Das syrische Baath-Regime war im Kontext des politischen Klimas der 1950er Jahre als ein Beispiel des kleinbürgerlichen Radikalismus im Mittleren Osten entstanden. Dieser kleinbürgerliche Radikalismus, der als Baath betitelt wird, hat sich im Zusammenhang des arabischen Nationalismus in einigen Ländern als rechter Baathismus und in anderen als linker Baathismus entwickelt. Bestimmt wurde dieser rechte und linke Baathismus vom damaligen politischen Klima und dem Beziehungsgeflecht, der jeweiligen sozioökonomischen und kulturellen Realität sowie dem jeweiligen führenden politisch-militärischen Gruppencharakter.

Das syrische Baath-Regime und sein Anführer Hafiz al-Assad repräsentierten den linken Baathismus. Auch wenn sich das Regime in der Ära der bipolaren Weltordnung in der Bewegung der Blockfreien Staaten zu verorten suchte, stützte es sich auf die Sowjetunion und bestimmte die sozioökonomische und kulturelle Politik Syriens entsprechend dem kleinbürgerlichen Radikalismus linker Politik. Somit wurde in Syrien wie auch in anderen sozialistischen Ländern eine zentralistische Planwirtschaft angewandt.

Rojava wurde von dieser Politik der Planwirtschaft vollständig auf kolonialistische Art und Weise geformt. Sie hatte negative Auswirkungen auf soziokultureller und individueller Ebene. All diese Punkte sind Diskussionspunkte und müssen bei diesen Fragen mitgedacht werden.

In der wirtschaftlichen Herangehensweise des kolonialistischen syrischen Regimes an die Rojava-Revolution sind zwei Aspekte bestimmend. Einer davon ist Erdöl auf der Basis von Energieressourcen, wobei es hauptsächlich um städtische und industrielle Ressourcen geht.

Um später nicht mit den sozioökonomischen Transformationen und politisch-kulturellen Konsequenzen zu leben, wurde das Öl nicht vor Ort, sondern in den kolonialen Metropolen verarbeitet. Auf diese Weise konnten positive Auswirkungen für die gesellschaftliche Basis – auf die sich das politische Regime stützt – erzielt werden.

Neben der künstlichen Verstädterung infolge der Positionierung der politischen und militärischen Bürokratie für den Aufbau und die Bedürfnisse des Kolonialismus sollten an den Orten, wo das Erdöl gefördert wurde, neue Städte entstehen. Hier sollten die kurdischen Bauern durch ungelernte Arbeitskräfte und einfache Beamte ersetzt werden. Vervollständigt wurde eine solche soziale Ausformung durch die Entwicklung kleiner Einzelhändler, die die Bedürfnisse der militärpolitischen und wirtschaftlichen Bürokratie befriedigten. Während die soziale Struktur auf diese Weise durch die städtische und industrielle Wirtschaft geformt wurde, gab es als eine zweite Wirtschaftseinheit die Bauern- und Agrarpolitik der kolonialen zentralistischen Wirtschaftspolitik.



Serê Kaniyê (Ras al-Ain): Kämpferinnen und Kämpfer der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) verteidigen die Errungenschaften der Revolution in Rojava gegen den faschistischen NATO-Staat Türkei. Foto: YPJ

Außer Efrîn (aufgrund seiner geographischen Lage) wurde der Rest von Rojava als Insel bezeichnet, da es zwischen den Flüssen Euphrat (kurd.: Firat) und Tigris (kurd.: Dicle) liegt. Dieser äußerst fruchtbare Boden wurde im Rahmen der kolonialen Zentralplanwirtschaft für den Trockenbau, also den Getreidebedarf vorgesehen. Da sich die kurdische Gesellschaft vor allem auf das Dorfleben stützt, hat die Politik des Trockenbaus eine entscheidende Rolle für die Formung der kurdischen Gesellschaft gespielt. Als die Realität des Trockenbaus, die nicht viel Arbeit braucht, mit den Subventionen des Staates zusammentraf, die darauf abzielten, die tiefgreifende Kolonialisierung zu kaschieren, entstand ein äußerst arbeitsscheuer Lebensstil.

Die Entfremdung und Geringschätzung der Kurden im Hinblick auf die Arbeit, die ihnen im Rahmen der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Praktiken des zentralistisch-autoritären Staates zugesprochen wurde, hat eine von der Produktion abgekoppelte soziale Realität hervorgebracht. Selbstverständlich können die gesellschaftlichen Folgen solch eines sozialen, politischen und wirtschaftlichen Konzepts detaillierter analysiert werden. Doch ohne auf diese Details einzugehen, möchte ich auf die Antworten auf eure Fragen zu sprechen kommen.

Die autonome Selbstverwaltung als politischer Wille von Rojava sieht als grundlegende Wirtschaftspolitik ein kommunales Wirtschaftsmodell vor und in dessen Zentrum die Entwicklung und Unterstützung der Politik der Kooperativen. Die Methodik der Kooperativen ist nicht die einzige der kommunalen Wirtschaft, steht aber im Vordergrund. Insbesondere innerhalb der Kommunen, die die zentrale Organisationseinheit des politisch-sozialen Systems darstellen, gelten die Kooperativen als wirtschaftliche Einheit der Kommunen und sind eine Methode, um die gesellschaftliche Arbeit funktionsfähig und qualifiziert zu machen. Zudem sind sie als eine Methode gedacht, die Wirtschaft auf lokaler Ebene zu institutionalisieren. Die Kooperativen-Politik zielt außerdem darauf ab, mithilfe der landwirtschaftlichen Kooperativen, die an die Dorfkommunen angebunden sind, die zentrale wirtschaftliche Einheit des Landes, den Boden, auf produktive Art und Weise zu nutzen. Mit den Frauenkooperativen wird darüber hinaus neben der Demokratisierung der Wirtschaft auch die materielle Grundlage für eine politische und soziale Gleichheit gelegt. Autonome Frauenkooperativen sind eine kreative Methode, um die Frauenarbeit, die in traditionellen Gesellschaften als Objekt der Kolonialisierung auf die Hausarbeit beschränkt wird, zum Subjekt zu machen.

Aus diesen Gründen wird das System der Kooperativen als stärkstes Wirtschaftsmodell gedacht und unterstützt. Die Frage, wie Menschen für die Kooperativen überzeugt werden, ist eine technische Frage. Es gibt zwar für jede Situation verschiedene Methoden und Argumente, doch im Kern werden die Bedürfnisse der Menschen für die Kooperativen richtig festgestellt und kanalisiert. Auch die für die Entwicklung der Wirtschaft geleistete Unterstützung und Förderungspolitik durch den politischen Willen ist ein weiterer Faktor. Darüber hinaus reichen die Mitwirkenden in einem laufenden Prozess ihre Projekte, deren Bereiche sie selbst bestimmt haben, bei den Kooperativen-Zentren ein, die werden dann dort angenommen. Bei solchen Entwicklungen bedarf es keiner weiteren Überzeugung. Doch bei direkt von den Kooperativen-Zentren vorangetriebenen Förderungen wird mit den jeweiligen gesellschaftlichen Kreisen auf Sitzungen über den materiellen und immateriellen Nutzen von Kooperativen gesprochen. In beiden Prozessen, ob bei bereits überzeugten oder noch zu überzeugenden, nehmen die Mitwirkenden am formalen Prozess der Ratsbildung teil, bei dem die Ko-Vorsitzenden der Kooperative, die Geschäftsführung, die Finanzen, das Archiv etc. und weitere Organe festgelegt werden.

Kooperativwirtschaft bedeutet zuerst, dass sich die Gesellschaft aus der früheren wirtschaftlichen, kolonialistischen Ausbeutung durch das Regime befreit und einen ausreichenden, wenn nicht sogar relativ besseren Reichtum erwirtschaftet.

Wie viele Kooperativen haben sich mittlerweile gegründet?

In Rojava, wo sich alles im Umbruch befindet, kann man auch bei den Kooperativen von einer Übergangsphase sprechen. Das Merkmal solcher Phasen ist das Fehlen von Beständigkeit und statistischen Daten. In dieser dynamischen Phase ist es unrealistisch, genau zu sagen, wie viele Kooperativen mittlerweile gegründet wurden. Doch man kann sagen, dass sich die Kooperativen mit jedem Tag mehr entwickeln und zunehmend zur bestimmenden Methode in unserer wirtschaftlichen Realität werden.

Welche Bereiche umfassen sie?

Das sind verschiedene Bereiche, doch am meisten entwickeln sich landwirtschaftliche Kooperativen. Insbesondere Kooperativen, die sich auf das Nutzungsrecht für große produktive öffentliche Flächen stützen und auf die Kollektivierung der Arbeit, stechen hervor. Darüber hinaus sind landwirtschaftliche Kooperativen zu nennen, die sich auf die Wassernutzung stützen. Daneben entwickeln sich vermehrt Viehzuchtkooperativen. Es gibt jedoch auch welche in den Bereichen Industrie und Handel. Im industriellen Bereich entwickeln sie sich hauptsächlich in der Form kleinerer und mittlerer Unternehmen und Werkstätten. Die Form der Kooperativen, auf die wir uns in der kommenden Zeit am meisten konzentrieren werden, sind bedürfnisorientierte Kooperativen und solche, die sich auf bestimmte Berufe und Produktionsbereiche fokussieren. Frauenkooperativen sind hierbei die bedeutendsten in allen Produktionsbereichen.

Kann nach eurer Einschätzung eine Kooperativwirtschaft die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen?

Auch wenn eine Kooperativwirtschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht auf alle wirtschaftlichen Bedürfnisse der Gesellschaft eingehen kann, dann aber doch auf die meisten. Insbesondere im Kontext der Kriegswirtschaft und des bereits erwähnten Embargos und Krieges kann diese Wirtschaftsmethode auf lokaler Ebene genügend leisten. Doch zu behaupten, dass Kooperativen auf alle wirtschaftlichen Bedürfnisse der Gesellschaft eine Antwort darstellten, würde sie überfrachten. Kooperativwirtschaft bedeutet zuerst, dass sich die Gesellschaft aus der früheren wirtschaftlichen, kolonialistischen Ausbeutung durch das Regime befreit und einen ausreichenden, wenn nicht sogar relativ besseren Reichtum erwirtschaftet. Sie gewährleistet ein Zusammentreffen der gesellschaftlichen Arbeit mit den reichhaltigen wirtschaftlichen Möglichkeiten und schafft eine produktive Gesellschaft. Die unqualifizierte menschliche Arbeit wird durch diese Methode zu einer qualifizierten. Sie leistet einen Beitrag dazu, die Arbeit und das Bewusstsein zu kollektivieren und die politische und soziale Einheit zu gewährleisten. Der durch den Rückzug des Regimes entstandene Reichtum wird – statt sich in bestimmten Händen anzuhäufen – in der gesellschaftlichen Basis verbreitet, und auf diese Weise wird eine demokratischere Wirtschaftsstruktur geschaffen. ♦

Das Ende der AKP und der türkisch-islamischen Synthese

Alle Hoffnungen und Träume enttäuscht

Kommentar von Suat Bozkuş, Journalist

Die möglichen Auswirkungen der zunehmenden internen Widersprüche, die Austritte und die Bedeutung der neu gegründeten Parteien haben eine Debatte darüber ausgelöst, ob sich die Ära der seit 2002 an der Macht befindlichen AKP ihrem Ende zuneigt. Für eine nähere Betrachtung sollten wir uns ein wenig an die Zeit erinnern, die dem Aufstieg der AKP den Weg geebnet hat.

In den 1990er Jahren brach der hundertjährige Status quo der Region zusammen und der Auflösungsprozess begann. Während die Regierungen in der Region ums Überleben kämpften, beeilten sich die Weltmächte, einen neuen Status quo zu schaffen.

In der Türkei ist die hundertjährige monotheistische Struktur der Republik ins Wanken geraten. Die Kräfte des Status quo wurden einerseits von dem beginnenden Kampf für die Freiheit Kurdistans und die Bildung der Volksopposition, andererseits von der weltweiten Welle des Wandels bedrängt. Aber auch sie versuchten, wie die derzeitige AKP, u. a. mit Waffengewalt sowohl bestehen zu bleiben als auch um jeden Preis das Heft in der Hand zu behalten. Der Staatsführung des selbsternannten Reformisten und Staatspräsidenten Turgut Özal wurde auf tragische Weise ein Ende gesetzt. *[Es wurde der Verdacht einer Vergiftung geäußert.]* Nach seiner Amtszeit bildeten traditionelle Status-quo-Parteien wie die DYP, SHP, MHP, ANAP und DSP verschiedene Koalitionen. Die wirtschaftliche und politische Krise verschärfte sich. Neben der wachsenden sozialen Opposition erstarkte von Tag zu Tag die Freiheitsbewegung Kurdistans. Die zentrale Politik dieser Systemparteien basierte auf Verleugnung und Zerstörung, die sie mit blindem und unbedingtem Ehrgeiz verfolgten, mit der Folge der Blockade und des Zerfalls der Gesellschaft.

Unter diesen Bedingungen wurde die AKP gegründet. Funktionäre aus den traditionellen rechten Parteien der Türkei übernahmen die Initiative. Anfangs gab es durchaus viele Menschen sozialdemokratisch-liberaler Herkunft. Auch die Teilnahme und das Gewicht der KurdInnen religiöser Herkunft ist bekannt.

Alle angesammelten Probleme, von der armenischen Frage bis Zypern, kamen auf den Tisch. Innenpolitisch wurde vom Dersim-Völkermord bis zur Gräueltat vom 12. September alles auf die Tagesordnung gesetzt. Somit wehte sozusagen der »Wind der Öffnung«. Jeden Tag wurde ein neues Aufklärungspaket vorbereitet. Man öffnete sich den KurdInnen, den AlevitInnen, den Minderheiten, den Roma und der Verfassung, den Kopenhagener Kriterien usw., und auf diese Weise schuf die AKP in der Gesellschaft die Hoffnung auf und den Traum von Veränderungen. Beeindruckt von diesem Wind unterstützten eine Menge Liberale die AKP und sie gewann auch die Sympathie und Unterstützung einiger Linker, zumindest hatte die AKP das grundlegende Interesse der Linken am weiteren Geschehen geweckt. Das Vertrauen und die Unterstützung des in- und ausländischen Kapitals waren enorm. Zu der Zeit berichteten die AKP-Medien: »Schaut mal, die ganze Welt findet Gefallen daran – er ist die Führung der Welt!«, und schmeichelten Erdoğan.

Bei den unter diesen Bedingungen abgehaltenen Wahlen blieben die traditionellen Parteien und die HADEP unter der Zehn-Prozent-Hürde, während die AKP 32 % der Stimmen bekam. Dennoch diskutierte niemand über die Legitimität dieser Macht. Im Gegenteil, die CHP unter der Führung von Deniz Baykal kooperierte mit Erdoğan u. a. für eine Verfassungsänderung, damit Baykal in die Politik zurückkehren konnte.

Seit ihrem Amtsantritt hat die AKP all ihre Versprechen, wie Reformen, ein Ende des Status quo, Demokratisierung und sogar fortschrittliche Demokratie, über Bord geworfen und das genaue Gegenteil umgesetzt.



Jeglicher Protest in Nordkurdistan, ob gegen die Absetzung und Inhaftierung der gewählten Bürgermeister und die Einsetzung von Zwangsverwaltern des türkischen Regimes oder gegen den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Nordsyrien/Rojava, wird mit brutalen Einsätzen der türkischen »Sicherheitskräfte« beantwortet. Foto: anf

Mit der Devise »Keine Probleme mit den Nachbarn« leitete Erdoğan eine Reihe von Treffen ein, um angehäufte Probleme friedlich zu lösen. Es gab zahlreiche vielversprechende Kontakte mit Griechenland, Zypern, Armenien, Syrien, Israel und anderen regionalen Staaten. Aber alles entpuppte sich als leeres Gerede, das zu keinem Ergebnis führte. Somit wurden die Völker der Türkei ihrer Hoffnung beraubt und zusätzlich wurde mit ihren Träumen gespielt. Viele, vor allem KurdInnen und Liberale, verließen die AKP.

In dieser Hinsicht bedeuteten die Wahlen vom 7. Juni 2015 einen Wendepunkt. Denn die AKP verlor nach den Regeln des geltenden Wahlsystems. Die Ein-Parteien-Ära ist vorbei. Die wahlberechtigten BürgerInnen haben der Ein-Mann-Führung rechtlich ein Ende gesetzt. Tatsächlich hat die AKP seither alle Wahlen, Referenden, Kommunalwahlen verloren, zu denen sie antrat.

Das politische Verhalten der Bevölkerung wurde zur kriminellen Handlung erklärt, und ihre politischen Präferenzen wurden mit harten Maßnahmen beantwortet, einschließlich staatlicher Gewalt. Mit der Ausschöpfung aller Mittel wie der Hilfe von YSK (Hoher Wahlausschuss), TRT (Türkische Hörfunk- und Fernsehanstalt), MIT (Nationaler Geheimdienst) und regimenahen Medien wurde der Schein gewahrt, gewonnen zu haben. Bei den letzten Kommunalwahlen wurde diese Tyrannei und Skrupellosigkeit deutlich. Doch dieses Mal ging der Schuss nach hinten los. Dennoch akzeptiert Erdoğan keine Niederlage. Im Gegenteil, er behauptet immer noch ohne Scham, gewonnen zu haben. Er verlässt sich dabei auf die Unterstützung der hinter ihm stehenden reaktionärsten Kräfte des Staates. Zudem erweckt noch heute die Straflosigkeit für die staatliche Praxis den Anschein, Erdoğan sei unantastbar. Währenddessen wird das Land im wahrsten Sinne des Wortes mit der Mentalität der AKP geplündert.

Es scheint, als hätten sich die Gründungsziele der AKP aus dem Jahr 2002 völlig in ihr Gegenteil verkehrt. Die meisten AKP-GründerInnen sind heute bereits aus der Partei ausgetreten oder ausgeschlossen worden. Obwohl einige AKP-Mitglieder das Debakel sahen und sagten: »Lasst uns zum Ursprung zurückkehren«, ist es dafür viel zu spät.

Erdoğan wird viel unternehmen, um die mit Unterstützung der MHP errichtete Ein-Mann-Diktatur aufrechtzuerhalten. Auf dem Weg zu den letzten Kommunalwahlen versuchte er die Bevölkerung und die gesamte Opposition, einschließlich der Gegenstimmen innerhalb der AKP, mit einer prognostizierten Gefahr des Überlebens zum Schweigen zu bringen, denn seine Politik lebt von der Spannung des Krieges, die für ihn unverzichtbar geworden ist. Das basisdemokratische Paradigma des kurdischen Volkes mit besonderem Fokus auf Geschlechterfreiheit und ökologische Gesellschaft stellt somit das größte Hindernis für das faschistische Regime, das AKP-MHP-Bündnis dar, das die Demokratie erstickt. Das kurdische Volk wird demnach einheitlich als Bedrohung für die Existenz des türkischen Nationalstaates angesehen. Der wahre Zweck der aktuellen Invasion Nord- und Ostsyriens ist der Versuch Erdoğans, durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und die damit einhergehende ethnische »Säuberung« die AKP und ihre Macht aufrechtzuerhalten. Aber seine Politik der Vernichtung und Besetzung wird für ihn kein gutes Ende nehmen. Diejenigen, die seinen Versuch, in Rojava und Südkurdistan einzudringen, mit Saddam Husseins Invasion in Kuwait vergleichen und ihm auch dasselbe Ende wie Saddam voraussagen, sollten Gehör finden. ♦

Zur politischen Entwicklung in der Autonomie-Region Südkurdistan

Das Irak-Südkurdistan-Problem, Kerkûk und die »umstrittenen Gebiete«

Seyit Evran

Im Irak fanden am 12. Mai 2018 und in Südkurdistan am 30. September 2018 Parlamentswahlen statt. Im Irak konnte erst nach fünf, in Südkurdistan erst nach zehn Monaten eine Regierung gebildet werden.

Erst Ende Oktober 2018 wurde die irakische Regierung mit acht fehlenden Ministerposten gebildet, wogegen von Muqtada as-Sadr einerseits und den SunnitInnen und KurdInnen andererseits Einspruch erhoben wurde. Anfangs wurden die Regierungsgeschäfte mit acht fehlenden Ministern geführt, zu Beginn des Sommers wurde die Regierung vervollständigt.

Die Regierung der Autonomen Region in Südkurdistan konnte wegen der inneren Widersprüche der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) einerseits und der Gegensätze zwischen PDK und YNK (Patriotische Union Kurdistans) und zwischen YNK und Gorran andererseits erst zehn Monate nach den Wahlen gebildet werden.

Beide Regierungen erwarteten große und ernsthafte Probleme. Die irakische Zentralregierung bestand trotz US-amerikanischen und iranischen Drucks fort. Ihr größtes zu lösendes Problem war die von der Türkei als Waffe genutzte Wasserversorgung. Der zwischen der Türkei und dem Irak 1946 geschlossene, seitdem immer wieder verlängerte und zuletzt nach dem Sturz Saddam Husseins abgeänderte Wasservertrag wurde von der Türkei einseitig gekündigt. Sie spielte das Wasser, Erdöl und die Besetzung Südkurdistans als ihre größten Trümpfe aus. Außerdem wurde erwartet, dass das irakische Kabinett eine Lösung für die türkische Besatzung im Nordirak und in Baschiqa finden würde. Denn erstmals betitelte der Irak die türkischen Kräfte im eigenen Land als Besatzer und trug dies auch so vor die Vereinten Nationen.

Auch die 2014 im Kampf gegen Daesch (den »Islamischen Staat« IS) gebildeten irannahen Al-Haschd-asch-Scha´bi-Milizen gehören zu den zu bewältigenden Problemen. Der Iran war somit weiter im Irak vertreten und hat sich im Zuge des von der PDK 2017 durchgeführten Unabhängigkeitsreferendums in Kerkûk und im Rest des Irak ausgebreitet, vordergründig in den »umstrittenen Gebieten«[1]. Auch wenn er immer wieder betont, dass die Kräfte zum Irak gehörten, forderten die USA und internationale Kräfte von der irakischen Regierung eine Lösung dieses Problems. Bagdad unternahm einige Schritte, diese Kräfte dem eigenen Heer einzugliedern, allerdings lehnten die offen zum Iran stehenden Gruppen dies ab. Aus diesem Grund wollte der Irak vor allem in Mûsil (Mossul) seine Muskeln gegen die Gegner der Eingliederungspläne spielen lassen. Doch auch das führte zu keiner Lösung. Die USA und Israel gelangten zu der Annahme, dass der Irak selbstständig keine Lösung liefern würde und zur Gefahr für sie selbst werden könnte. Daher wurden Stützpunkte der Al-Haschd asch-Scha´bi im Irak und in grenznahen Regionen Syriens ins Visier genommen, Waffen- und Munitionskammern und einige Anführer beschossen. In den letzten Tagen sprach sich auch Großajatollah Seyit Ali Sistani für eine Eingliederung der Al-Haschd-asch-Scha´bi-Rebellen ins irakische Heer aus. Er fing an, von Ministerpräsident Abd al-Mahdi die Umsetzung von dessen Entscheidungen zu fordern. Anderenfalls warnte er vor Schritten, die als Konsequenz bis zu einer Auflösung der Regierung reichen könnten.

Zu den Herausforderungen, vor denen der Irak steht, gehören auch der Zwiespalt innerhalb der SunnitInnen, die Abspaltung schiitischer AraberInnen als irannah und die Zersplitterung politischer, ethnischer und religiöser Gruppen. Indes sind auch für diese Probleme noch keine Lösungen gefunden. Eine weitere Aufgabe der neuen irakischen Regierung ist die Beseitigung der Wasser- und Elektrizitätsversorgungsengpässe in Basra, Mussena, Kerbela und Nadschaf – eine tickende Zeitbombe. In der aktuellen Regierungszeit kam es in besagten Gegenden, die vor allem von arabischen SchiitInnen bewohnt werden, auf Grund fehlender Regierungsaufmerksamkeit zu häufigen Demonstrationen, Kundgebungen und schließlich

1 Bei den »umstrittenen Gebieten« handelt es sich um Territorien im Nordostirak, deren administrative Zugehörigkeit zwischen der irakischen Zentral- und der kurdischen Regionalregierung umstritten ist. Der irakischen Verfassung von 2005 zufolge sollte die Frage bis 2007 in Volksabstimmungen geklärt werden, was aber immer wieder verschoben wurde.



Auch im südkurdischen Hewlêr (Erbil) wird gegen den Angriffskrieg der Türkei auf Rojava/Nordsyrien demonstriert. Foto: Hinrich Schultze

Ausgangssperren. Auch wenn das Problem der unzureichenden Elektrizität teilweise geklärt ist, gibt es keine endgültige Lösung in dieser Angelegenheit.

Die Probleme mit der südkurdischen Verwaltung

Das Problem mit der Autonomen Region in Südkurdistan gehörte zu den größten der irakischen Zentralregierung. Begonnen hatte die Auseinandersetzung mit dem 2017 durchgeführten Unabhängigkeitsreferendum in Südkurdistan und den in der Folge vom Irak besetzten Teilen der »umstrittenen Gebiete«. Die Frage hätte im Rahmen des Artikels 140 der 2005 ausgearbeiteten neuen irakischen Verfassung geklärt werden müssen. Beide Regierungen stimmten dieser Form der Lösung zu. Allerdings ist es bis zum jetzigen Zeitpunkt zu keinen Schritten in diese Richtung gekommen. Die südkurdische Regierung gab an, dass durch den nach Kerkûk versetzten Gouverneur (vor allem) hier und in anderen besetzten Gebieten ein demographischer Austausch vollzogen worden sei. KurdInnen würden zur Auswanderung gezwungen, ihre Felder und Häuser beschlagnahmt. Die für Kerkûk anberaumte Volkszählung bestätigt diese Anschuldigungen.

Ein weiteres Problem zwischen der irakischen Zentral- und der autonomen kurdischen Regierung, das einer Lösung bedarf, betrifft das Erdöl und das damit verbundene Budget. Für einen Teil des gesamtirakischen Haushalts musste die südkurdische Regierung der Zentralregierung 250.000 Barrel Öl übergeben. Bis heute hat diese Übergabe nicht stattgefunden. Aus diesem Grund reduzierte der Irak den Anteil der Region am Budget von 17 % auf 12,8 %. Außerdem gab Abd al-Mahdi bekannt, im Falle ausstehender Öllieferungen werde der Anteil weiter gekürzt. Die südkurdische Regierung ist auf Grund des mit der Türkei 2014 geschlossenen Öl-Deals nicht in der Lage, weitere 250.000 Barrel zu liefern. So sitzt sie zwischen zwei Stühlen. Und trotz mehr als zehn Zusammenkünften ist nach wie vor keine Lösung gefunden worden.

Die Widersprüche in Başûr

Zum Hauptproblem der Autonomie-Regierung mit der irakischen Regierung kommen noch viele andere. Die vor den Wahlen gemachten Versprechen konnten nicht eingehalten werden und dazu kommen die Widersprüche innerhalb der verschiedenen Parteien. Sie wurden nicht behoben, sie vertiefen sich weiterhin.

Ignoranz gegenüber der Besatzung entfremdet die Bevölkerung

In Südkurdistan wurde unter Schwierigkeiten eine Regierung aus PDK, YNK und Gorran gebildet. Abgesehen von der PDK sind alle Regierungsparteien, vordergründig die YNK, unzufrieden. Die Bevölkerung erwartete von der neuen Regierung eine klare Haltung zu den sich ausweitenden Besetzungsversuchen und Angriffen der Türkei, es war eine ihrer dringendsten Erwartungen. Doch die Regierung verfehlte nicht nur, eine Haltung zu zeigen, sie verhält sich, als gäbe es keine Besatzung, keine weiteren Okkupationsversuche, keine durch türkische Angriffe umgekommenen ZivilistInnen. Das Ausbleiben eines Schutzreflexes oder Aufbegehrens gegen die Besatzung bei der Regierung führt zunehmend zu einer Distanzierung der Bevölkerung. Denn sie selbst demonstriert überall ihre Haltung gegen die Besatzung. Von der Autonomie-Regierung wurde auch die Erledigung des Kerkûk-Problems erwartet. Dafür hätten Gouverneurs- und Provinzwahlen in die Wege geleitet werden müssen. Beides steht noch immer aus. Für die Wahl eines Gouverneurs oder einer Gouverneurin wären zunächst Provinzratswahlen nötig gewesen, doch weil die PDK an den Provinzratssitzungen nicht teilnimmt, kann keine Wahl stattfinden. Die PDK setzt voraus, dass einE möglicheR KandidatIn aus ihren Reihen kommen oder zumindest ihr nahestehen soll. Solange diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, nimmt sie an keinen Sitzungen teil und lehnt jeden YNK-Vorschlag ab. Daher liegt die volle Verantwortung für das Problem bei der PDK. Trotz der Tatsache, dass eine Regierung zustande kam, ist jede der Parteien der Meinung, nicht den ihr zustehenden Teil erhalten zu haben. Auf Grund der fortbestehenden Widersprüche und des Streits zwischen PDK und YNK ebenso wie zwischen YNK und Gorran können die regionalen Probleme nicht gelöst werden. Doch auch innerhalb der Parteien brodelt es. Die YNK hat sich seit dem Tod Mam Celal Talabanîs nicht erholen können. Dadurch konnte bis jetzt kein Parteitag vor den zentralen und regionalen Parlamentswahlen zusammentreten. In den letzten Tagen kam er erneut auf das Programm, es ist allerdings unklar, ob er wie geplant stattfinden kann. Denn in der YNK zerrt Kosrat Rasul Ali am einen und Şex Cafer Mustafa am anderen Ende. Die Talabanî-Familie zieht ihrerseits an ihrem eigenen Ende. Dazu kommen die familieninternen Uneinigkeiten. So wird klar, dass die YNK in ihrer derzeitigen Verfassung eine Koalition ist, die kaum mit sich selbst auskommt. Fest steht, eine Fortsetzung der aktuellen Situation wird ihr selbst schaden.

Ein einflussreicher Teil der Gorran-Bewegung hat unter der Führung Qadirê Hacî Alis die Partei als Reaktion auf die Koalition mit der PDK verlassen. Ali galt als Gründer des YNK-Geheimdienstes als eine der bedeutendsten Personen der Bewegung.

Die Probleme innerhalb der PDK zeichnen sich seit der Regierungsbildung immer deutlicher ab. Sie haben sich zu einem Machtkampf zwischen Mesrûr und Nêçîrvan Barzanî entwickelt. Mesrûr Barzanî *[derzeitiger Premierminister der Kurdischen Regionalregierung KRG und PDK-Politbüro-Mitglied]* hat sich die um Nêçîrvan Barzanî *[seit Juni Präsident der Autonomen Region Kurdistan und PDK-Vize]* während dessen Amtszeit als Ministerpräsident herum gebildete Gruppe vorgenommen. Das bedeutet nichts anderes als dessen schrittweise Zurückdrängung. Zuletzt wurden die für Nêçîrvan unersetzbaren Aştî Hawramî (Ölminister) und der Gouverneur Hewlêrs, Newzat Hadî, aus ihren Ämtern entfernt. Den Posten Hawramîs übernahm Mesrûr selbst und mit diesem Schritt auch die vollständige Kontrolle über das Öl. Auch wenn sich Mesûd Barzanî *[Präsident der Autonomen Region Kurdistan bis 2017 und PDK-Vorsitzender seit 1979]* als Vermittler zwischen beiden ausgibt, zeigen sein Schweigen und seine Passivität gegenüber den Aktivitäten Mesrûrs, dass er mit diesem insgeheim gegen Nêçîrvan agiert.

Auch unternahm Mesrûr Barzanî wichtige Schritte, die interne PDK-Praktik, ihr nicht nahestehenden Personen keine Regierungs- oder Führungsposten zu geben, zu ändern. Ein von der PDK als Peşmerga-Minister abgesetztes Gorran-Mitglied bekam einen Posten als stellvertretender Bezirksleiter.

Außerdem bestätigte er das als PDK-nah bekannte YNK-Mitglied Şex Cafer Şex Mustafa, General der 70. Einheit, als Vizepräsidenten. Somit gestaltete er sowohl Regionalverwaltungen als auch die Regierung selbst nach eigenem Belieben um.

Erdoğan nutzt die Zersplitterung

Alles zusammengenommen zeichnet sich ein Bild der völligen Zersplitterung ab und es lässt eine Ausnutzung der Situation durch regionale und internationale Kräfte erkennen. An deren Spitze steht Erdoğan und somit die Türkei. Offensichtlich versucht er seine Verluste in Syrien und Rojava durch ein Eingreifen an dieser Stelle auszugleichen und er wird dieses Betreiben weiter intensivieren. Die Angriffe auf Bradost, Xakurkê und Haftanin sind eine Fortsetzung und Ausweitung der Besatzung und es ist zu beobachten, wie er durch die Zusammenarbeit mit dem Irak die Kräfte in Südkurdistan zu übergehen und auszuschließen versucht. Und somit wird deutlich, dass alle KurdInnen erklärte Ziele sind. Um sich dagegen zu wehren, muss eine nationale Einheit der KurdInnen hergestellt werden. ♦

Einige Gedanken zu gesellschaftlichen Verpflichtungen

Wenn Deutschland weltweit »Verantwortung übernimmt«

Arif Rhein

Deutschland ist tiefer in die globale politische, wirtschaftliche, soziale und militärische Krise verwickelt, als manch einer wahrhaben möchte. Verfolgt man die Debatten im Land, entsteht der Eindruck, dass bei weiten Teilen der bundesdeutschen Zivilgesellschaft ein Bewusstsein für die Tragweite der globalen Krise und die Verwicklung Deutschlands nur sehr schwach ausgeprägt ist. Während deutsche Staats- und Regierungsvertreter unter der Losung »neue deutsche Verantwortung« seit spätestens 2013 eine klare Strategie globaler Machtansprüche verfolgen, bleibt eine gesellschaftliche Antwort aus, die den Gefahren eines deutschen Machtstrebens in Europa und darüber hinaus gerecht wird. Bürgerinitiativen, zivilgesellschaftliche Vereine, Stiftungen, Gewerkschaften, die Kirche, politische Parteien oder Medien werden daher so schnell wie möglich eine gesellschaftliche Diskussion darüber anstoßen müssen, welche Rolle Deutschland im 21. Jahrhundert in Europa und weltweit spielen soll. Konkret bedeutet das, eine demokratische und friedliche Vision für Deutschland und Europa zu entwickeln und praktisch werden zu lassen – und damit ein Gegengewicht zu dem Programm »neue deutsche Verantwortung«, das bereits heute deutsche Innen- und Außenpolitik immer kriegerischer, kompromissloser und menschenverachtender auftreten lässt.

Der Sprung aus dem Schatten der USA

Globale Großmachtphantasien der deutschen Eliten sind älter als der deutsche Nationalstaat selbst. Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts träumte man hier zu Lande von einem deutsch dominierten Europa, mit dessen Hilfe man in Konkurrenz zu Großbritannien zu einer Weltmacht werden wollte. Zwei verlorene Weltkriege später war man vorerst dazu gezwungen, sich im Schatten der USA einzuordnen und wieder zu Kräften zu kommen. Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und dem dadurch entstandenen Machtvakuum weltweit wurden keine fünfzig Jahre später auch deutsche globale Machtbestrebungen wieder lebendig. Das wiedervereinte Deutschland machte sich mehr oder weniger direkt daran, in Ost- und Südosteuropa die eigene Dominanz durchzusetzen. In Serbien war man dafür zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wieder bereit, die Bundeswehr im Ausland Krieg führen zu lassen. Aber auch für den Mittleren Osten – vom Maghreb bis nach Pakistan – zeigt die bundesdeutsche Politik großes Interesse. Grund dafür sind neben dem Ressourcenreichtum und den potentiellen Absatzmärkten für deutsche Produkte auch die geostrategische Bedeutung der Region. Bei der Durchsetzung deutscher Machtinteressen nahm man seit Anfang der neunziger Jahre auch Konflikte mit engen Verbündeten wie Frankreich und England, aber auch den USA in Kauf.

Mit einer gezielten Öffentlichkeitskampagne von Außenministerium und Bundespräsidialamt wurde 2013 der Gesellschaft präsentiert, was Jahre zuvor bereits durch Debatten außenpolitischer, militärischer und wirtschaftlicher Führungskräfte vorbereitet worden war: das Programm »neue deutsche Verantwortung«. Seither bewegt sich Deutschland mit großen Schritten aus dem Schatten der US-Politik heraus. Das Mittel dafür ist altbewährt: Der Hauptpfeiler des globalen Machtstrebens Deutschlands ist eine global konkurrenzfähige EU, die sich gemäß deutschen Interessen positioniert, und zwar auf so unterschiedlichen Feldern wie Wirtschaft, Außenpolitik, Militär, Kultur oder Sozialem. Jüngstes Beispiel dafür ist der diplomatische Vorstoß aus Berlin, eine eigene Marinemission im Persischen Golf zu organisieren – in offener Abgrenzung zu ähnlichen Plänen aus den USA. Ähnlich kann auch die Ablehnung Deutschlands gedeutet werden, sich an einer Militärmission in Nordsyrien unter US-Leitung mit Bodentruppen zu beteiligen. Die bundesdeutsche Politik will globale Machtpolitik betreiben – und zwar möglichst weitreichend zum eigenen Vorteil.

Dimensionen »neuer deutscher Verantwortung«

Die Folgen für die Gesellschaft Deutschlands sind weitreichend. Neben einem stetig wachsenden Anteil gesellschaft-

lichen Reichtums, der für militärische Zwecke bereitgestellt wird, bedarf es insbesondere einer gesellschaftlichen Stimmung, die bereit ist, deutsche Interessen global in den Vordergrund zu stellen. Nationalismus, Militarismus oder Sexismus werden in diesem Zusammenhang von verschiedensten Kreisen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien bewusst angeheizt. Und auch liberale Diskurse, in denen die deutsche Verantwortung für Demokratie und Wohlstand in der Welt beschworen wird, bezwecken letztendlich die Durchsetzung deutscher Großmachtphantasien. Die bundesdeutsche Politik- und Medienlandschaft tritt in dieser Frage immer geschlossener und selbstbewusster auf.

Was einer umfassenden Diskussion bedarf, soll an dieser Stelle nur angedeutet werden. Denn die Dimensionen »neuer deutscher Verantwortung« erstrecken sich von militärischen über wirtschaftliche bis hin zu sozialen Aspekten. Im militärischen Bereich, der aus den oben genannten Gründen eng mit der sozialen Stimmung im Land verbunden ist, lassen sich sieben wichtige Bereiche nennen, die für die Durchsetzung globaler Machtbestrebungen Deutschlands zentral sind:

1.) Deutschland fungiert als NATO-Drehkreuz und nutzt damit seine geostrategische Lage im Herzen Europas, um die eigene Machtposition zu stärken. Ob zehntausende US-amerikanische Soldaten auf bundesdeutschem Gebiet, die Lagerung US-amerikanischer Atomwaffen oder die Koordinierung von NATO-Truppenverlegungen nach Osteuropa – bundesdeutsche Politik positioniert sich damit als unabdingbarer Bestandteil militärischer Pläne westlicher Militärbündnisse.

2.) Insbesondere die verschiedenen Merkel-Regierungen verfolgen seit Jahren eine Waffenexportpolitik, mit der eigene Bundeswehreinsätze zum Teil überflüssig gemacht werden und die Kooperation ausländischer Regierungen gesichert wird. Ganz oben auf der Liste stehen faschistische Regime wie die Türkei oder Saudi-Arabien, aber z. B. auch die algerische Regierung, die sich seit Monaten mit Protesten der Bevölkerung konfrontiert sieht. Die Besetzung des vorwiegend kurdisch besiedelten Kantons Efrîn in Nordsyrien mithilfe deutscher Leopard-Panzer und G3-Gewehre zeigte Anfang 2018, wozu Partner wie die Türkei durch deutsche Waffen in die Lage versetzt werden.

3.) Als Ergänzung zu milliardenschweren Waffengeschäften ist die Bundeswehr seit 1999 mit tausenden Soldaten weltweit an Kriegen beteiligt. Afghanistan, Mali, Libanon, Jordanien, der Balkan, Syrien, der Irak oder das Südchinesische Meer sind nur einige der Einsatzgebiete. Auffällig ist, dass in den Einsatzgebieten der Bundeswehr auch nach mehrjährigen Operationen keine Stabilität eintritt, geschweige denn demokratische Verhältnisse. Die Aufgabe deutschen Militärs scheint mehr die Steigerung des außenpolitischen Gewichts Deutschlands zu sein, als gesellschaftliche Konflikte im Ausland zu lösen.

4.) Auch innenpolitisch zeigen sich deutliche Folgen. Die Steigerung militärischer Ausgaben auf ca. siebzig Milliarden Euro in den nächsten Jahren ist erklärtes Ziel bundesdeutscher Politik. In der Öffentlichkeit und in Schulen wirbt die Bundeswehr mit professionellen Imagekampagnen für den Kriegsdienst. Weite Teile deutscher Staats- und Regierungsvertreter scheinen sich als Ziel für die nächsten Jahre auf eine militärisch schlagkräftige Bundeswehr und ein gesellschaftliches Klima geeinigt zu haben, das Krieg im Interesse Deutschlands gutheißt. Eine materiell und ideell militarisierte Gesellschaft wird die Folge sein.

5.) Auch bedeutende Teile des deutschen Wissenschaftsbetriebs beteiligen sich aktiv an der Umsetzung der Doktrin »neue deutsche Verantwortung«. Zahlreiche Universitäten verweigern sich trotz langanhaltender Proteste konsequent einer Zivilklausel. Dies ermöglicht ihnen, militärische Forschungsaufträge u. a. von der Bundeswehr anzunehmen. Grundlagenforschung für die technische Überlegenheit deutscher Kriegstechnik gehört damit zum Alltag der deutschen Universitätslandschaft.

6.) Die deutsche Bundeswehr, aber auch die Polizei sind in zahlreichen europäischen und außereuropäischen Ländern an Ausbildungsmissionen für den dortigen Repressionsapparat beteiligt. Neben dem Training von Aufstandsbekämpfung und auf ähnlichen Feldern wird bereitwillig das materielle Equipment dazu verkauft, offensichtlich ohne ein allzu großes Augenmerk auf die Verhältnisse in den jeweiligen Ländern zu legen.

7.) Rüstungsprojekte auf europäischer Ebene werden von deutschen Staats- und Regierungsvertretern offensiv gefördert. Gemeinsam mit Frankreich und anderen europäischen Ländern läuft z. B. derzeit ein auf mehrere Jahre angelegtes und ca. hundert Milliarden Euro umfassendes Projekt, in dessen Rahmen die nächste Generation eines europäischen Kampfjets entwickelt und gebaut werden soll. Damit würde der Eurofighter von einem Verbund aus modernem Kampfflugzeug, Drohnen und Drohnenverbänden abgelöst. Außenpolitische und militärische Verantwortungsträger aus Deutschland diskutieren zudem zunehmend darüber, die französischen Atomwaffen zu europäisieren. Das würde letztendlich bedeuten, dass Deutschland Zugriff auf Atomwaffen bekäme, die man sicherlich gerne mit europäischem Siegel für deutsche Interessen einsetzen würde.

Die vielfältigen Maßnahmen auf dem Feld von Militär und Polizei begleitend nutzt die deutsche Außenpolitik traditio-

nell Stiftungen und wirtschaftslobbyistische Verbände für die Durchsetzung eigener Interessen. Das ist insbesondere kulturell und sozial interessant, ist man sich doch des Umstandes bewusst, dass militärische Maßnahmen allein kostspielig und riskant sind. Über Institutionen wie das Goethe-Institut oder Parteistiftungen wie die Friedrich-Naumann-Stiftung kann man kontinuierlich und ohne viel Aufmerksamkeit politische Kreise im Ausland unterstützen, die man in das eigene Großmachtstreben einbinden will. Ob Wirtschaftsdelegationen nach Brasilien unter Bolsonaro oder Friedrich-Naumann-Delegationen in das von Protesten erschütterte Hongkong – die deutsche Außenpolitik weiß, wie man leise und zielgerichtet Einfluss nehmen kann.

Neuer gesellschaftlicher Protest gegen einen alten Traum des deutschen Staates

»Neue deutsche Verantwortung« bedeutet, Deutschland in der Welt eine Stellung zu erkämpfen, die Staat und Wirtschaft möglichst viel Macht und Profit sichert. Die oben nur kurz angedeuteten Mittel zur Realisierung dieses Projekts verdeutlichen, dass dieser Plan auf dem Rücken der Gesellschaft in Deutschland umgesetzt wird. Seit Anfang der neunziger Jahre findet mit aller Heftigkeit eine globale Krise statt, in deren Rahmen politische und wirtschaftliche Einflussbereiche weltweit neu aufgeteilt werden und in der letztendlich die Krise der kapitalistischen Ordnung ihren Ausdruck findet. Es liegt in der Natur staatlichen Machtdenkens, diese Neuordnung der Verhältnisse für die Durchsetzung eigener Interessen zu nutzen. Ein Staat wie der deutsche, der seit seiner Gründung Großmachtphantasien hegt, tritt in solchen Zeiten besonders aggressiv auf. »Neue deutsche Verantwortung« ist die Losung der dazugehörigen Imagekampagne. Bleibt gesellschaftlicher Widerstand dagegen aus oder zu schwach, darf befürchtet werden, dass Deutschland düstere Jahrzehnte erwarten, deren Tragweite auch Profis aus der Werbe- und Medienbranche nur schwer kaschieren können. Es stellt sich daher die Frage: Wie kann die Zivilgesellschaft Deutschlands ein demokratisches und friedliches Projekt für Deutschland und Europa entwickeln, das sich moralisch-politische Prinzipien zur Grundlage nimmt? Während Staaten und Regierungen traditionell eher eigene Macht- und Profitinteressen in den Vordergrund stellen und zu deren Durchsetzung auch vor dem Einsatz von Gewalt und Manipulation nicht zurückschrecken, liegt es im Interesse der Zivilgesellschaft, Werten wie Demokratie, Frieden und Vielfalt den Vorzug zu geben. Die deutsche Zivilgesellschaft trägt aufgrund der traditionell aggressiven Machtpolitik des deutschen Staates eine besonders große Verantwortung für die Umsetzung dieser Werte in Europa und weltweit. Positiv ausgedrückt: Die immense europäische und globale Bedeutung Deutschlands kann von der Zivilgesellschaft genutzt werden, um Moral, Demokratie und Politik in Einklang miteinander über die Grenzen des eigenen Landes hinaus zu einem Gegenmodell zu staatlicher Macht- und Kriegspolitik zu machen. Dafür müssen die verschiedenen demokratischen Kreise im Land zusammenkommen, ein gemeinsames Verständnis der historischen Phase und der politischen Verhältnisse entwickeln und sich auf gemeinsame taktische und strategische Ziele einigen. Essentiell für ein Zusammenkommen wird sein, dass weite Teile der Gesellschaft einsehen, wie gefährlich, menschenverachtend und egozentrisch die Strategie »neuer deutscher Verantwortung« ist; und zwar für die deutsche und andere Gesellschaften. Durch gemeinsame Kongresse, Proteste und den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen wird die Gesellschaft hier zu Lande in die Lage versetzt werden, Verantwortung für sich, Europa und die Welt zu übernehmen – und damit staatliches Großmachtstreben mit seinen verheerenden Folgen aktiv zu verhindern. ♦



Auch im weiterhin besetzten Hambacher Forst heißt es: Es lebe der Widerstand von Rojava. Foto: anf

Flucht, Migration und der Flüchtlingsdeal zwischen der EU und der Türkei

Ökologiebewegung Mesopotamien, September 2019

Die »Öko-Flucht« ist die Suche nach neuen Orten für ein neues Leben derjenigen, denen durch Zwang von Staatsregierungen und anderen alles für ihren Lebensunterhalt weggenommen wurde und die ihren Lebensorten entrissen wurden.

Kapitalismus, Staat, Industrialismus

Der Kapitalismus entwickelte sich zusammen mit dem Nationalstaat und einem monopolisierten Industrialismus voll aus und strebt seitdem nach maximalem Profit. Hierfür werden die Natur und die menschliche Arbeitskraft immer intensiver verwertet und ausgebeutet. Für die Industrialisierung war es notwendig, dass Millionen von Menschen ihre Heimat verlassen und in die Industriestädte ziehen mussten, dort wurden sie oft aus wirtschaftlichen Verwertungsgründen rund um die Fabriken angesiedelt.

Da nach dem Zweiten Weltkrieg der Bedarf an Arbeitskräften zunahm, wurden Programme umgesetzt und Verträge abgeschlossen, um Menschen zur Migration zu bewegen. Zusätzlich wurden gewisse Länder politisch-ökonomisch bewusst instabil gehalten, damit eine Migration in vermeintlich stabilere Länder attraktiv wurde.

Viele west- und nordeuropäische Staaten wurden ein wichtiges globales Ziel dieser Migration. Die MigrantInnen kamen anfänglich vor allem aus umliegenden Staaten, später aus allen Staaten des globalen Südens. Sie kamen zunächst nicht mit der Absicht, sich langfristig aufzuhalten, daher war Integration in Europa erst einmal kein Thema. Doch es kam anders.

Heutzutage spielen der Mittlere Osten und Nordafrika eine besondere Rolle für Europa, weil sie geographisch nahe liegen und von dort die meisten Flüchtlinge und MigrantInnen kommen. Die vom Westen mitverursachten und nicht so schnell endenden Kriege im Mittleren Osten tragen erheblich zu den großen Fluchtwellen bei – ob sie nun kalkuliert wurden oder nicht. Afrika oder Asien ist für die MigrantInnen als dauerhafter Fluchtort aus diversen Gründen zumeist keine Option. Die aus dem Mittleren Osten stammenden MigrantInnen sind in Europa mehr denn je ein innenpolitischer und wirtschaftlicher Faktor geworden. Einige hetzen gegen Flüchtlinge, andere nutzen diese Hetze aus, wiederum andere knicken davor ein.

Extremer Nationalstaat Türkei

Der Staat »Republik Türkei« ist ein ganz extremer Nationalstaat, der zu seiner Gründungszeit mehrere Millionen Menschen vertrieben hat. Insbesondere GriechInnen und ArmenierInnen flohen in Nachbarstaaten; aber auch innerhalb des neuen Staates wurden Millionen zwangsweise umgesiedelt. In den nachfolgenden Jahrzehnten mussten sich viele Millionen Menschen mit nicht türkisch-sunnitischem Hintergrund entweder unterordnen und verleugnen oder fliehen. Diese ständige Vertreibungspolitik setzte sich in den siebziger Jahren mit der Besetzung Nordzyperns und in den neunziger Jahren, als mehr als zweieinhalb Millionen KurdInnen zwangsweise aus ihren Dörfern vertrieben wurden, fort. Zusätzlich kamen in den letzten zwei Jahrzehnten als Mittel der Neuordnung, Kontrolle und intensivierten Ausbeutung der Bevölkerung auch Infrastrukturprojekte wie Talsperren, Minen etc. zum systematischen Einsatz. Militärische, sicherheitstechnische und natürlich ökonomische Motivation stand dahinter – oft miteinander gepaart. Und für diese nie aufhörende verbrecherische Politik wurden weder der Staat noch die Regierungen noch andere Akteure zur Verantwortung gezogen.

Flucht als Waffe und Druckmittel

Als vor einigen Jahren viele vom endgültigen Frieden im Staat Türkei und damit der Lösung der kurdischen Frage ausgingen, wurde mit dem neu losgetretenen Krieg ab Juli 2015 die Vertreibung als Waffe wieder systematisch eingesetzt. Im

Sommer 2015 wurden die Grenzen nach Griechenland ganz geöffnet, wodurch rund anderthalb Millionen Menschen, vor allem syrische Flüchtlinge, nach Europa flohen. Dies war kühl kalkuliert, um die EU unter Druck zu setzen. Als die Türkei 2011 ihre Grenzen für syrische Flüchtlinge geöffnet hatte, war eine solche Flüchtlingswelle nach Europa sehr wahrscheinlich mit einkalkuliert worden. Die türkische Regierung erreichte, was sie damit bezweckte. Es ging dabei weniger um die drei bis sechs Milliarden Euro EU-Finanzhilfe als vielmehr um das Schweigen zur Zerstörung mehrerer Städte und Stadtteile in Nordkurdistan, der Massakrierung hunderter Menschen und der Vertreibung Hunderttausender. Die enge ökonomische Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der EU ging ohne jegliche Probleme weiter. Die Geiselnahme von Dutzenden europäischen StaatsbürgerInnen ab 2016 änderte daran nichts Wesentliches.

Die EU, und insbesondere die BRD, hat sich an den Kriegsverbrechen des AKP-MHP-Regimes in Nordkurdistan mitverantwortlich gemacht, wieder einmal mehr. Erinnern wir uns: In den neunziger Jahren war das Wüten des türkischen Staates in Nordkurdistan ohne deutsch-europäische und US-amerikanische Hilfe kaum vorstellbar. Der türkische Staat hätte bei vehementer internationaler Kritik die Städte 2015/2016 nicht so brutal angegriffen, wie er es tat. Kein Staat und keine große Medienanstalt war an den Kriegsverbrechen wirklich interessiert. Im Gegenteil, die deutsche Regierung versuchte ihre eigene Öffentlichkeit vom Flüchtlingsdeal zwischen der EU und der Türkei zu überzeugen und damit zum Schweigen zu bringen. Einmal mehr zeigte sie ihre Doppelzüngigkeit in der internationalen Politik – diese Herangehensweise scheint etwas Normales zu sein.

Zum Flüchtlingsdeal sei noch zu erwähnen, dass die Flüchtlinge nach ihrer Verwertbarkeit kategorisiert wurden und die »Nützlichen« weiterhin nach Europa kommen konnten. Flüchtlinge wurden als Obststücke auf dem Markt angesehen, die nach Belieben herausgenommen werden konnten.

Deutsch-türkische Beziehungen

Als die deutsche und die europäische Öffentlichkeit 2017 die Türkei stark kritisierten – Hauptanlass war die Inhaftierung (auch als Geiselnahme zu verstehen) ihrer StaatsbürgerInnen und weniger die Unterdrückung von Millionen Oppositionel-



Der Kurdische Rote Halbmond, Heyva Sor a Kurdistanê, hilft nicht allein in den Flüchtlingslagern Nord- und Ostsyriens, er ist auch bei der Bergung durch den türkischen Angriffskrieg verletzter Menschen in den Dörfern und Städten aktiv. Foto: http://www.heyvasor.com

len und KurdInnen – hat die deutsche Regierung die bekanntesten ihrer StaatsbürgerInnen aus der Türkei herausgeholt.

Dann folgte im Herbst 2017 ein großer Wirtschaftsdeal zwischen deutschen Konzernen und der türkischen Regierung in Höhe von 35 Mrd. Euro. Seit 2018 verkauft die BRD mehr denn je Waffen an die Türkei; in den deutschen Medien wird seitdem deutlich weniger über die Türkei berichtet. Der brutale Angriff des türkischen Staates auf die KurdInnen innerhalb seiner Staatsgrenzen, aber auch in Syrien und im Irak wird durch das Schweigen der BRD unterstützt.

Die brutale Repression geht noch weiter, die vertriebenen hunderttausend KurdInnen konnten nicht in ihre Stadtteile zurück, rund 150 JournalistInnen und mehr als 10.000 politische AktivistInnen sind in Haft, hunderte oppositionelle Medien sind verboten, die gewählten Ko-BürgermeisterInnen von der HDP werden nach wie vor – zuletzt im August 2019 – mit einem willkürlichen Regierungsbeschluss abgesetzt und durch ZwangsverwalterInnen ersetzt. Um die restaurierten deutsch-türkischen Beziehungen abzurunden: In der BRD nimmt nach einigen Jahren der relativen Ruhe die Repression gegen politisch engagierte KurdInnen erheblich zu. Das YPG-YPJ-Fahnenverbot ist nur eines der Mittel. Eine skandalöse Maßnahme ist das Verbot des Mezopotamien-Verlags Anfang 2019 – die Pressefreiheit wurde in der BRD noch nie so sehr beschnitten. Es ist nicht so, dass es der deutschen Regierung egal wäre, was der türkische Staat mit den KurdInnen beabsichtigt. Vielmehr zeigt die BRD ein starkes Interesse daran, dass sich alle KurdInnen dem türkischen Staat unterordnen, nicht nach Demokratie und Autonomie streben und diese Ideen auch nicht in der BRD vertreten.

Europäisch-türkische Beziehungen

Die EU könnte die Türkei offensiver dafür kritisieren, dass sie Flüchtlinge als Waffe einsetzt, und den Deal platzen lassen. Der türkische Staat würde in einem solchen Fall nicht einfach die Grenzen öffnen und stillhalten, wenn die EU ihrerseits ein Wirtschaftsembargo ins Spiel bringen sollte. Denn die Türkei ist auf gute Wirtschaftsbeziehungen mit der EU fundamental angewiesen.

Wie bewertet denn die EU den abgeschlossenen Flüchtlingsdeal? Eigentlich lehnt sie ihn nicht ab. Denn damit leitet sie einen Prozess ein, der die Türkei langfristig in eine Pufferzone bzw. ein Flüchtlingscamp verwandelt und so die Flüchtlinge an der Weiterflucht nach Europa hindert. Das führt gleichzeitig dazu, dass der türkische Staat seine südliche und seine östliche Grenze sperrt, damit langfristig nicht weitere Millionen in der Türkei ankommen. Eine vorgelagerte europäische Grenze, die auch durch Kurdistan verläuft. Erfolgreich wird dies seit dem Flüchtlingsdeal mit einer Betonmauer an der türkisch-syrischen Grenze praktiziert. Seit 2016 wurden Flüchtlinge in dreistelliger Anzahl von der türkischen Armee zielgerichtet getötet. Seitdem kommen kaum noch Flüchtlinge in der Türkei an, was in den internationalen Medien aber kaum wahrgenommen wird. Erst vor wenigen Wochen kam heraus, was wir immer wieder öffentlich sagten. Die Zahl der momentanen syrischen Flüchtlinge in der Türkei liegt zwischen 2,7 und 3 Mio. und nicht bei 3,6 Mio. wie offiziell behauptet wird. Es ist offensichtlich, dass mit dieser übertriebenen Zahl der Druck auf die EU noch erhöht werden soll.

Offener Rassismus

Weil der Krieg in Syrien länger als geplant dauert, können die knapp drei Millionen syrischen Flüchtlinge in der Türkei kaum nach Syrien zurück; diejenigen aus anderen Staaten auch nicht. Und seit dem EU-Türkei-Flüchtlingsdeal von 2016 geht es kaum weiter nach Europa. Sie stecken fest in der Türkei, wo sie keine wirkliche Perspektive haben. Aber selbst wenn der Krieg in Syrien enden sollte, wollen die meisten nicht zurück, weil die Zukunft dort unsicher ist und sie zumeist gegen das Baath-Regime eingestellt sind und damit Racheakte fürchten. Doch sind sie für den türkischen Staat nicht mehr grenzenlos einzusetzende Pfründe für innen- und außenpolitische Zwecke. Auch wenn sie in vielen Sektoren oft für die Hälfte des Mindestlohns arbeiten und zur wirtschaftlichen Entwicklung vieler Unternehmen in der Türkei beitragen, werden sie von immer mehr Teilen der türkischen Bevölkerung nicht mehr gewollt. Auch eine bedeutende Minderheit der AKP-WählerInnen sind mehr denn je gegen sie eingestellt. Die Abneigung gegen syrische Flüchtlinge wird mit der seit dem Sommer 2018 andauernden Wirtschaftskrise verstärkt und verwandelt sich immer mehr in einen offenen Rassismus. Mehrmals ist es in den letzten Monaten vorgekommen, dass einfache persönliche Streitereien in Massenangriffen auf syrische Flüchtlinge und Lynchjustiz endeten, indem die streitende türkische Seite den Flüchtlingsstatus der anderen Seite zur Hetze ausnutzte. Sowohl die Regierung als auch die nationalistische Opposition um die CHP-IYIP gehen repressiver gegen Flüchtlinge vor. Die Folge des zunehmenden Rassismus ist, dass sogar die AKP-Spitzen deutlich weniger positiv über die Flüchtlinge reden und sogar die Polizei tausende SyrerInnen in Istanbul und anderen Metropolen festnehmen ließ, um sie in die Provinzen zu bringen, wo sie offiziell angemeldet sind. Die Lage ist so ernst, dass es jederzeit zu Angriffen mit mehreren Toten, massenhafter Zerstörung von syrisch betriebenen Läden und Vertreibung aus gewissen Stadtteilen kommen könnte. Nur wenige Stimmen verlangen eine Besänftigung und einen humanen Umgang mit den Flüchtlingen aus Syrien und anderen

Staaten. Dazu gehören vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen und linke Parteien wie die HDP. Sie werden jedoch kaum gehört.

Der »Arabische Gürtel«

Dass die türkische Regierung seit Ende 2018 von Plänen zur Umsiedlung der syrischen Flüchtlinge nach Rojava/Nordsyrien spricht, hat auch mit dieser schwierigen Lage der syrischen Flüchtlinge in der Türkei zu tun. Aber dahinter steckt vielmehr das seit Jahren verfolgte Ziel, die revolutionär-demokratische Selbstverwaltung von Nordostsyrien zu zerstören und die demographische Struktur in Rojava zu ändern.

Inwiefern es sich auf die Situation der KurdInnen im Staate Türkei auswirken würde, wenn der Flüchtlingsdeal nicht verlängert werden würde, ist nur im Zusammenhang mit den anderen Themen zwischen der EU und der Türkei zu verstehen; also schwer vorauszusagen. Auffallend dabei ist, dass seit dem Sommer 2019 immer mehr Flüchtlinge aus der Türkei in Griechenland ankommen. Es ist offensichtlich, dass die türkische Regierung Tausende mit Schlepperbanden auf die griechischen Inseln bringen lässt. Dies hat zwei Zwecke. Erstens geht es darum, die EU vor den neuen Verhandlungen zur Verlängerung bzw. Erneuerung des Flüchtlingsdeals unter Druck zu setzen und so ein bestmögliches Ergebnis herauszuholen.

Zweitens soll die EU die Pläne des türkischen Staates, nämlich die Besetzung von Nordostsyrien, aktiv unterstützen. Denn die türkische Regierung schlägt ganz offen vor, dass die EU die Ansiedlung von zwei Millionen syrischen Flüchtlingen aus der Türkei in Nordostsyrien – dabei vor allem in Rojava – finanzieren und somit das Flüchtlingsproblem »dauerhaft lösen« soll. Dies würde natürlich gleichzeitig die Vertreibung von rund zwei Millionen KurdInnen, AssyrerInnen, ArmenierInnen bedeuten. Leider hat dieser Staat bereits Erfahrung mit der Vertreibung und Umsiedlung von Millionen Menschen. Bisher konnte die Türkei diesen verbrecherischen Plan gegenüber den in Nordostsyrien präsenten USA nicht durchsetzen; daher soll es vor allem über die EU geschehen. Damit wären die syrischen Flüchtlinge kein innenpolitisches Problem mehr für die türkische Regierung und – noch wichtiger – die revolutionär-demokratische Selbstverwaltung in Nordostsyrien wäre zerschlagen. Die demographische Struktur von Rojava wäre so verändert, dass sie konservativ und rein arabisch würde. Damit würde die Türkei die Pläne des Baath-Regimes eines »Arabischen Gürtels« im Norden Syriens aus den sechziger Jahren komplettieren. Es wäre nicht übertrieben, dies auch als einen beabsichtigten Genozid zu bezeichnen.

In unverschämter Weise hat Erdoğan diesen Plan am 24.9.2019 vor der UN-Generalversammlung präsentiert und Unterstützung gefordert. Kein Staat oder die UN hat ihn deswegen kritisiert, was leider nicht überrascht. Wahrscheinlich wird die türkische Regierung diesen Plan bei den sogenannten Friedensverhandlungen zu Syrien immer wieder auf den Tisch bringen. Damit könnte wahrscheinlich selbst der syrische Staat leben, denn bei einer Realisierung wären die KurdInnen aus ihrer Heimat vertrieben und die demokratisch-revolutionäre Selbstverwaltung wäre vom Tisch und er könnte langfristig – wenn die Türkei sich irgendwann zurückziehen würde – Nordostsyrien besser beherrschen. Ob es tatsächlich von allen Staaten zum grünem Licht kommen wird, ist eine andere Frage. In Nordostsyrien gibt es eine gut organisierte demokratische selbstverwaltete Gesellschaft mit starker Verteidigung, die erbitterten Widerstand leisten wird. Die Türkei kann bei einem Angriff in viele Gebiete vordringen, sie aber nicht wie in Efrîn kontrollieren.

Ausblick

Gäbe es keinen verlängerten Flüchtlingsdeal zwischen der EU und der Türkei, würden, wie schon seit Wochen der Fall, noch mehr syrische Flüchtlinge aus der Türkei nach Griechenland flüchten. Ob es eine so große Welle wie 2015 wäre, ist nicht so leicht abzuschätzen, weil es von Griechenland aus extrem schwierig geworden ist, weiter nach Zentraleuropa zu reisen, und das Flüchtlingsdasein in Griechenland sehr unerträglich geworden ist. Wenn allerdings die staatliche Repression in der Türkei gegen die syrischen Flüchtlinge erheblich zunimmt und sogar Pogrome stattfinden sollten, wäre die Flucht von Hunderttausenden denkbar. Dazu ist der türkische Staat bereit, wenn er damit seine Ziele zu verwirklichen gedenkt.

Ein Deal, der die Besetzung Nordostsyriens einschließt, wäre zweifellos gefährlich für die KurdInnen in Syrien, aber auch für die KurdInnen in Nordkurdistan. Letzteren ist die Entwicklung in Rojava aus politischen Gründen sehr wichtig und sie nährt die Hoffnung auf eine demokratische Veränderung und Lösung der kurdischen Frage in der Türkei. Es besteht zwar eine Grenze, aber die Entwicklung auf der einen Seite beeinflusst die andere Seite teilweise stark – in beide Richtungen muss gedacht werden. ♦

Das vom Kolonialstaat errichtete »Angst-Imperium« begann Risse zu bekommen

Zwei Dörfer, die die Phase der Serhildans einleiteten

Perwer Yaş, Journalist

Nach dem Beginn des bewaffneten Kampfes am 15. August 1984 in Dih (Eruh) durch die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) war Nordkurdistan mit einer seiner schwersten Prüfungen konfrontiert. Der damalige türkische Staatspräsident Kenen Evren behauptete, der Widerstand würde keine 72 Stunden überdauern. Stunden, Tage, Monate und Jahre vergingen und weder die Guerilla noch der Widerstand des Volkes kam ins Stocken. Nach 1984 versuchte das Regime in Ankara alles, um die sich in Kurdistan stetig ausweitende Guerilla zu besiegen. Unter Ministerpräsident Turgut Özal wurde im März 1986 das Dorfschützer-System eingerichtet. Ein Jahr später unterzeichnete Özal das Dekret zum Ausnahmezustand für die Region, in der sich die Provinzen Çewlîg (Bingöl), Amed (Diyarbakır), Xarpêt (Elazığ), Colemêrg (Hakkari), Mêrdîn (Mardin), Sêrt (Siirt), Dersim (Tunceli) und Wan (Van) befanden.

Das kolonialistische Regime versuchte zunächst mithilfe der Dorfschützer und danach über den Ausnahmezustand die Guerilla einzukreisen und die in der Bevölkerung verankerte kurdische Freiheitsbewegung zu zerschlagen. Mit dem Ausnahmezustand wurde die fadenscheinige Justiz des Staates in Kurdistan ausgeschaltet und die komplette Initiative dem Militär und den Spezialeinheiten überlassen. Nach 1987 gehörten Räumungen und Zerstörungen von Dörfern, Entführungen und Hinrichtungen durch den informellen Geheimdienst JITEM der türkischen Militärpolizei und Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen zum Alltag.

Der Widerstand der Guerilla am Berg Bagok bei Nisêbîn (Nusaybin) im April 1988 sollte vor allem die Entwicklung in der Region Botan auf den Kopf stellen. In den Morgenstunden des 1. April haben etwa zehntausend Soldaten der türkischen Armee ein Ausbildungscamp der Volksbefreiungsarmee Kurdistan (Artêşa Rizgariya Gelê Kurdistan – ARGK) in Bagok angegriffen. Etwa 50 Kämpfer der ARGK (30 von ihnen hatten ihre Ausbildung gerade abgeschlossen), die von Kriegsflugzeugen und Helikoptern umzingelt waren, leisteten entschlossenen Widerstand. Die kurdische Gesellschaft gedenkt ihnen mit dem Lied »Li Bagokê«.

Die neue Phase nach Bagok

Im Gefecht von Bagok schoss die Guerilla drei Helikopter ab, beschädigte einen weiteren und tötete dutzende Soldaten, darunter einen Piloten. Bei diesem Gefecht bei Bagok starben 20 Guerillakämpfer und es war das erste von vielen weiteren intensiven Gefechten in Kurdistan.

Während des Widerstands von Bagok kamen zum ersten Mal in Kurdistan die Menschen aus Botan der Guerilla zu Hilfe. Dorfbewohner trugen die verletzten Guerillakämpfer aus dem Gefechtsgebiet und leisteten logistische Unterstützung für die Guerilla. Die Solidarität zwischen Guerilla und Gesellschaft, die in Bagok ihren Anfang nahm, sollte den türkischen Staat dazu veranlassen, neue Konzepte anzuwenden.

Massaker an der Zivilbevölkerung

Nach den Dorfschützern und dem Ausnahmezustand ist das Jahr 1989 als das Jahr der zivilen Massaker und ersten Dorfräumungen in die Geschichte in Kurdistan eingegangen. Insbesondere die türkische Armee sollte jede Niederlage an der Zivilbevölkerung rächen.

Um dies zu verhindern, versammelten sich die Dorfvorsteher der Dörfer von Şirnex (Şırnak) und suchten den Landrat Cemal Aymaz auf, der ihnen allerdings lediglich mitteilte: »Solange in den Bergen Terroristen sind, wird der Staat so viel zerstören, verbrennen und bombardieren, wie er will. Wir wissen, woher diese Terroristen kommen. Macht, was ihr wollt.«

Dies kam einer Ankündigung von Massakern in der Region gleich. Am 23. Juni 1989 wurde ein Taxi auf der Dorfstraße von Gundikê Mele (Balveren) in Şirnex beschossen. Fünf



Damals wie heute: Die PKK ist das Volk und es hat sich die Fähigkeit erkämpft, seine Errungenschaften zu verteidigen. Foto: anha

Dorfbewohner starben. Nach diesem Ereignis hat der türkische Staat das Dorf immer wieder überfallen, die Menschen gefoltert und bis zu 20 Dorfbewohner festgenommen. Das Dorf Gundikê Mele beim Berg Cûdî war dem Staat bekannt. Cem Ersever, einer der Anführer des JITEM, sollte in seinen Erinnerungen schreiben, wie er selbst höchstpersönlich viele Zivilisten des Dorfes ermordete.

Gegen die Angst

In den ersten Tagen sind die rund 3.500 Einwohner von Gundikê Mele zwischen Şirnex und Qilaban (Uludere) auf die Straße gegangen und haben ihrem Protest gegen die staatliche Unterdrückung Ausdruck verliehen. Das vom Kolonialstaat in den Köpfen der Kurden errichtete »Angst-Imperium« begann Risse zu bekommen. Murat Karayılan, Oberkommandeur der Volksverteidigungskräfte (Hêzên Parastina Gel – HPG), schreibt zu der Bedeutung der damaligen Ereignisse in seinem Buch »Die Anatomie des Krieges«: »Gegen die Serhildans (Volksaufstände), bei denen sich die kurdischen Städte für die Leichname der Guerillakämpfer einsetzten, ging der türkische Staat mit Gewalt vor. Das Ziel waren Angst und Unterdrückung. Der Staat wollte unbedingt verhindern, dass die Guerilla eine Massenbasis findet. Denn er wusste, dass dies sein Ende und den Verlust Kurdistans bedeuten würde. Deshalb schreckte er nicht davor zurück, die Massen mit Panzern anzugreifen oder in die Menge zu schießen, wobei immer wieder dutzende Menschen starben. Trotz der starken Repression in den Dörfern Botans im Jahr 1989 konnten die Serhildans nicht verhindert werden. Die Dorfbewohner von Gundikê Mele in Şirnex haben einen Sitzstreik auf der Straße zwischen Şirnex und Qilaban gegen die Repression des Staates durchgeführt. Diese Aktion war der erste gesellschaftliche Widerstand gegen den Staat.«

Die Ermordung von sechs Zivilisten in Girê Çolê

Ein weiterer Ort des Widerstands war das Dorf Girê Çolê (Derebaşı) auf der anderen Seite des Bergs Cûdî in Silopiya (Silopi). Das Dorf mit langer Geschichte stand an einem strategischen Ort. In der Nähe des Dorfes gab es am 17. September 1989 um zwei Uhr nachts ein Gefecht auf dem Berg Cûdî. Eine Vielzahl von Soldaten und drei Guerillakämpfer der ARGK kamen ums Leben. Die nach dem Gefecht ins Dorf Girê Çolê kommenden türkischen Soldaten nahmen die Dorfbewohner Sudun Beyan, Üzeyir Arzıg, Reşit Eren, Fevzi Bayan, Abbas Çiğdem und Münir Aydın fest. Ihnen wurden Hände und Augen verbunden; sie wurden in den frühen Morgenstunden hingerichtet. In jeden einzelnen Körper wurden mehr als 20 Kugeln geschossen. Die Menschen aus Silopiya sind an diesem Tag mit dem Massaker in Girê Çolê erwacht. Das Gouverneursamt des Ausnahmezustands erklärte in einer Stellungnahme dazu, »neun Terroristen« seien in Silopi getötet worden.

Die Menschen der Region waren wütend. Während sie eine Untersuchung des Vorfalls oder zumindest eine Autopsie und die Verfolgung der Täter forderten, wollte der türkische Staat nicht einmal die Leichname aushändigen. Die Dorfbewohner von Girê Çolê haben sich am Morgen des 19. September auf den Weg nach Silopiya gemacht. Die Menschenmenge wuchs mit den Menschen aus den Nachbardörfern und aus Silopiya stetig weiter auf Zehntausend an. Vor dem Regierungsgebäude forderte die Menge Rechenschaft für das Massaker, aber die staatlichen Kräfte antworteten auf diesen friedlichen Protest mit Gewalt. Doch der Terror des türkischen Staats konnte den Widerstand der Menschen nicht brechen. Das Haus des Landrats in Silopiya wurde angezündet. Die staatlichen Kräfte schossen wahllos in die Menge und verletzten eine Vielzahl von Menschen und nahmen mehr als 80 Personen fest. Obwohl die Fotoapparate der Journalisten beschlagnahmt wurden, war Silopiya am nächsten Tag auf der Titelseite der türkischen Medien. Die Zeitung Milliyet erschien am 20. September mit der Schlagzeile »Vorfall in Silopi« und berichtete über den Volksaufstand: »Die Menge, die zum Regierungsgebäude lief, schrie und zerstörte die Fensterscheiben. Die herbeieilenden Spezialkräfte schossen in die Luft, um die Menge zu zerstreuen. Das Regierungsgebäude und die Moschee, in der sich die Leichname befanden, wurden durch Panzer geschützt. Die Milliyet-Reporter, die die Demonstration verfolgten, wurden von den Sicherheitskräften angegriffen. Als die Menge vor dem Regierungsgebäude mit Steinen und Knüppeln die Fenster zerschlug, riefen sie Slogans wie: ›Wir wollen die Mörder‹, ›Nieder mit dem Kapitalismus‹, ›Nieder mit dem Faschismus‹, ›Wir werden unsere Stimme in Europa zu Gehör bringen‹ und ›Wir fordern unser Recht‹.«

Die Tagung des Nationalen Sicherheitsrats

Die in Kurdistan beginnenden Serhildans versetzten nun die Mächtigen des Regimes in Ankara in Angst und der Nationale Sicherheitsrat unter dem Vorsitz des Junta-Führers Kenan Evren wurde einberufen. Die türkische Regierung war wütend auf die Medien, die diesen »Vorfall« bekannt gemacht hatten. Es wurde eine Erklärung des Sicherheitsrates veröffentlicht, die voller Drohungen gegen Journalisten war, die den schmutzigen Krieg in Kurdistan verfolgten.

Der Serhildan in Silopiya hat auch das politische Klima in Ankara beeinflusst. Abgeordnete von DYP und ANAP übten Druck auf die Özal-Regierung aus, das Massaker in Girê Çolê zu untersuchen. Özal sah sich daraufhin gezwungen, eine Abgeordnetendelegation nach Silopiya zuzulassen. Die Parlamentarier erklärten nach ihren Untersuchungen in der Region zwar, die ermordeten sechs Dorfbewohner seien sicher keine PKKler gewesen, verlangten aber dennoch keine Rechenschaft für das Massaker.

Die Gründung einer politischen Partei

Nach Girê Çolê dauerte die Serie von Massakern durch den türkischen Staat an. Am 24. November 1989 wurden im Dorf Sat (İkiyaka) in Gever (Yüksekova) 28 Dorfbewohner ermordet.

1989 ereignete sich ein weiteres wichtiges Ereignis im politischen Leben der Kurden: Sieben kurdische Abgeordnete beteiligten sich am 14. und 15. Oktober an einer Konferenz in Paris und wurden deshalb aus der Sozialdemokratischen Volkspartei (Sosyaldemokrat Halkçı Parti – SHP) ausgeschlossen. Dies und die Serhildans in dieser Zeit bestärkten den Prozess zur Gründung einer Partei der Kurden. Als erstes Glied einer Tradition der demokratischen Politik wurde die Arbeitspartei des Volkes (Halkın Emek Partisi – HEP) im Juni 1990 gegründet.

Das erste Halbjahr 1990 sollte besonders ereignisreich werden. Der Widerstand zuerst in Gundikê Melê und danach in Girê Çolê mündete in gesellschaftlichem Widerstand und den Serhildans. Der Serhildan von Silopiya sollte durch das Lied »Destana Silopî« des jung verstorbenen kurdischen Künstlers, Evdilmelîk Şêx Bekir, Mitglied der Gruppe Koma Amed, aus dem Album »Kulîlka Azadî«, im kollektiven Gedächtnis der Kurden bleiben. ♦

In Erinnerung an den Freiheitskämpfer Michael Panser/Xelîl Viyan/Bager Nûjiyan

Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche!

Ronahî, eine Weggefährtin von Heval Bager, September 2019

»Vier Schmetterlinge beschließen herauszufinden, was Feuer wirklich ist. Der erste Schmetterling fliegt weit am Feuer vorbei, kommt zurück und sagt: ›Feuer ist etwas, das leuchtet.‹ Das ist noch nicht das ganze Wissen über dessen Natur, und so fliegt der zweite Schmetterling etwas näher ans Feuer heran, kehrt um und erzählt: ›Feuer ist etwas, das wärmt.‹ Doch auch das reicht nicht aus, um dessen Natur zu erklären, und so nähert sich der dritte Schmetterling dem Feuer noch weiter, bis die Flammen über seine Flügel züngeln. Als er zurückkehrt, sagt er: ›Die Wahrheit über das Feuer ist, dass es etwas Brennendes ist.‹ Der vierte Schmetterling umkreist das Feuer, dreht um, brennt an und stürzt sich plötzlich ins Feuer, leuchtet für einen Augenblick und verschwindet dann in der Flamme, bis er nicht mehr zu sehen ist. Das ist der einzige Schmetterling, der wirklich versteht, was das Feuer ist, aber er kann es den anderen nicht mehr erzählen.« (Indische Geschichte, aus dem Buch »Kurdische Liebe« von Abdullah Öcalan)



Keinen Schritt zurück

Haben Sie schon mal einen Menschen getroffen, der mit jedem Schritt seinen Träumen und seiner Vorstellung von einer besseren Welt folgt? Wir alle haben Träume und Vorstellungen von einer besseren Welt. Doch es gibt nur wenige, die aus ihren Wünschen und Träumen den roten Faden spinnen,

der ihr Leben bestimmen soll. Xelîl hat an Utopien gesponnen, um sie zu verwirklichen. Wer ihn getroffen hat, weiß, dass er voller magischer Geschichten war und fasziniert von GeschichtenerzählerInnen, die über den Rand des Bestehenden hinausgingen. Er entwickelte daraus die besondere Fähigkeit, Schwierigkeiten und Hindernissen mit einer Leichtigkeit zu begegnen im Bewusstsein der noch viel größeren Aufgaben, die auf ihn warteten.

Du bist nicht der Erste und wirst nicht der Letzte sein, dem durch diesen Vernichtungskrieg das Leben genommen wurde. Doch deine FreundInnen und WeggefährtInnen werden dafür sorgen, dass der Feind der Menschheit in seinem Vernichtungswillen verzweifeln wird.

Er war fasziniert von den wandernden und reisenden DichterInnen und PhilosophInnen aller Kontinente, die dem Leben als seine SchülerInnen treu ergeben sind. Daraus entwickelte er selbst eine Lebensform: Was in Büchern und Liedern versteckt war, erweckte er zum Leben. Die Gegenden, die er bereiste, betrachtete er im Spiegel ihrer Geschichte, und er war tief begeistert von der Kraft der Natur im Aufstand gegen das, was die Menschen mit ihr machen. Er war offen und zugewandt und suchte das Denken und die Erfahrungswelt der Menschen zu verstehen, denen er begegnete. Seine Tasche war stets gepackt wie die Wanderbeutel der GesellInnen und Derwische. Er trug niemals mehr als das Nötigste bei sich und teilte das, was er bei sich trug.

Wenn leben, dann frei leben

Xelîl ist in seinen dreißig Lebensjahren auf den Spuren Che Guevaras nach Lateinamerika und auf den Spuren Andrea Wolfs in den Mittleren Osten gereist. Was ihn antrieb, war nicht die Suche nach Abenteuer oder die Aufregung eines außergewöhnlichen Lebens. Was ihn antrieb, war eine tiefe Überzeugung, dass auf dieser Welt momentan etwas nicht stimmt, dass Gut und Böse auf den Kopf gestellt und Recht und Unrecht trügend verwischt sind. Er konnte dir sehr genau davon berichten, auf welche ökologische Apokalypse die Erde zusteuert, was kapitalistisches Wirtschaften mit dem menschlichen Körper und Geist macht, und von all den weiteren Themen, die den Menschen das Atmen schwermachen.

Er konnte sich über jedes erdenkliche Thema unterhalten und kam oft zu einer Erkenntnis zurück: der Notwendigkeit des ganzheitlichen Denkens. Ganzheitlich waren auch sein Verständnis von Revolution und seine Vorstellung davon, wie die RevolutionärInnen sein müssen, die diesen Weg beschreiten. Sein Weg war sicher nicht ohne Umwege und Sackgassen, doch ausgerichtet auf ein Ziel. Er nahm sein Ziel zum Maßstab dafür, wie er sich entwickelte und neu erfand, wie er sein Leben organisierte und wie er auf andere Menschen zuging. Er hatte eine Klarheit darin, seine Werte zu verteidigen.

Wenn wir Heval Bager in die Augen blicken, sollten wir uns selbst in seinem klaren Spiegelbild betrachten. Ab dem Moment, als er begriff, wohin die Welt sich bewegt, begann er eine weite Reise. Er war bereit, für diese Reise hinter die Weltenränder zu blicken und in die Augen zu blicken, die die Welt des Feuers zeigen, nicht die des Lichts. Und er war bereit, mit ins Feuer zu gehen, wenn es die Wirklichkeit ist, statt weiter vom Licht geblendet und getäuscht zu werden. Heval Bager ließ das Gewand der Moderne wie selbstverständlich für immer zurück, sobald er sich ihrer Täuschung bewusstgeworden war. Er ging fortan mit einer Leichtigkeit, die einen freien Geist auszeichnet, und mit einer Offenheit, die von einer neuen Gesellschaft erzählt. Mit dem, was er begriffen hatte, zeichnete er eine neue Landkarte und fand zahlreiche WeggefährtInnen auf seiner Suche.

Wir, die Verbündeten, suchten mit unserer Liebe die Einsamkeit in dieser Welt zu überwinden, und wir fanden heraus, dass mit der Zärtlichkeit der Völker die Einsamkeit wie ein schlechter Traum verpufft. Es entstand in uns eine neue Klarheit, die eine unerschütterliche Kraft mit sich brachte. Sobald du siehst und fühlst, was Bruchteile der neu errungenen Wirklichkeit sind, nimmst du sie und schließt sie in dein Herz. Und dein Herz wird stark wie niemals zuvor, vielleicht stärker als all das, was dir je bekannt war. Und dein Denken, Sprechen und Handeln speist sich seitdem aus dieser Erkenntnis, und du begreifst, dass diese Quelle nahrhafter ist als alles, was du kanntest.

Lassen wir sie verzweifeln in ihrer Zerstörung

An jedem einzelnen Tag des Monats Dezember im Jahr 2018 fielen die Bomben aus den Bäuchen der Kriegsvögel auf die Berge und Täler Kurdistans wie der Regen eines starken Gewitters. Die freien Berge und RevolutionärInnen Kurdistans sind der Weltordnung, die sich alle Werte oberhalb und unterhalb der Erdoberfläche, bis hin zu denen in den Köpfen der Menschen, zu eigen macht und gnadenlos ausbeuten will, ein Dorn im Auge. Ein großer Hass, der den kalten Willen der Vernichtung in sich trägt, lässt die Kriegsvögel fliegen und das tun, was klassische Armeen seit hundert Jahren erfolglos ver-

suchen: den Freiheitswillen im Mittleren Osten ersticken, um das Land gefügig und besetzbar zu machen. Die KämpferInnen der PKK führen diesen Kampf um die Würde des Menschen, im Mittleren Osten und überall.

Lieber Freund Xelîl,

gemeinsam saßen wir auf einer Anhöhe und sahen das erste Mal die Bomben auf diese wunderschöne Landschaft einbrechen. Zuerst war da ein unerträglicher Lärm, mit dem die Kriegsvögel über uns kamen, und dann sahen wir ein großes Feuer, das den weiten Horizont vor unseren Augen lebendig verbrannte. Wir wurden Zeugen, wie gnadenlose Gewalt etwas so Wertvolles aus dem Leben reißt. So gaben wir diesem Ort, den freien Bergen Kurdistans, unser Versprechen, ein Teil des Widerstandes zu werden. Egal wo – unser Herz schlug fortan gemeinsam.

Zuletzt bist du auf die freien Berge zurückgekehrt, philosophiertest über diese und andere Weltordnungen und sangst die Lieder der kommenden Welt, als die Kriegsvögel wieder über diesen wunderschönen Ort herfielen. Diesen Ort, der allen vertraut wird, die von Herzen Mensch sind.

Du bist nicht der Erste und wirst nicht der Letzte sein, dem durch diesen Vernichtungskrieg das Leben genommen wurde. Doch deine FreundInnen und WeggefährtInnen werden dafür sorgen, dass der Feind der Menschheit in seinem Vernichtungswillen verzweifeln wird. Er wird durch unsere Entschlossenheit und Hingabe früher oder später erkennen, dass sich die Suche nach dem würdevollen Leben nicht vernichten lässt. Es kann keine Welt ohne Verbundenheit, Liebe, Solidarität, Würde und Gerechtigkeit geben, und mit diesem Selbstbewusstsein führen wir deine Suche und deinen Kampf fort. Wir sind mit den Geschichten der RevolutionärInnen gewachsen, die sich in allen Teilen der Welt furchtlos dem Feind der Menschheit entgegenstellten und für ein freies und würdevolles Leben kämpften. Wir wachsen auch mit deiner Geschichte, lieber treuer Freund und Weggefährte. Wir haben dich immer für deine Klarheit und deinen unermüdlichen Geist bewundert, nun werden wir uns diesen Geist zu eigen machen. Das ist unser Weg, auf dem wir dich unsterblich und deine Träume lebendig werden lassen. ♦



Michael Panser/Xelîl Viyan/Bager Nûjiyan in den freien Bergen Kurdistans. Fotos: anf

Trotz Staubeginn am Ilısu-Staudamm:

Es ist nie zu spät für Hasankeyf und den Tigris!

Ercan Ayboga

»Der Kampf ist verloren«, sagen einige FreundInnen mutlos. »Was können wir noch für Heskîf (Hasankeyf) und den Dicle (Tigris) tun? Denn der Aufstau hat begonnen«, fahren sie fort. Wir halten dagegen mit dem seit Juni immer wieder verwendeten Satz »Es ist nicht zu spät für Heskîf!«. Denn es ist tatsächlich nicht zu spät, es ist nie zu spät für diese wichtige Region. Ein Kampf wird oft im Kopf verloren, dann draußen im Felde. Außerdem gibt es viele Faktoren in einer politisch immer unvorhersehbareren Lage.

Mit den globalen Aktionstagen für Heskîf und den Dicle vom 7. und 8. Juni 2019 ist der zerstörerische Ilısu-Staudamm wieder auf die Tagesordnung zurückgekehrt. Jahrelang brachten große Medien in der Türkei und Nordkurdistan als auch international vereinzelt – oft zu bestimmten Anlässen – größere Beiträge. Doch seit Juni 2019 ist es ein Dauerthema. Weltweit haben die meisten größeren Medien in den vergangenen Wochen und Monaten berichtet, oft dabei ihre JournalistInnen an den Dicle geschickt. Aber auch sehr viele (kleinere) kritische Medien sind angereist, um zu berichten und den Widerstand hervorzuheben.

Zu den Aktionstagen im Juni wurde aufgerufen, weil im März die türkische Regierung den Beginn des Aufstaus für den 10. Juni 2019 angekündigt hatte. Knapp zwei Jahre war es still gewesen. Als im August 2017 Felsen in Heskîf gesprengt worden waren, hatte es einen kurz währenden großen Aufschrei gegeben, der auch von den türkischen und selbst internationalen Medien wahrgenommen wurde. Die seit diesem Juni anwachsende Kampagne entstand leider nicht 2017. Sonst wäre es für die türkische Regierung viel schwieriger gewesen, den Bau des Dammkörpers Anfang 2019 abzuschließen und mit dem Aufstau um den 20. Juli 2019 herum zu beginnen.

Nichtsdestotrotz haben wir in den vergangenen Monaten in der Gesellschaft der Türkei und Kurdistans viel erreichen können. Viele Tausend Menschen äußerten sich in verschiedener Form kritisch. Sie wurden auch von einer Reihe sich zu Wort meldender kurdischer und türkischer KünstlerInnen angetrieben. Etliche berühmte KünstlerInnen wie Erkan Oğur, Xero Abbas, Mikail Aslan, Zehra Doğan, Haluk Levent wandten sich mit Erklärungen offen dagegen, Heskîf und das Dicle-Tal zu fluten. Auch oppositionelle politische Parteien stellten sich in den vergangenen Monaten offen gegen Ilısu, dabei stach vor allem die Demokratische Partei der Völker (HDP) hervor. Zum ersten Mal zeigte sich auch die Republikanische Volkspartei (CHP) an der Thematik interessiert. Selbst die SP (Glückseligkeitspartei) empfing AktivistInnen der Kampagne gegen den Ilısu-Staudamm.

Die Folge des Aufschreis in der Gesellschaft war die Gründung der Heskîf-Koordination am 5. Juli 2019, die neben der seit 2006 aktiven Initiative zur Rettung von Heskîf weitere Vereine, Berufsorganisationen, ökologische Gruppen, die HDP und HDK (Demokratischer Kongress der Völker) und Einzelpersonen einschließt. Seitdem finden die meisten Aktivitäten im Namen der Heskîf-Koordination statt.

In Anbetracht der letzten Monate ist es u. a. wichtig für uns, dass eine Reihe sozialer Bewegungen und NGOs aus der Türkei, die gegen ökologisch-soziale Zerstörung durch Bergbau-, Talsperren-, Gentrifizierungs- oder Tourismusprojekte kämpfen, in ihren Aktivitäten und Erklärungen immer wieder den Widerstand in und um Heskîf nennen und grüßen. Das ist ein Novum in dieser Form und auch das Ergebnis eines längeren Prozesses der Zusammenarbeit ökologischer Organisationen in der Türkei und Nordkurdistan, der vom türkischen Nationalismus über Jahre eingeschränkt wurde. Ein wichtiger Schritt in diesem Sinne war die Anfang 2018 erfolgte Gründung der »Ökologieunion« (türkisch: Ekoloji Birliği) aus 52 ökologisch arbeitenden zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem gesamten Land.

Im Juli, also einen Monat, nachdem Heskîf und das Ilısu-Projekt einen gewissen Platz in den Diskussionen gefunden hatten, rückte der Kampf von AktivistInnen gegen das Alamos-Goldminenprojekt in der ägäischen Provinz Çanakkale ebenfalls in den Vordergrund. Innerhalb weniger Wochen beteiligten sich Zehntausende an Demonstrationen und anderen Aktionen, als Bilder von der Abholzung von mehr als zwei Millionen Bäumen nahe den Ida-(türk.: Kaz-)Bergen veröffentlicht worden waren. Ein Teil der AktivistInnen von den Ida-Bergen (leider nicht der türkisch-nationalistische Teil) als auch andere Ökologiebewegungen begannen seitdem, im Kampf gegen die ökologiefeindliche Politik der AKP-Regierung die Begriffe »Heskîf« und »Kaz-Berge« zu verwenden. Auch wir tun es. Damit wollen wir unter anderem zum Ausdruck bringen, dass es unbedingt notwendig ist, gemeinsam der zunehmenden zerstörerischen Politik auf Staatsebene durch immer mehr Investitionsprojekte im Energie- und Infrastrukturbereich etwas politisch Nennenswertes entgegenzusetzen. Denn die Politik der autoritären Regierung wird sich nicht grundsätzlich durch eine einzelne territorial abgegrenzte ökologische Bewegung ändern, auch wenn eine Bewegung viel zu einem gesteigerten Bewusstsein beiträgt. Ebenso ist die Zusammenarbeit mit den sozialen und politischen Bewegungen anderer Sektoren wichtig. Genau diesen Punkt verstehen immer mehr Organisationen, die gegen zerstörerische Investitionsprojekte kämpfen.

Es ist ein Kampf der gesamten Gesellschaft

Nach den Aktionstagen vom 7. und 8. Juni 2019 war das Interesse in der Öffentlichkeit außergewöhnlich groß. Das war teilweise auch ein Aufschrei vor der drohenden nahenden Katastrophe – irgendwie ein Ohnmachtsreflex. Nach dem Beginn des Baus des Ilısu-Staudamms 2010 haben wir immer wieder Menschen und Organisationen dazu aufgerufen, sich bei uns oder sonst wie aktiv an der Kampagne gegen Ilısu zu beteiligen. Doch es kam nicht viel, nur wenige ÖkologieaktivistInnen zeigten sich interessiert – einige wie der türkische Umweltverein Doğa Derneği zogen sich sogar zurück. Wir machten natürlich weiter und mit der Stärkung der Ökologiebewegung Mesopotamiens 2015 fanden wir einen Moment, als die Kampagne wieder stärker wurde.



Hasankeyf, kurdisch Heskîf, ein Stück Menschheitsgeschichte soll nach dem Willen Erdoğans im Tigris verschwinden. Foto: A. Bender

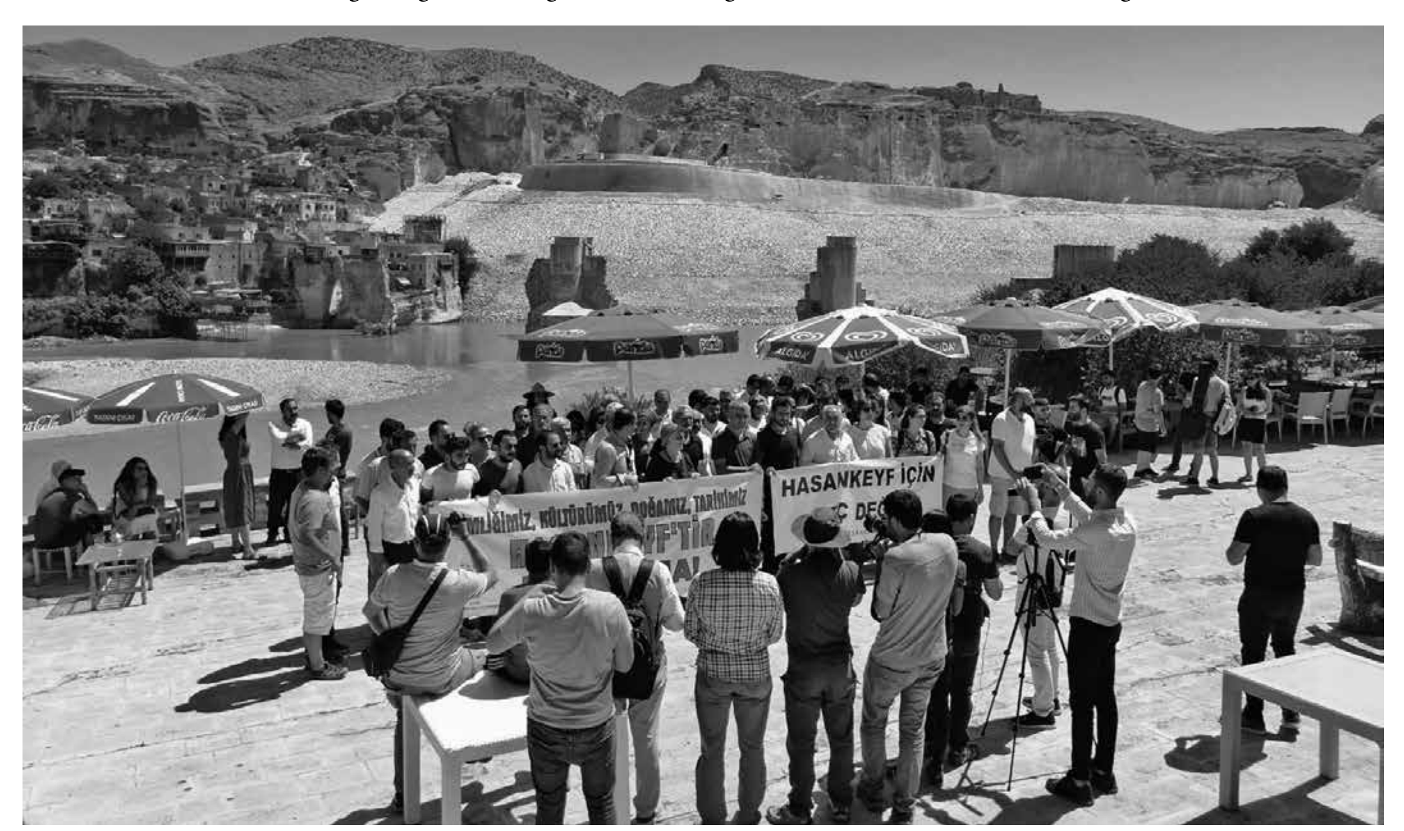
Der Kampf gegen das Ilısu-Projekt ist nicht nur die Sache von wenigen ÖkologieaktivistInnen, sondern der gesamten Gesellschaft – insbesondere der von Nordkurdistan –, die das Dicle-Tal nicht überflutet sehen will. Denn das Ilısu-Projekt soll ein großes Gebiet mit 200 Siedlungen mitten in Nordkurdistan überfluten und würde gravierendste soziale, kulturelle und ökologische Folgen haben wie kaum ein anderes Einzelprojekt. Dem wurden die der kurdischen Freiheitsbewegung nahestehenden Organisationen bis 2010 gerecht, aber dann nicht mehr. Doch wir müssen uns als ÖkologieaktivistInnen auch selbst kritisieren, denn es ist unsere Pflicht, in dem Maße eigene starke Strukturen aufzubauen, dass der Bedarf an anderen nicht so kritisch wird. Das haben wir nicht ausreichend geschafft. Dies lag an den gesetzten Prioritäten und der Strategieschwäche der AktivistInnen wie auch an der politischen Repression durch den türkischen Staat.

Während sich einige der AktivistInnen in den letzten Monaten mit einer gewissen Ohnmacht und Traurigkeit engagieren, glauben viele andere hingegen daran, dass der Ilısu-Staudamm noch aufzuhalten ist. Wir wollen die kleinste Chance nutzen, doch noch die Flutung von Heskîf zu stoppen. Dies kann einerseits durch einen größer werdenden Protest und breite Kritik geschehen, andererseits können externe (politische bzw. ökonomische) Faktoren die Regierung dazu zwingen, das Projekt anzuhalten. Wir arbeiten auf Ersteres hin, denn Letzteres liegt außerhalb unseres Einflusses.

Mit der Aufstauung wurde »heimlich« begonnen

Nach den Juni-Aktionstagen hat die türkische Regierung den Aufstau verschoben. Offiziell, weil der Dicle zu viel Wasser geführt habe. Wir denken jedoch, dass die Regierung angesichts der Kritik bis zum Sommerloch warten wollte. In der Tat hat der Dicle 2019 wegen der extremen Niederschlagsmenge Rekorddurchflüsse, so viel wie seit genau fünfzig Jahren nicht mehr. Es ist eine Ironie, dass genau im Jahr des Aufstaubeginns so viel Wasser im Flusssystem vorhanden ist, während 2018 zu den größten Dürrejahren der letzten Jahrzehnte gehörte.

Dann am 23. Juli 2019 erfuhren wir aus uns von AnwohnerInnen zugesandten Bildern, dass der Aufstau begonnen hatte. Die staatliche Wasserbehörde DSI schwieg dazu lange Zeit, die Menschen in den betroffenen Gebieten wurden auch nicht informiert. Erst 16 Tage später ließ die DSI kurz verlauten, es handele sich um eine Probestauung. Zuvor hatten wir mit Satellitenbildern zusätzlich nachgewiesen, dass der Aufstau begonnen hatte. Der Begriff »Probestauung« war gezielt ausgewählt worden, um darüber hinwegzutäuschen, dass es sich



Protest in diesem Sommer gegen den Beginn der Aufstauung des Tigiris in Heskîf. Foto: http://www.hasankeyfgirisimi.net

um den richtigen Aufstau handelt. So spät wie möglich sollte von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, dass Fakten geschaffen werden. Bis heute geht der Aufstau ununterbrochen weiter, mehr als die Hälfte der Durchflussmenge wird dafür verwendet. Inzwischen spricht niemand mehr von Probestauung. Am 6. Oktober ließ die DSI mitteilen, dass der Aufstau eine Höhe von 45 m erreicht habe und Ende Dezember 2019 Heskîf erreichen würde.

Im September 2019 hatten wir von unseren Partnern, der »Save the Tigris Campaign« (www.savethetigris.org) erfahren, dass die irakische Regierung darauf gedrängt habe, im Jahr 2019 weitgehend den Aufstau durch Ilısu zu realisieren. Das hat uns sehr überrascht, denn die Menschen im Irak wären von Ilısu und den anderen Talsperren ernsthaft betroffen. Da die irakische Regierung seit zwei, drei Jahren zu Wasserfragen und insgesamt mit der türkischen Regierung leider besser zusammenarbeitet und ihre Kritik komplett aufgegeben hat, ist ihr daran gelegen, dass der Aufstau eher weitgehend in einem wasserreichen Jahr passiert als in einem Dürrejahr wie 2018. Erinnern wir uns daran, dass der Aufstand in Basra vom Sommer 2018 auch viel mit der geringen Wassermenge in schlechter Qualität zu tun hatte.

Internationale Kampagnen konnten die Aufstauung des Dicle nicht verhindern

Der folgende internationale Aktionstag fand am 14. August 2019 mit dem Big Jump (»Großer Sprung ins Wasser«) für Heskîf und den Dicle statt. Wie im Juni nahmen Menschen in rund drei Dutzend Orten weltweit daran teil, dieses Mal vor allem in der Türkei. In mehr als zwölf Orten der ganzen Türkei sprangen Menschen für Heskîf ins Wasser, kein schlechtes Zeichen der Solidarität. Aber dieses Mal ließ der Staat keine Aktion in Heskîf zu. Erst verbot der Gouverneur der Provinz Batman wenige Tage zuvor für zwei Wochen das Schwimmen in Heskîf – ein Novum in der Absurdität dieses Staates. Dann wurden hunderte »Sicherheitskräfte« nach Heskîf verlegt, um dies auch durchzusetzen. So durften die knapp 200 versammelten Menschen nur eine kurze Erklärung an einem Ende der Brücke abgeben. Anschließend fuhr jedoch die Hälfte von ihnen vierzig Kilometer weiter an den Batman-Fluss, um dort hineinzuspringen. Eine gelungene Alternative!

Einen Tag zuvor hatten sich vierzehn HDP-Abgeordnete zum Ilısu-Staudamm begeben, um dort den Stopp des Projekts zu verlangen. Sie versammelten sich im Dorf Neu-Hasankeyf, wohin die Menschen des Dorfes Ilısu (kurd.: Germav) zwangsweise umgesiedelt wurden, und verlasen eine Presseerklärung. Die HDP hat durch diese und andere Aktionen und Erklärungen seit Mai 2019 spürbar dazu beigetragen, dass das Ilısu-Projekt in der Öffentlichkeit kritisch behandelt wird.

Nachdem der Aufstau bekannt geworden war, beschloss die HDP-Jugend, in Heskîf eine »Wache des Widerstandes« gegen die Zerstörung von Heskîf und des Dicle einzurichten. So wie die kurz zuvor eingerichtete »Wache des Gewissens und Wassers« an den Ida-Bergen bei Çanakkale. Doch der Unterschied, dass es sich hier um Kurdistan handelte, machte sich bemerkbar. Wieder setzte der Staat hunderte Soldaten und Polizisten ein, um dies gewalttätig zu verhindern. Insgesamt vier Versuche wurden abgewehrt. Sie hörten auf, als die Regierung am 19. August wie im Jahr 2016 auch in den großen Kommunalverwaltungen von Amed (Diyarbakır), Mêrdîn (Mardin) und Wan (Van) eine Zwangsverwaltung einsetzte. Dieser Akt der Repression ohne jegliche juristische Grundlage führte zu viel Kritik und Protest in der kurdischen Gesellschaft wie auch unter den DemokratInnen der Türkei. Das hieß aber auch, dass diese neue Entwicklung das Thema Heskîf/Ilısu weiter zurückdrängte.

Dann verkündete Ende August der Gouverneur von Batman, dass mit der Inbetriebnahme der neuen großen Brücke über den Dicle zwei Kilometer östlich von Heskîf der Ort selbst ab dem 8. Oktober der Öffentlichkeit verschlossen bleiben würde. Damit begann der Prozess, die Menschen aus Heskîf systematisch in das zwei Kilometer nördlich gelegene Neu-Hasankeyf umzusiedeln. DSI-Teams bringen seitdem die Familien mit ihren Habseligkeiten in die neuen Wohnungen an den Hang des Raman-Berges. Dort erwartet sie eine Trabantenstadt ohne irgendeine Seele und mit vielen Problemen und einem in vielerlei Hinsicht schlechten Leben. Kaum errichtet haben die neuen Gebäude schon Risse in den Wänden. Ein sehr großes Problem ist das Leitungswasser, das nicht trinkbar ist. Die neu angesiedelten Menschen müssen daher ihr ganzes Trinkwasser einkaufen und es sieht auf absehbare Zeit nicht nach einer Lösung aus. Das Trinkwasser hat das Potenzial für einen ernsthaften Konflikt. Die Regierung zwingt auf überhastete Weise tausende Menschen an einen neuen Ort mit äußerst schlechten Lebensbedingungen. Wovon die Menschen leben werden, ist völlig unklar – nur wenige sind Beamte und ob TouristInnen wirklich kommen, ist kaum anzunehmen. Ein weiteres großes Problem ist, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung aus diskriminierenden Gründen nicht das Recht bekam, eine Wohnung in Neu-Hasankeyf zu kaufen, obwohl sie sich dabei verschulden würden. Denn die Entschädigung für die alten Wohnungen ist nur halb so hoch, wie die neuen Wohnungen kosten. Wohnungen in Batman und anderen Städten sind noch teurer.

Angesichts dieser Entwicklungen wurde am 14. September der dritte globale Aktionstag 2019 durchgeführt, wenn auch

unter schwierigeren Bedingungen. Mit dem Aufruf »Sing, male oder tu was für Heskîf« haben Menschen aus aller Welt mit Liedern, Gedichten, Zeichnungen, Bildern, Tänzen und anderen kreativen Beiträgen und Aktivitäten zur Verteidigung Heskîfs und des Dicles beigetragen. Tagelang verbreiteten sie ihre Beiträge über die sozialen und anderen Medien. Das trug dazu bei, dass der Ilısu-Staudamm wieder mehr in der Öffentlichkeit behandelt wurde.

Als Nächstes folgte am 28. September eine Kulturveranstaltung im Yoğurtçu-Park in Istanbul-Kadıköy. Theater, Tanz, Zeichnungen, Bilder und Musik brachten Tausende Menschen zusammen, um laut gegen den Ilısu-Staudamm zu protestieren.

Die Hoffnung nicht verlieren

Seit der Verkündung der geplanten Abriegelung Heskîfs am 8. Oktober stieg die Zahl der TouristInnen und vor allem der JournalistInnen. Wie nie zuvor kamen sie nach Heskîf, darunter mehrere Dutzend internationale. Alle wollten noch mal dieses Open-Air-Museum sehen und berichten. Das spiegelt sich in den Dutzenden Nachrichten der westlichen, aber auch mittel- und fernöstlichen Medien im September und Oktober 2019 wider. Während sich alle auf die Orte Heskîf und Ilısu-Staudamm konzentrierten, besuchten lokale JournalistInnen in einer umfangreichen Aktion die bedrohten Dörfer und dokumentierten die Orte.

Währenddessen reichten AktivistInnen beim Europarat Klage ein auf Grundlage der Berner Konvention. Diese war vom Europarat 1979 auf den Weg gebracht worden und ist ein verbindliches Übereinkommen zur Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume. Es soll die Türkei zwingen, das Ilısu-Projekt zu stoppen, da dieses bis zu einhundert endemische und bedrohte Tier- und Pflanzenarten gefährdet. Dieser Schritt hätte natürlich viel früher unternommen werden sollen. Dass er so spät kommt, liegt daran, dass es in der Türkei keine Erfahrungen der NGOs und sozialen Bewegungen damit gibt, zerstörerische Projekte wegen ihrer biologischen Folgen zu Fall zu bringen. Wir konnten von keinen anderen Fällen profitieren.

Als sich der 8. Oktober 2019 näherte, wurde klar, dass die Bevölkerung bis dahin nicht rechtzeitig umgesiedelt werden kann. Nicht mal ein Drittel der 900 neuen Wohnungen in Neu-Hasankeyf sind bezogen. Deshalb weigerten sich die GeschäftsinhaberInnen von Heskîf, zum 10. Oktober ihre Geschäfte zu leeren. Auch war die neue Autobrücke bei Heskîf noch nicht in Betrieb genommen. So war der 8. Oktober ein Tag wie in den Wochen zuvor: Menschen halten sich in Heskîf auf und leben dort, sofern sie nicht nach Neu-Hasankeyf »umgesiedelt« wurden. Selbst Umgesiedelte kommen täglich nach Heskîf, um sich zu treffen und einzukaufen.

Wie es sich in den nächsten Wochen weiter entwickelt, ist unklar. Anzunehmen sind Drohungen und physische Repressionen des Staates, wenn Anfang November die Menschen Heskîf immer noch nicht verlassen. Denn viele Menschen dort haben angekündigt, bis zuletzt zu verweilen. Einige wollen ihren Heimatort überhaupt nicht verlassen. Daran anzusetzen ist wichtig für uns AktivistInnen und alle anderen, die die Flutung von Heskîf verhindern wollen.

Bei einer Analyse dürfen wir nicht vergessen: Die allgemeine politische Lage in der Türkei, in Kurdistan und im Mittleren Osten ändert sich fast täglich und könnte vielleicht dazu beitragen, dass das Ilısu-Projekt doch nicht weiter umgesetzt wird. Zum Beispiel könnte der Angriffskrieg des türkischen Staates gegen das revolutionäre Rojava und Nord- und Ostsyrien als auch die Proteste der Bevölkerung im Irak gegen ihre Regierung und Politik in kurzer Zeit zu neuen Situationen führen. Der verbrecherische Krieg der AKP-Regierung gegen Nord- und Ostsyrien könnte Proteste in der Türkei und Nordkurdistan mit ungeahnten Folgen nach sich ziehen. Unter anderem könnte der finanzielle Kollaps kommen. Vergessen wir auch nicht, dass die AKP gerade dabei ist, sich zu zerlegen. Bei der Kampagne gegen den Ilısu-Staudamm und anderen Kampagnen dürfen solche potenziellen Entwicklungen nicht vergessen werden.

Elementar ist es zurzeit, die Hoffnung nicht zu verlieren. In letzter Minute können wir vielleicht doch noch diesen Damm der Zerstörung, Ausbeutung und Kontrolle verhindern, aber nur, wenn wir kämpfen. Wenn wir nicht kämpfen, die Unzulänglichkeiten der Vergangenheit auflisten und bejammern, schaffen wir nichts. Wir müssen konzentriert weiterarbeiten und weitere Menschen einbinden, die Öffentlichkeit noch mehr erreichen. Es ist die Pflicht gegenüber dem Erbe, das am Dicle über tausende Jahre hinweg geschaffen wurde, und gegenüber der Natur, der Quelle unseres Lebens, weiterzuarbeiten.

Nochmal wollen wir daran erinnern, dass in den vergangenen Jahrzehnten eine Reihe von milliardenschweren Großprojekten nach ihrer Fertigstellung nie in Betrieb genommen wurden. Darunter gibt es auch Talsperren/Wasserkraftwerke (z. B. in Indien, Thailand) und Atomkraftwerke (z. B. in Österreich, Italien). Selbst wenn die Aufstauung Heskîf erreichen sollte, geht der Kampf weiter; mit dem Ziel, die Aufstauung zurückzunehmen! Es geht hier um die Verteidigung unserer Lebensgrundlagen und des Lebens. ♦

Unterstütz den Aufbau eines selbstverwalteten Gesundheitssystems in Rojava/ Nordostsyrien!

Baubeginn in Qamişlo

»avahî – solidarity construction Rojava«

Seit mehr als drei Jahren wollen wir mit dem Projekt »avahî – solidarity construction Rojava« und unserer Kooperationspartnerin, der »Stiftung der Freien Frau in Rojava« (WJAR) eine Poliklinik in der Demokratischen Föderation Nordsyrien bauen. Nun wird endlich gebaut! Wenn auch anders, als wir lange Zeit dachten. Doch eins nach dem anderen …

Wer sind wir?

Avahî ist ein Zusammenschluss von Menschen aus verschiedenen beruflichen, regionalen und politischen Kontexten, die das Ziel teilen, das basisdemokratische Gesellschaftsmodell in Nordostsyrien praktisch zu unterstützen. Wir arbeiten mit WJAR, der Stiftung der Freien Frau in Rojava, zusammen, welche Kindergärten, Vorschulen, Gesundheitszentren und Bildungseinrichtungen sowie Kooperativen für Frauen in Nordostsyrien aufbaut. Wir bauen zusammen ein neues Gesundheitszentrum für Frauen und Kinder.

Wo wird das Projekt durchgeführt?

Qamişlo ist eine Stadt von 250.000 Einwohner*innen, die seit Beginn der Revolution 2012 aktiv die basisdemokratische Gesellschaft aufgebaut und verteidigt haben. Viele haben dabei Familienangehörige verloren.

Der Stadtteil Qanat Swês wurde unter Assads Regime infrastrukturell benachteiligt und ist durch die Folgen des Krieges besonders stark von Armut betroffen. Trotz des großen Einzugsgebiets durch umliegende Dörfer gibt es für die Menschen dort bisher keinen adäquaten Zugang zur Gesundheitsversorgung.

Was wird gebaut?

Ein neues Gesundheitszentrum für Frauen und Kinder. Denn diese sind besonders von struktureller Benachteiligung auf gesellschaftlicher und ökonomischer Ebene betroffen. In der eher feudalen syrischen Gesellschaft hatten Frauen wenig Zugang zu Bildung und daher auch selten die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen. Aus diesem Grund stehen sie in ökonomischer Abhängigkeit von ihren Familien und haben selten ein eigenes Einkommen. Die Menschen aus Qanat Swês haben von Anfang an die Revolution unterstützt. Die größtenteils kurdische Bevölkerung hat früh begonnen, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen und sich dem Kampf für die demokratische Revolution angeschlossen. Durch diese Bereitschaft und bei der Verteidigung gegen den IS haben insbesondere viele Männer ihr Leben verloren. Der Verlust des Einkommens der Männer hat die ökonomische Situation für viele Familien weiter verschlechtert. Der gleichzeitige Mangel an Ausbildung der Frauen hat in diesem Stadtteil zu noch größerer Armut geführt. Da die Gesundheitsversorgung, in weiten Teilen, in privater Hand ist, können sich viele Familien den Arztbesuch nicht leisten.

Wir werden mit dem Bau des Gesundheitszentrums einen lokalen kostenfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung für Frauen und Kinder ermöglichen. Zudem wird das Gesundheitszentrum Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze für Frauen schaffen. So kann der strukturellen und ökonomischen Benachteiligung von Frauen entgegengewirkt werden. Das Gesundheitszentrum wird als Kooperative von Frauen geleitet werden. Durch solche Projekte versucht WJAR, die männliche Dominanz und das Wissensmonopol im Gesundheitssystem zu durchbrechen. Gleichzeitig schaffen sich Frauen dadurch einen Zugang zu materiellen Ressourcen und wandeln aktiv ihre Rolle (und die von Männern) in der Gesellschaft.



Baubeginn des Gesundheitszentrums für Frauen und Kinder in Qamişlo. Foto: avahî

Was haben wir bisher gemacht?

Im Rahmen unseres Projekts haben wir umfangreiche Bauplanungen gemacht und im Jahr 2018 sind zwei Delegationen nach Rojava gefahren, um die Projektidee einer Poliklinik und deren Umsetzung mit den Menschen vor Ort zu diskutieren und deren Bau vorzubereiten. Gemeinsam mit der Stiftung und dem Gesundheitsrat der Selbstverwaltung haben wir entschieden, die Poliklinik im Stadtteil Qanat Swês in Qamişlo zu bauen. Dort wurde seit längerem der Bedarf nach kostenloser Gesundheitsversorgung geäußert. Unsere zweite Delegation sprach mit der Kommune und den Nachbar*innen, die ihre Freude über das Projekt zum Ausdruck brachten und die Vermessungs- und Dokumentationsarbeiten tatkräftig unterstützten. Vor 2018 und nach den geglückten Delegationsreisen haben wir trotz umfangreicher Vorbereitungen keine Genehmigungen von den irakisch-kurdischen Behörden zur Einreise nach Rojava erhalten. Die im Folgenden skizzierten Schwierigkeiten unseres bisherigen Plans traten immer wieder deutlich zu Tage. Nachdem die Bau- und Zeitplanung mehrfach umgeworfen wurde, haben wir uns mit WJAR im Mai 2019 zu einer Tagung getroffen, auf der wir die Schwierigkeiten der bisherigen und die Möglichkeiten einer künftigen Zusammenarbeit diskutierten.

Schwierigkeiten im Projektverlauf Realität des Mittleren Ostens

Das Gebiet, in dem wir bauen wollen, ist ein Kriegsgebiet. Die Bewegung, die wir unterstützen, steht zahlreichen regional und global agierenden Akteur*innen gegenüber. Diese versuchen mit allen Kräften zu verhindern, dass sie ihre revolutionären und demokratischen Bestrebungen umsetzen kann. Im Laufe des Projektzeitraumes wurde der Islamische Staat in seiner territorialen Existenz besiegt und das befreite Gebiet zum Teil der Demokratischen Föderation. Gleichzeitig wurde, mit dem Kanton Efrîn, ein großer Teil des Gebiets der Selbstverwaltung von der Türkei und mit ihr verbündeten Dschihadisten besetzt und geplündert sowie ein großer Teil der Bevölkerung vertrieben. Auch in der Türkei und im Irak haben schwere Angriffe gegen die kurdische Bewegung stattgefunden. Die PDK-Regierung der Autonomen Region Kurdistan im Irak ist Bündnispartnerin der Türkei, in deren massiver ökonomischer Abhängigkeit sie steht. Sie ist vor allem ein Instrument des Barzanî-Clans, seine Herrschaft zu sichern. Und so wird nicht nur die eigene Bevölkerung den Angriffen der Türkei und einer neoliberalen Plünderungspolitik ausgesetzt, sondern auch die benachbarte demokratische Selbstverwaltung in Syrien umfangreich bekämpft. Außerdem hat sie ein Drittel des kurdischen Autonomiegebiets im Irak an den Zentralstaat und mit ihm verbündete schiitische Milizen verloren. Grenzen und Vormachtstellungen haben sich an vielen Orten immer wieder verschoben. Die Rahmenbedingungen und auch die für uns möglichen Wege haben sich dadurch immer wieder stark und oft unvorhersehbar geändert.

Reisewege

Im Laufe des Projekts wurden zwei anfänglich denkbare Reisewege komplett unmöglich: Für den Flug über Beirut nach

Qamişlo ist ein syrisches Visum nötig, welches derzeit nicht erteilt wird. Die Reise über die Türkei ist seit der Schließung der Grenzübergänge und dem damit einhergehenden Mauerbau an der syrischen Grenze ebenfalls unmöglich.

So bleibt nur noch die Möglichkeit eines Fluges in den Nordirak/Südkurdistan und einer anschließenden vierstündigen Autofahrt an den Grenzübergang Semalka/Pêşabûr am Tigris-Fluss. Doch über die dortige Pontonbrücke oder auf die kleine Personenfähre kommt man nur, wenn die Willkür der PDK-Regierung der Autonomen Region Kurdistan eine Genehmigung zur Grenzüberfahrt nach Rojava gewährt. Die PDK erteilt gerade so viele Genehmigungen, materielle oder personelle Unterstützung nach Rojava zu bringen, dass sie behaupten kann, dass sie die Kurd*innen in Nordsyrien nicht blockieren würde.

Soweit wir wissen, gewährt sie nur »Organisationen« den Grenzübertritt, welche mit der PDK im Irak zusammenarbeiten und dort Projekte machen. Diese müssen der neoliberalen Politik der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak »finanziell« nützen. Einem Projekt wie avahî, welches auf internationaler Solidarität und einer gemeinsamen progressiven Idee gründet, steht die PDK dementsprechend feindlich gegenüber. Gerade weil wir uns, im Gegensatz zu den meisten großen NGOs, politisch positionieren, wozu auch eine Kritik und Distanz zur PDK gehören, sowie uns an den reellen Bedürfnissen und Wünschen der Menschen vor Ort orientieren und mit ihnen arbeiten, werden wir von der PDK blockiert.

Im Projektverlauf mussten wir deshalb feststellen, dass die Genehmigungen zum Grenzübertritt nicht planbar sind.

Hintergrund:

Der Aufbau eines alternativen Gesundheitssystems als Teil der Revolution in Nord- und Ostsyrien

Seit das Baath-/Assadregime 2012 aus dem Nordosten Syriens vertrieben werden konnte, baut die Bevölkerung eine basisdemokratische Selbstverwaltung auf. Der Anspruch und die Praxis dieses Aufbauprozesses beziehen alle gesellschaftlichen Gruppen mit ein und sind damit ein Akt der Selbstermächtigung gegen patriarchale, kolonialistische und staatliche Unterdrückung. Alle Bereiche und Aspekte des gesellschaftlichen Lebens werden von diesem Prozess erfasst. Es werden große Fortschritte in der Organisierung der Gesellschaft gemacht, so wurden Räte und Kommunen aufgebaut und Frauen organisieren sich zudem in allen Bereichen autonom. Alle gesellschaftlichen Gruppen können ihre Bedürfnisse artikulieren und nehmen an der basisdemokratischen Entscheidungsfindung teil. Hinzu kommen kommunale Kooperativenprojekte als Teil einer solidarischen Ökonomie, um eine materielle Verbesserung der Lebenssituation für die Bevölkerung zu schaffen.

Diese Realität verschwindet im medialen Diskurs zu Syrien hinter den geopolitischen Interessen der kolonialistischen Großmächte und einer Bilderflut des Elends. Ein nicht enden wollender Krieg, ein Regime, das die eigene Bevölkerung bombardiert, Islamisten, die Köpfe abschlagen, und ein türkischer Despot, der nicht müde wird, demokratischen Kräften, insbesondere den Kurd*innen, mit noch mehr Krieg und Besatzung zu drohen. Wenn die dem entgegenstehenden Kräfte der Selbstverwaltung aus Nord- und Ostsyrien in diesem Diskurs überhaupt vorkommen, dann als militärische Kraft. Die Selbstverteidigungseinheiten der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) haben aber nicht nur den Islamischen Staat besiegt. Sie sind vielmehr die Verteidigungskraft des revolutionären Aufbaus der demokratischen Selbstverwaltung. Ihr Rückgrat ist die voranschreitende gesellschaftliche Organisierung.

Im gesellschaftlichen Aufbau ist die Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Anfang an wesentlicher Fokus. Mit unserem Projekt möchten wir diese unterstützen. Hierfür arbeiten wir neben der Stiftung auch mit den Gesundheitskommissionen der kommunalen Selbstverwaltung zusammen. Ihr Ziel ist es zum einen, die Qualität der Gesundheitsversorgung, zum anderen ihre Zugänglichkeit für alle zu gewährleisten. Vor der Revolution gab es z. B. keine Universitäten in diesem Teil Syriens und damit auch keine Möglichkeit zur Ausbildung von Ärzt*innen und noch heute sind komplizierte medizinische Behandlungen wie z. B. Chemotherapien nur in Damaskus und anderen Großstädten im westlichen, vom Regime kontrollierten Teil Syriens möglich. Außerdem war das Gesundheitssystem, wie überall sonst auch, von den gesellschaftlichen Realitäten geprägt. Es war also zentralistisch, patriarchal und kapitalistisch strukturiert.

Themenfelder, die derzeit für die Umgestaltung diskutiert werden, sind: Abhängigkeit von der internationalen Medikamentenindustrie und ihren Handelswegen, zentralisiertes Wissen bei einigen wenigen sowie Gesundheit als Ware. Lösungsansätze wie flächendeckende lokale Gesundheitsversorgung, Förderung von breiter gesundheitlicher Bildung als Prävention vor möglichen Krankheiten und die Entwicklung alternativer Medizin und Behandlungsmethoden gehen einher mit einer gesellschaftlichen Diskussion um eine gesunde Lebensweise.

Arbeitsweisen

Um unser Projekt durchzuführen, haben sich, neben den geglückten Delegationen, drei weitere Gruppen vorbereitet, nach Rojava zu fahren. Die Leute haben sich Urlaub genommen, ihre sonstigen, privaten, politischen und beruflichen Verpflichtungen und Pläne hintenangestellt und teils ihre Wohnungen untervermietet und ihre Jobs gekündigt. Die Willkür des Grenzübertritts und seine Unplanbarkeit führten zu teils erheblichen Schwierigkeiten für die Gruppe und einzelne Mitglieder. In den drei Jahren der Planung, Vorbereitung und Diskussion haben wir gemerkt, dass wir hier in Deutschland auch eine andere Planungssicherheit gewöhnt sind und diese in dem Projekt nicht garantiert werden kann. Deshalb ist es für uns nicht möglich, das Projekt im ursprünglich geplanten Sinne durchzuführen.

Denn sowohl für uns als auch, um einen reibungslosen Bauablauf mit Übergaben von Verantwortung von einer Baugruppe zur nächsten zu gewährleisten, brauchen wir verlässliche und berechenbare Zeitpläne. Ebenso ist niemand geholfen, wenn der Bau nicht fertiggestellt werden kann, weil beispielsweise die nächste, als Schichtablösung gedachte, Baugruppe nicht ankommt.

Ein Ansatz, dem zu begegnen, war es, nur die Bauleitung zu stellen und den Bau mit Arbeiter*innen vor Ort zu organisieren. Es entsprach aber u. a. nicht unserem Verständnis von Kollektivität und hierarchiefernem Bauen. Wir sind als Gruppe mit dem Selbstverständnis der gemeinschaftlichen Entwicklung des Projekts gestartet. Wir wollen auf Augenhöhe mit der Stiftung der Freien Frau als Kontakt zur Bevölkerung Rojavas agieren und werden uns diesen Anspruch nicht durch externe Zwänge nehmen lassen. Auch wenn wir unsere Projektidee in weiten Teilen transformieren und einige Aspekte aufgeben müssen, wollen wir nicht zu einer klassisch westlichen Hilfsorganisation werden. Wir stehen solidarisch an der Seite der demokratischen Selbstverwaltung, anstatt von außen mit vermeintlichem Wissen oder Moral einzugreifen.

Zum Begriff der Kollektivität haben wir in den letzten Jahren außerdem viel hinzugelernt. Das Verständnis von Kollektivität in der Gruppe war vor allem von einer Beteiligung aller an Entscheidungs- und Arbeitsprozessen geprägt. Gleichzeitig haben wir festgestellt, dass dies manchmal im Widerspruch zum Verantwortungsverständnis und den Möglichkeiten Einzelner und der Gruppe steht.

Durch die Tatsache, dass bestimmte Menschen viel Verantwortung übernommen haben, haben sie auch Informationen und Wissen gebündelt und nicht immer gelang es, dies ausreichend transparent zu machen oder weiterzugeben. Gleichzeitig ist der Anspruch, als Gruppe kollektiv zu handeln, nur so gut, wie die Gruppe in der Lage ist, Verantwortung kollektiv zu tragen. Dies wurde auch durch eine relativ große Fluktuation in der Gruppe erschwert. Während wir in Anbetracht der Schwierigkeiten und des sich in die Länge ziehenden Prozesses einige Mitstreiter*innen auf dem Weg verloren, kamen auch immer wieder neue Leute dazu. Eine Verantwortungs- und Arbeitsstandsübergabe hat dabei leider oft nicht gut funktioniert.

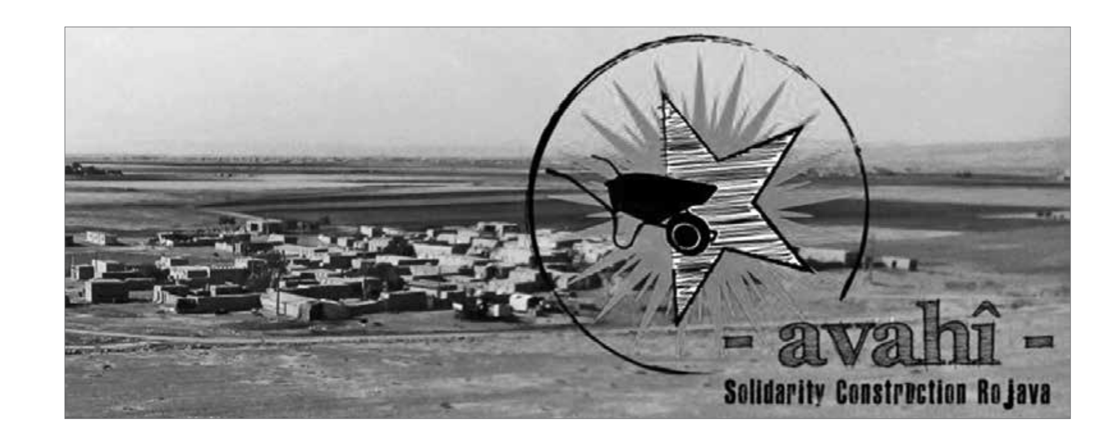
Die Stiftung und die kurdische Bewegung im Allgemeinen stellen einen umfassenderen Begriff von Kollektivität zur Diskussion. Für sie steht eine Kollektivität im mentalen oder ideologischen Sinn im Vordergrund. Es ist ein kollektiver Kampf, ein gemeinsamer Gedanke, eine langfristig geteilte Perspektive der gesellschaftlichen Befreiung. In dem Verständnis der Stiftung ist die kollektive Entwicklung des Projekts avahî, sowie die gemeinsame Auseinandersetzung im Entwicklungsprozess sowie der solidarische Kampf für eine befreite Gesellschaft, eben Teil einer großen kollektiven Bewegung.

Im Laufe der letzten Jahre haben die vielen Komplikationen zu Konflikten sowohl mit der Stiftung als auch gruppenintern geführt. Für viele war es nicht möglich, so lange an dem Projekt festzuhalten. Für einige ist es schwierig, auf Teile des ursprünglichen Konzepts des Projekts verzichten zu müssen. An dieser Stelle müssen wir uns vor dem angesprochenen Hintergrund selbstkritisch fragen, inwiefern unsere Schwierigkeiten auch allgemeine Probleme der deutschen (radikalen/autonomen) Linken widerspiegeln. Unsere oftmals projekt- oder eventbezogene recht kurzlebige Art sich zu organisieren führt dazu, dass eine langfristige strategische Ausrichtung unserer Kämpfe unmöglich erscheint. Dies fällt im Kontext internationalistischer Solidarität und im Kontrast zum langen Atem und der Fähigkeit zu langfristigem strategischem Denken der Bewegung in Kurdistan und Syrien besonders auf, sollte jedoch allgemeiner diskutiert werden.

Diskussionsergebnis

Da die Leute im Stadtteil Qanat Swês aber mittlerweile schon sehr lange darauf warten, dass das versprochene Gesundheitszentrum gebaut wird, ist es auch keine Option mehr darauf zu warten, dass sich die Grenzsituation verbessert. Da wir und unsere Kooperationspartnerin, die Stiftung der Freien Frau, unserer Verantwortung gegenüber diesen Menschen gerecht werden wollen, haben wir beschlossen, dass jetzt auch ohne unsere Anwesenheit angefangen wird zu bauen. Der Bau wird dabei nicht mit Lehm realisiert werden, da die lokalen Baufirmen damit keine Erfahrungen haben und es ohne uns als kostenlose Arbeitskräfte auch unverhältnismäßig teuer wäre, tausende Lehmziegel zu produzieren. Auch wird der Prozess

des Bauens konventioneller und weniger kollektiv im Sinne des Zusammenkommens und der gemeinsamen Aktivität ablaufen. Wir und die Stiftung bedauern sehr, dass beides nicht unseren anfänglichen Plänen gerecht wird und bei dieser Entscheidung einige wichtige Aspekte unseres ursprünglichen Konzepts nicht mehr in vollem Umfang umgesetzt werden können. Neben der Verantwortung gegenüber den Menschen in Qanat Swês haben auch unser über die Jahre gewachsenes Verständnis für die Sichtweisen der Bewegung in Nordostsyrien, die Unplanbarkeit des Grenzübertritts sowie die Schwächen unserer eigenen Organisierungsansätze zu dieser Entscheidung geführt.



Wir verstehen unser Projekt als Ausdruck internationalistischer Solidarität. Trotz aller Hindernisse geben wir den gemeinsamen Kampf nicht auf. Die kontinuierliche Diskussion samt Kritik und Reflexion ermöglicht einen beidseitigen Lernprozess und ein tiefer gehendes gegenseitiges Verständnis.

Deswegen starten wir nun eine neue Kampagne zur finanziellen Unterstützung des Baus. Über seinen Fortschritt und die Situation der Gesundheitsversorgung in Qamişlo werden wir informieren. Und sofern es möglich ist, das Projekt auch lokal begleiten.

Und wir rufen zu einer Unterstützung des Projekts auf.

Verantwortung übernehmen

Unsere Baustelle in Qamişlo hat endlich begonnen, leider ohne dass wir direkt dabei sein können. Statt uns darüber zu grämen, wollen wir nun alle Hebel in Bewegung setzen und mit euch gemeinsam das Nötige und Mögliche tun, um zumindest die Finanzierung des Projekts von hier aus zu stemmen.

… wenn wir unsere Arbeit nicht vor Ort einbringen können, dann tun wir das hier: Lasst uns Arbeitstage spenden! Egal wo und egal wie viel dabei herauskommt, ob allein, im Kollektiv mit ein paar Kolleg*innen, ob Festgehalt, Ehrenamtspauschale oder Trinkgeldkasse, der Lohn für einen Tag Arbeit ermöglicht die wichtigen Arbeiten in Qamişlo.

… Pat*in werden! Es ist meistens nicht so leicht, mal eben einen Batzen Geld rüberzuschieben, aber auch kleine Beträge von vielen können eine Menge möglich machen, vor allem, wenn sie regelmäßig kommen.

… Leute erreichen! Lasst uns über unser Projekt und über die Revolution in Rojava nicht nur mit denen reden, die dieser Flyer eh erreicht, die uns eh am Solitresen begegnen. Begeistert eure Familie, die Kolleg*innen, die Gemeinde, den Kiez, das Senior*innenheim und die Kita!

… lasst uns teilhaben! Bei allen unseren Vorschlägen geht es uns nicht nur darum, Geld zu sammeln, wir wollen auch, dass sich viele als Teil unseres Projekts fühlen, dass die avahî-Solibaustelle am Ende doch ein gemeinsames Projekt wird, und das mit mehr Leuten, als wir je gedacht hätten. Wir informieren über die Baustelle und die Erfolge der Arbeit ringsherum, erzählt uns auch, was ihr beitragt, und lasst uns einander und der Welt zeigen, dass wir zusammen, allen Widerständen zum Trotz, dranbleiben und etwas schaffen, das bleibt. ♦

Aktuelle Infos zum Projektverlauf:
https://avahi.noblogs.org/
https://twitter.com/avahi_

Spendenkonto:
Kurdistan Hilfe e.V.
Hamburger Sparkasse
IBAN: DE40 200 505 501 049 222 704
BIC: HASPDEHHXXX
Stichwort: construction
Oder online spenden über betterplace:
https://www.betterplace.org/de/projects/49170?utm_

»Rheinmetall entwaffnen«-Camp in Unterlüß

Widerstands-Camp gegen Krieg und Waffenindustrie

Paula und Paul

Wie bereits im vergangenen Jahr fand vom 1. bis 9. September das »Rheinmetall entwaffnen«-Camp gegen das Produktionswerk von Rheinmetall im niedersächsischen Unterlüß statt. Für über eine Woche entstand so mitten auf dem Dorfplatz ein Ort des Widerstands gegen Krieg und die Waffenindustrie, den über 300 Menschen mit Leben füllten.

Rheinmetall ist aktuell nicht nur der größte deutsche Rüstungskonzern, sondern auch besonders auf den Export von Waffen und Munition ausgerichtet. Über Tochtergesellschaften in vielen Staaten schafft sich der Konzern eine Struktur, mit der Exportbeschränkungen weitestgehend umgangen werden können. »Der Konzern halte sich an bestehende gesetzliche Bestimmungen«, heißt es immer brav von Konzernsprecher*innen, wenn Ablehnung von Waffenexporten an Kriegsparteien laut wird.

Die Kriegsgegner*innen vom »Rheinmetall entwaffnen«-Bündnis ließen sich jedoch von solchen Phrasen nicht irritieren. Ausschlaggebend ist für sie nicht, ob es Staaten gibt, die Waffendeals an Länder wie Saudi-Arabien oder die Türkei ermöglichen, sondern ihre Überzeugung, dass diese Waffen nicht länger in Kriegen wie im Jemen oder in Syrien Menschen ermorden dürfen.

Entsprechend wandten sich die Aktivist*innen auch nicht mit einer einzelnen Petition an die Bundesregierung, sondern erarbeiteten ein umfassendes Programm mit Workshops, direkten Aktionen und einer gemeinsamen Demonstration. Denn für eine Welt ohne Krieg braucht es eine Abkehr der Gesellschaft von der Logik des patriarchalen Systems, ein Weg. der nur möglich ist, wenn wir voneinander lernen, selbst in die Maschine eingreifen und unsere gemeinsame Entschlossenheit und Vielfalt sichtbar machen.

Das Camp begann am 1. September, an dem sich der Beginn des faschistischen Vernichtungskriegs zum 80. Mal jährt. Um allen die Verantwortung bewusst zu machen, wurde dieses Datum von der Friedensbewegung zum Antikriegstag erklärt.

Beim Antikriegscafé am Eröffnungstag lernten sich Menschen aus der Region und darüber hinaus kennen und teilten sehr persönliche Einblicke, warum sie sich für Frieden engagieren. Eine Abendveranstaltung bot Raum für Erinnern und Gedenken an Menschen, die im Krieg und im Kampf um Befreiung ihr Leben verloren haben. Die beeindruckende Tiefe, die in diesen Veranstaltungen entwickelt wurde, passte zum historischen Anlass und schuf eine gemeinsame Basis für die Aktionswoche.

In den weiteren Tagen fanden Workshops und Diskussionen zur Geschichte der militarisierten Region der Lüneburger Heide und des Konzerns Rheinmetall im deutschen Faschismus bis heute, die Rolle von Rheinmetall und der BRD in aktuellen Kriegen und dem tödlichen europäischen Grenzregime statt. Auch die Zerstörung der Natur durch Kriege, feministische Perspektiven auf eine Antikriegsbewegung und der Blick auf gesellschaftliche Lösungskonzepte jenseits von Unterdrückung und Herrschaft wurden diskutiert. Hierbei wurden nicht nur die verschiedenen Perspektiven auf Militarismus und Krieg beleuchtet, sondern auch erarbeitet und diskutiert, dass es wichtig ist, die Kämpfe dagegen miteinander zu denken und zu verknüpfen, um eine gemeinsame und große Schlagkraft gegen das kapitalistische System zu entwickeln.

Im gemeinsamen Leben auf dem Camp und in Diskussionen wurden Formen eines solidarischen und friedlichen Zusammenlebens miteinander entwickelt. Die Aufgaben im Camp wie Kochen, Übersetzen oder Veranstaltungen vorbereiten wurden von allen übernommen. Absprachen wurden im Plenum mit allen zusammen entwickelt und reflektiert. FLINT*[1]-

1 FLINT* steht für Frauen, Lesben, Intersexuelle, Nichtbinäre und Trans-Personen. Das * macht darauf aufmerksam, dass diese Begriffe nicht alle Identitäten darstellen können, die sich nicht als cis-männlich begreifen.

Räumen und autonome feministische Plenas schufen Orte für eigene Veranstaltungen und Austausch ohne Männer.

»Mir ist klar geworden, dass wir ganz grundlegend mit diesem System weißer und männlicher Herrschaft und Unterdrückung brechen müssen. Wir wollen eine vielfältige Welt, in der sich alle Menschen einbringen können, Gehör finden und in Frieden füreinander einstehen. Der Weg dorthin braucht eine stabile feministische Basis!«, resümierte Clara Behrens, eine Teilnehmerin des Camps.



Blockade vor den Toren des Rheinmetallwerkes in Unterlüß am 5.9.2019. Photo: @momozumkreis

Den Aktivist*innen war es jedoch wichtig, nicht nur sich selbst zu bilden, sondern auch sichtbar zu sein und Veränderungen anzustoßen. Mit der Aktion »Straße der Erinnerung« wurde eine Initiative zur Gedenkkultur an die 900 ungarischen jüdischen Zwangsarbeiterinnen aus dem Tannenberglager unterstützt. Zusammen wurde ein Gedenkstein gesetzt, Baumbinden mit Namen der Inhaftierten und Erinnerungsplakate machten die Geschichte dieser KZ-Außenstelle ebenso wie die der Tausenden anderen Zwangsarbeiterinnen für Rheinmetall im Faschismus unübersehbar. Erschreckenderweise wurden an den folgenden Tagen alle Hinweise auf dieses grausame Kapitel der deutschen Geschichte gewaltsam zerstört. An dem Ort, an dem heute weiter Waffen für das tägliche Morden produziert werden, fällt es offensichtlich besonders schwer, an die Verbrechen des deutschen Faschismus zu erinnern.

»War starts here, let´s stop it here« – Für die Kriegsgegner*innen in Unterlüß bedeutete das, den Betrieb der Waffenfabrik mit ihren rund 1.700 Beschäftigten zumindest an zwei Tagen während des Camps durch Blockaden zu stören. In dem Moment, als frühmorgens über 300 Menschen aufbrachen, um sich hinzusetzen und den Weg zu den Rheinmetall-Toren zu versperren, als sich Menschen anketteten und in Tripods hängten, andere im Wald die Ausweichwege zubauten und einige das durch Arbeiten im Camp möglich machten, wurde eine enorme Entschlossenheit spürbar. Diese Kraft zeigte allen, dass hier niemand handlungsunfähig ist, sondern es vielfältige Möglichkeiten gibt, einen Teil des Weges zu einer friedlichen Welt zu werden.

Die Demonstration am Samstag wurde von einem breiten Bündnis getragen. Rund 600 Teilnehmer*innen zogen entschlossen durch den kleinen Ort Unterlüß, der knapp 3.500 Einwohner*innen zählt, bis zum Rheinmetallwerk. Durch Transparente, Schilder und auch in Redebeiträgen fanden die Themenschwerpunkte auch hier ihren Ausdruck.

Der Ausblick am Ende des Camps war eindeutig: Der Widerstand wird weitergehen. Die aktuellen Entwicklungen, wie der Krieg des NATO-Staats Türkei gegen die basisdemokratisch organisierte Gesellschaft in Nord- und Ostsyrien und auch Gewalt und Morde hier in Deutschland, zeigen, wie nötig das ist. Hier in den Herkunftsländern der Waffen befinden wir uns nicht außerhalb dieser Kriege, sondern sind unmittelbar an ihnen beteiligt. Rheinmetall ist sicher nicht das einzige Problem, steht aber beispielhaft für dieses zerstörerische System, in dem sogar das Vernichten von Menschenleben zu einem gewinnbringenden Geschäftsmodell wird.

Die Vielschichtigkeit des »Rheinmetall entwaffnen«-Camps gab wichtige Einblicke, wie sich Widerstand entwickeln kann: feministisch und international, voll mit kollektivem Leben und Interesse an allen einzelnen Personen, die gemeinsam von der Geschichte lernen, die Gegenwart analysieren und für die Zukunft jeglichen Lebens auf dieser Erde aktiv werden.

Solche Orte des Widerstands gibt es überall auf der Welt. Wenn sie weiter wachsen, kommen wir dem näher, was im Aufruf von »Rheinmetall entwaffnen« formuliert wurde: einer Welt, in der Rüstung, Krieg und Abschottung nicht nötig sind! ♦

AZADÎ und das Kurdische Gesellschaftszentrum München laden zur Tagung nach München

Die Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden am Beispiel von Bayern

Interview mit Monika Morres, Mitarbeiterin des Rechtshilfefonds AZADÎ e.V.

Am 23. November 2019 wird im EineWeltHaus in München eine vom Rechtshilfefonds AZADÎ e. V. und dem Kurdischen Gesellschaftszentrum München e. V. organisierte Tagung unter dem Titel »Die Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden – Abbau demokratischer Grundrechte am Beispiel von Bayern« stattfinden.

Zum Inhalt und Ziel der Tagung sprachen wir mit Monika Morres, Mitarbeiterin des Rechtshilfefonds AZADÎ e. V.

Ihr macht zusammen mit dem Kurdischen Gesellschaftszentrum München e.V. am 23. November in der bayerischen Metropole eine Tagung unter dem Titel »Die Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden – Abbau demokratischer Grundrechte am Beispiel von Bayern«. Worum geht es dabei?

Wir haben uns schon vor längerer Zeit vorgenommen, solche Veranstaltungen gemeinsam mit kurdischen Vereinen und örtlichen Organisationen/Gruppen im Süden, Westen, Norden und Osten Deutschlands durchzuführen. Beginnen werden wir also am 23. November in München. Es geht uns darum, auf die Thematik der Kriminalisierung von Kurd*innen in Deutschland aufmerksam zu machen, aber auch darzulegen, wie tiefgreifend der Abbau demokratischer Grundrechte voranschreitet. Deshalb treten die Rote Hilfe München, das Bündnis »noPAG – NEIN! Zum Polizeiaufgabengesetz Bayern« sowie der Bayerische Flüchtlingsrat als Mitveranstalter*innen auf. Es geht uns um Aufklärung, Information, Diskussion, konkretes Handeln und Solidarität.

Seit das Bundesinnenministerium im März 2017 und Januar 2018 das Verbot von Symbolen kurdischer Organisationen ausgeweitet hat, auch auf die Kennzeichen der syrisch-kurdischen Partei der Demokratischen Einheit PYD sowie der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ, hagelt es bundesweit Strafverfahren wegen des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz. In der Intensität strafrechtlicher Verfolgung von Kurd*innen und von Menschen, die sich ihnen verbunden fühlen, haben sich die bayerischen Behörden an die Spitze katapultiert.

Auch das war ein Grund, die erste Tagung dieser Art in Bayern durchzuführen.

Wer nimmt an dieser Tagung als Referent*in teil ?

Wir beginnen mit einem historischen Rückblick. Am 24. Oktober 1989 begann das erste Großverfahren gegen rund 20 kurdische Aktivist*innen, das in die Geschichte als »Düsseldorfer PKK-Prozess« eingegangen ist. Der damalige Generalbundesanwalt bezeichnete ihn als den größten Terrorismusprozess in der deutschen Justizgeschichte. In diesem Beitrag wird der politische Hintergrund beleuchtet, warum es in Deutschland zu diesem Prozess gekommen ist.

Daran wird Rechtsanwalt Heydenreich erinnern. Er gehörte damals zu dem Verteidiger*innen-Kreis.

Von der Historie geht es mit dem Münchner Rechtsanwalt Mathes Breuer in die Gegenwart. Er verteidigt zahlreiche Menschen in Verfahren wegen des Vorwurfs, angeblich verbotene Symbole gezeigt, Parolen gerufen oder im Internet Beiträge mit der Abbildung inkriminierter Kennzeichen geliket zu haben.

Warum die kurdische Bewegung hier einem umfassenden Betätigungsverbot unterliegt und welche ökonomischen, geostrategischen und politischen Interessen Deutschlands mit der Türkei dem zugrunde liegen, beleuchtet Elmar Millich in seinem Beitrag.

Der Nachmittag ist dann mehr von der Praxis geprägt. Betroffene wie der langjährige Friedensaktivist Claus Schreer oder die Filmemacherin Uli Bez sind von der Kriminalisierung betroffen und werden über ihre Erfahrungen berichten.



Der Friedensaktivist Claus Schreer (Mitte) ist vor dem Amtsgericht München verurteilt worden, weil er auf einer Demonstration gegen die Münchner Sicherheitskonferenz am 17. Februar 2018 einen Wimpel der YPJ und ein Plakat mit der Forderung »Freiheit für Abdullah Öcalan« mit der Abbildung Öcalans verwendet hat. Foto: anf

Es folgen Beiträge des Rechtshilfefonds AZADÎ und der ROTEN HILFE. Die beiden Organisationen stellen ihre praktische Antirepressions- und Solidaritätsarbeit vor.

Darüber, welche Gefahren für die Demokratie von immer rasanter fortschreitenden autoritären Entwicklungen ausgehen, z. B. durch das Polizeiaufgabengesetz, wird Johannes König vom Bündnis »noPAG – NEIN! Zum Polizeiaufgabengesetz Bayern« referieren.

Zum Abschluss der Tagung wollen wir gemeinsam diskutieren, wie wir uns gemeinsam gegen diese Entwicklungen organisieren können. Das gilt insbesondere jetzt, da die Kurdinnen und Kurden in Nordsyrien einem völkerrechtswidrigen Krieg des NATO-Landes Türkei ausgesetzt sind.

Wen wollt ihr mit eurer Tagung erreichen?

Das möchte ich kurz beantworten: all jene, die davon überzeugt sind, dass die Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden endlich beendet werden muss und sie ihre politischen und kulturellen Anliegen artikulieren und ihr Leben repressionsfrei hier führen können. Und jene, die Neugier und Interesse haben, sich den Kurd*innen und ihren politischen Vorstellungen anzunähern. Ich denke, hier können wir alle sehr viel von ihnen lernen.

Was ist das Ziel dieser Veranstaltung?

Eigentlich gilt auch hier das Gleiche.

Programm

Eröffnung
(10.00–10.15 Uhr)
Sitzung 1: Politisch-rechtliche Einordnung und Hintergründe der Kriminalisierung
(10.20–13.00 Uhr)
1.1 Kurzer historischer Abriss der Repression gegen Kurd*innen in der BRD
Rechtsanwalt Carl W. Heydenreich, Bonn
Die Kriminalisierung der kurdischen Bewegung hat die Justiz in der BRD mitgeprägt. Vom »Düsseldorfer Prozess« und dem »Kurden-Käfig« 1988 über das PKK-Betätigungsverbot 1993 bis hin zu den »Terrorismus-Paragraphen« §§ 129a und 129b des Strafgesetzbuchs.
1.2 Aktuelle Verfolgung der kurdischen Bewegung in Bayern
Rechtsanwalt Mathes Breuer, München
Bayern hat sich in der Vergangenheit besonders mit der Verfolgung linker Bewegungen hervorgetan. Insbesondere seit 2017 haben die Strafverfolgungsbehörden zahlreiche Verfahren wegen des Zeigens vermeintlich verbotener Symbole eingeleitet.
1.3 Deutsch-türkische Beziehungen und ihre Auswirkungen auf kurdische Exil- und Solidaritätsstrukturen
AZADÎ-Vorstandsmitglied Dr. Elmar Millich, Berlin
Welche gemeinsamen politischen Interessen Deutschlands und der Türkei drücken sich in der juristischen Verfolgung der kurdischen Bewegung in Deutschland aus?
Diskussion
(11.50–13.00 Uhr)
Mittagspause
(13.00–14.00 Uhr)

Sitzung 2: »Repression trifft Einzelne, gemeint sind wir alle!«
(14.00–15.15 Uhr)
Die Repression zielt zwar auf Bewegungen und Organisationen ab, trifft aber immer Einzelne. Was macht das mit einem? Wie kann sich dagegen gewehrt werden?
Im persönlichen Gespräch mit von Repression Betroffenen sollen die Erfahrungen und Folgen geteilt werden.
Sitzung 3: Antirepressionsarbeit und Solidarität sind unsere Antworten
(15.30–17.00 Uhr)
3.1 Konkrete Antirepressionsarbeit und Ansätze internationalistischer Solidarität in Bayern
Monika Morres, AZADÎ e.V., Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland, Köln
ROTE HILFE e.V., Ortsgruppe München
3.2. Autoritäre Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Polizeiaufgabengesetz (PAG) und anderen Gesetzesverschärfungen
Johannes König, Bündnis »noPAG – NEIN! Zum Polizeiaufgabengesetz Bayern«
Diskussion und Abschluss
(17.00–18.00 Uhr)

Veranstalter: Kurdisches Gesellschaftszentrum München e.V. und AZADÎ – Rechtshilfefonds für Kurd*innen in Deutschland e.V.
Mitveranstalter*innen: Bayerischer Flüchtlingsrat, ROTE HILFE München, Bündnis »noPAG – NEIN! Zum Polizeiaufgabengesetz Bayern« ♦



Aktivist*innen haben am 20. Oktober Pierburg, eine Tochtergesellschaft von Rheinmetall, in Berlin–Wedding blockiert und als Teil der deutschen Rüstungsindustrie markiert. Sie fordern von der deutschen Bundesregierung den sofortigen Stopp der Rüstungsexporte an die Türkei und die Aufhebung des PKK-Verbots.
Foto: anf.

Frieden bedeutet Veränderung, nicht nur das Schweigen der Gewehre

Den Frieden bewaffnen

Salinas vom Congreso de los Pueblos, Kolumbien

Ganz zu Anfang von Immanuel Kants Abhandlung »Zum ewigen Frieden« finden wir ein Zitat, das bis heute sinnbildlich für die Geschichte der Friedensabkommen in Kolumbien steht: »Es soll kein Friedensschluss für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege gemacht worden.« – Kein Friedensvertrag soll Gültigkeit besitzen, der stillschweigend taktisches Material für zukünftige Kriege beinhaltet.

Die lange Geschichte des Scheiterns von Friedensverhandlungsprozessen mit den verschiedenen Aufständischen in Kolumbien könnte im Zusammenhang mit der Art und Weise der von ihnen geltend gemachten Rückforderung erklärt werden.

Tatsächlich wurden die wenigen Prozesse, die zu einem positiven Ergebnis führten, von zutiefst reformistischen Guerillas getragen, die weder die Struktur des Landbesitzes noch das Produktionssystem in Frage stellten.

Nichtsdestotrotz wurden sogar diese Minimalreformen zum Zeitpunkt ihrer Durchsetzung systematisch verraten. Die massive Ermordung von Mitgliedern der Gruppen, die ihre Waffen ausgehändigt hatten, war eine Konstante und ist es noch.

Die Idee des Friedens entwickelte sich im Laufe der kolumbianischen Geschichte zu einer schrecklichen Falle, delegitimiert durch den mangelnden Willen zur Umsetzung und die damit verbundene Zahl der Todesopfer. Die herrschenden Familien machten sich nicht trotz des Konflikts, sondern mit ihm ans Regieren.

Ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte der Friedensprozesse ist die Auslöschung der Patriotischen Union, einer linksgerichteten politischen Partei, die 1984 aus Friedensverhandlungen zwischen der Regierung von Präsident Belisario Betancur (1982–1986) und Rebellengruppen, einschließlich der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), hervorgegangen war. Nicht weniger als 5.000 Mitglieder wurden von illegalen bewaffneten Gruppen und staatlichen Sicherheitskräften ermordet.

Die von paramilitärischen Gruppen mit der Komplizenschaft und Unterstützung der kolumbianischen Armee durchgeführten Massaker und massiven Vertreibungen wurden während des Verhandlungsprozesses 1994 ersonnen; diese Strategie zielte darauf ab, eine Kluft zwischen Aufständen und der kolumbianischen Gesellschaft zu schaffen. Dieser Raum wurde dann mit einem kindischen herrschenden Narrativ von dem Konflikt als einer Geschichte von Helden und Schurken gefüllt.

Das Establishment schaffte es mithilfe von Massenmedien, die politische Komponente des bewaffneten Kampfes abzutrennen, indem die Ansicht verbreitet wurde, dass Kolumbien nicht einem bewaffneten Konflikt, sondern einer terroristischen Bedrohung ausgesetzt sei.

In der ersten Dekade der 2000er Jahre wurde im gesamten Staatsgebiet eine Strategie entwickelt, der zufolge ermordete Zivilisten im Kampf Getötete simulieren und der öffentlichen Meinung als Siege über Guerillas präsentiert werden sollten, um die Vorstellung von der Sicherheit und vollständigen Kontrolle des Staates aufrechtzuerhalten.

Als die Mehrheit der Gesellschaft die Idee akzeptierte, dass die Aktionen der Guerilla nicht mehr politisch seien, war die Falle wieder einmal gestellt und ein neuer Friedensprozess stand kurz bevor. 2012 hatte die oberste Führung der Guerilla bedeutende Verluste erlitten, aber die militärische Struktur zeigte auf der Hälfte des nationalen Territoriums immer noch aktive Präsenz.

In diesem Szenario und im Vertrauen auf ihre militärische Stärke traten die FARC in den Verhandlungsprozess ein. Zu

diesem Zeitpunkt gingen sie davon aus, dass Waffengewalt nicht der Weg sei, das Regime zu stürzen.

Fünf Kernpunkte kennzeichnen das Schicksal des Friedensprozesses:

Die Geheimhaltung des Prozesses erlaubte es nicht, die Gesellschaft einzubeziehen; ein auf Bestrafung gerichteter Fokus erlaubte es nicht, über Gerechtigkeit zu sprechen; strukturelle und wirtschaftliche Veränderungen fehlten in der Agenda; Armeestruktur und -lehre wurden nicht berührt. Diese fünf Punkte spiegeln die ideologische Sicht der Herrschenden auf Guerillas wider.

Die FARC waren der Ansicht, dass sie niemanden als sich selbst in den Verhandlungen vertreten. Dieser Standpunkt, der nicht mit den Erfordernissen der breiten Gesellschaft in Einklang stand, wurde in einem Referendum bestätigt, das von Lügen, mangelnder Information und einer Schmutzkampagne gegen den Friedensprozess geprägt war.

Wenn also der Friedensprozess in der Volksabstimmung besiegt wurde, wenn die Mehrheit auf die Frage »Unterstützen Sie die endgültige Vereinbarung zur Beendigung des Konflikts und zur Schaffung eines stabilen und dauerhaften Friedens?« mit NEIN antwortete, dann repräsentierte dieser Moment nicht nur das Scheitern der Verhandlungen, sondern auch den Erfolg des herrschenden Narrativs, die Guerilla verfolge keine politischen Ziele. Daher bestand keine Notwendigkeit zu verhandeln, aber zur Auslöschung, dafür wurde die Vereinbarung als nicht notwendig erachtet.

Diese schwere ideologische Niederlage für jeden revolutionären Prozess bildete die Grundlage für die Ermordung zahlreicher gesellschaftlicher Führungspersonen und ehemaliger Guerillamitglieder. Diejenigen, die die »Nein-Initiative« in der Volksabstimmung vorantrieben, haben die Wahlen gewonnen.

Wenn wir nach dem Muster der Ermordung der gesellschaftlichen Führungspersonen und ehemaligen Guerillamitglieder suchen, müssen wir sagen, dass alle Spuren zur staatlichen Verantwortung zurückführen, nicht nur wegen des historischen Hintergrunds.

Drei Muster während der Verhandlungen und danach führen zu dieser Schlussfolgerung. Das erste, das chronologische Muster, terminiert den Beginn der Attentate nach der ersten Dialogankündigung. Zu dieser Zeit hatten beide zentralen Guerillas des Landes das Feuer eingestellt.

Die Armee nutzte die Gelegenheit, um die Stellungen der Aufständischen zu umzingeln, und die Geheimdienste, um in den Einflussbereichen der Guerilla in die Gemeinde einzudringen.

Das zeitliche Muster bezieht sich auch auf die politische Sensibilität der Morde. Als drei Monate nach dem Anstieg der Zahl der Morde an gesellschaftlichen Führungspersonen und an einigen schwierigen Verhandlungspunkten einige Meilensteine erreicht wurden, war die Antwort, den militärischen Druck auf die Guerilla und die gesellschaftlichen Führungspersonen durch Repression zu verstärken.

Nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen konzentrierte sich die Gewalt auf die mittleren Guerilla-Führer, die ihre Waffen abgegeben hatten, und die gesellschaftlichen Führungspersonen des Landes. Die ursprüngliche Hypothese ist, dass sie die Verbindung zwischen den ideologischen Strukturen der Guerilla und dem Land darstellten.

Das zweite Muster ist das territoriale Muster, das durch eine hohe Konzentration an Morden in einigen Gebieten repräsentiert wird, die das strategische Rückgrat der FARC bildeten, und es muss erwähnt werden, dass diese Gebiete nach dem Friedensabkommen stark militarisiert wurden, was uns zu sagen erlaubt, dass es sich um Morde in von der nationalen Armee kontrollierten Gebieten handelte.

Das dritte Muster ist mit dem Modus operandi verbunden; 89 % der Morde wurden mit Schusswaffen begangen und 41 % mit wenigen Schüssen, was Fachkenntnis und Wachsamkeit, d. h. organisierte Strukturen, bedeutet.

Es wurde auch festgestellt, dass die Morde an gesellschaftlichen Führungspersonen tendenziell in der Nähe ihres Wohnortes verübt wurden und 45 % der Vorfälle immer noch ohne Untersuchung blieben oder ohne Anhaltspunkte für den möglichen Täter.

Es ist wichtig herauszustellen, dass die meisten der ermordeten gesellschaftlichen Führungspersonen in den sozialen Bereichen Ähnlichkeiten mit der strategischen Achse des Konsolidierungsplans »Victoria« aufwiesen, einem Plan, den die Armee für die von den FARC verlassenen Gebiete entwickelte.

Führungspersonen im Umweltbereich und bei der Landrückgabe sowie Angehörige ethnischer Gruppen entsprechen der strategischen Achse des »Plan Viktoria«, der darauf abzielt, die ausländischen Investitionen im Bergbau und die Hilfe beim Landrestitutionsprozess zu schützen sowie ethnische Minderheiten zu kontrollieren. Die Konzentration von Attentaten auf derselben Achse ist zumindest verdächtig.

Diese Systematik scheint den Willen von sozialen Bewegungen zu untergraben, ihre Selbstbestimmung in den Gebieten zu schützen. Als die FARC die Waffen abgaben, wurden viele der Konzessionsgebiete für Bergbau und Ölförderung freigegeben.



Wahlkundgebung der FARC 2018 in Kolumbien. Foto: Archiv

Der Widerstand wurde nach der Armee auf diplomatischem Wege niedergeschlagen und die soziale Organisierung wurde durch die selektiven Attentate zerrissen; die Gemeinden blieben wehrlos gegenüber dem danach folgenden transnationalen Kapital.

NGOs nahmen am Verhandlungstisch Platz, stürzten sich auf die neuen Mittel, die aus der multilateralen Zusammenarbeit erwuchsen, hungerten danach. Sie drängten die schwächere Seite des Tisches zu einer schnellen Einigung und nahmen für sich selbst die Legitimität in Anspruch, am Tisch die Basis »zu vertreten«.

Diese Maskerade war der Guerilla zu teuer, da sich die Kluft zwischen Gesellschaft und Guerilla verbreiterte und die sozialen Veränderungen, die die Bauern verlangten, verschleppt wurden. Stattdessen ersetzte der Einsatz von Kooperationsmitteln und Finanzierungsplänen die zentrale Diskussion.

Ausländische Mächte priesen das Abkommen im Hinblick auf Auslieferungen, wonach die Beteiligten die Nichtauslieferung der Guerillamitglieder für Verbrechen, die vor der Unterzeichnung des endgültigen Abkommens begangen worden waren, regeln konnten.

Während über ein weiteres kritisches Thema wie die Verantwortung ausländischer Unternehmen im bewaffneten Konflikt in Kolumbien weiterhin das Schweigen gewahrt wird, heißt es tatsächlich ausdrücklich im Kapitel zur Gerechtigkeit, dass das Erscheinen im Prozess für die dritte Partei (einschließlich multinationale Unternehmen) erwünscht sein wird.

Wenn wir über die Veränderungen sprechen, die nach dem Verhandlungsprozess eintreten, neigen wir dazu, eine wesentliche Dimension des Konflikts zu vergessen: dessen Narrativ. In Kolumbien gibt es eine Institution, genannt Zentrum für das historische Gedächtnis, deren Hauptaufgabe es ist, die Erinnerung an den bewaffneten Konflikt zu bewahren.

Als die neue Regierung antrat, wechselte der Leiter des Zentrums, und in Verbindung mit den staatlichen militärischen Kräften wurde eine Kampagne der passiven Zensur gestartet; ein Narrativ der Herrschenden entstand.

In dem Bestreben, die offizielle Geschichte zu verändern, wurde die Veröffentlichung von Dossiers verhindert, in denen es um mehrere Verbrechen der Streitkräfte im Rahmen des Konflikts ging.

Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung des altgedienten FARC-Kommandanten Ivan Marquez, die Waffen wieder aufzunehmen, historisch verständlich, bedeutet aber neue Herausforderungen, insbesondere im ideologischen Bereich. Offensichtlich sind sie nicht so stark wie zuvor. Um in der Öffentlichkeit ihr Erscheinen aufzubauschen, unternimmt jedoch die aktuelle Regierung große Anstrengungen, damit sie das steigende Maß sozialen Unbehagens und der Missbilligung ihrer Administration bemänteln kann.

Alles in allem, um auf Kant auf karibische Weise zurückzukommen: Frieden bedeutet Veränderung, nicht nur das Schweigen der Gewehre. Ohne die Anerkennung der politisch-sozialen Komponenten des bewaffneten Konflikts ist kein Frieden möglich, sondern nur die Grabesruhe. ♦

An die Frauen, die überall auf der Welt kämpfen:

Zapatistinnen laden zum Zweiten Internationalen Frauentreffen ein

Brief der zapatistischen Frauen an die kämpfenden Frauen auf der ganzen Welt

In den Bergen von Chiapas findet Ende Dezember das Zweite Internationale Treffen der »Frauen, die kämpfen« statt. Im Mittelpunkt stehen wieder politische Debatten und Workshops, aber auch zahlreiche Sport- und Kulturveranstaltungen.

Vom 26. bis zum 29. Dezember findet in den Bergen von Chiapas das Zweite Internationale Treffen der »Frauen, die kämpfen« statt. Zu der viertägigen Zusammenkunft im autonomen Gebiet der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (Ejército Zapatista de Liberación Nacional, EZLN) laden die zapatistischen Funktionsträgerinnen ein. Im Mittelpunkt stehen wieder zahlreiche politische Debatten und Workshops, aber auch Sport- und Kulturveranstaltungen.

Mehr als 7.000 Frauen nahmen im März des vergangenen Jahres im Caracol Morelia am Ersten Internationalen Treffen der »Frauen, die kämpfen« teil. Unter ihnen befanden sich etwa 2.000 Zapatistinnen, die das dreitägige Festival organisiert hatten, und 5.000 Besucherinnen aus der ganzen Welt. Damit beteiligten sich mehr Frauen als erwartet an der internationalen Zusammenkunft. Angemeldet hatten sich nämlich nur knapp 650. Männer waren lediglich eingeladen, um zu kochen oder Kinder zu betreuen, was außerhalb des Geländes geschah.

Eines der Hauptanliegen des ersten zapatistischen Frauentreffens war 2018 die gemeinsame Unterstützung der Präsidentschaftskandidatur von Maria de Jesús Patricio. Im Rahmen der zahlreichen Diskussionen informierten unter anderem die Mütter von Verschwundenen und Opfern von Feminiziden über ihren Kampf gegen die Straflosigkeit. Mexiko verzeichnet mit sieben Frauenmorden am Tag eine der höchsten Feminizidraten Lateinamerikas. Die meisten Täter kommen jedoch straflos davon.

Von großer Bedeutung waren den Zapatistinnen, die an allen Diskussionsrunden teilnahmen, auch Gespräche über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Feministinnen aus städtischen Räumen und Indigenen in Chiapas.

Nachfolgend dokumentieren wir die Übersetzung der Einladung der Zapatistinnen zum 2. Internationalen Frauentreffen:

An die Frauen, die überall auf der Welt kämpfen:
Schwester, Compañera, Frau, die kämpft:

Wir grüßen dich als Frauen, die wir sind, als indigene und zapatistische Frauen.

Vielleicht erinnerst du dich, wir haben beim Ersten Treffen gemeinsam vereinbart, wir müssen am Leben bleiben. Wir sehen jedoch ganz klar, das Massaker an Frauen und das Verschwundenmachen von Frauen jeglichen Alters und aus jeglicher sozialen Bedingtheit geht weiter. Sie bringen uns um, machen uns verschwunden, weil wir Frauen sind. Sie sagen uns außerdem immer noch, wir seien selbst daran schuld – weil wir uns kleiden, wie wir uns kleiden, weil wir uns dort bewegen, wo wir uns bewegen, weil wir zu bestimmten Uhrzeiten und an bestimmten Orten herumlaufen würden. Und somit fehlt niemals einer, eine innerhalb der schlechten Regierungen – Mann oder Frau –, der, die sich nicht erblödet uns zu raten, wir sollten nicht vor die Türe gehen. Diesem Denken folgend sollen die Frauen immer schön im Haus eingeschlossen verbleiben, das Haus nicht verlassen, nicht studieren, lernen, nicht arbeiten gehen, sich nicht vergnügen – und sie sollen nicht frei sein.

Wir sehen klar, das kapitalistische und patriarchale System verhält sich wie ein Richter, der den Spruch fällt, wir seien schuldig, als Frauen geboren zu sein. Infolgedessen besteht unsere Strafe für dieses Delikt in der Gewalt gegen uns, in Tod und Verschwundenmachen.

Es fällt schwer, Schwester und Compañera, dies in Worte zu fassen, denn einer solch großen Bösartigkeit und Boshaftigkeit ist es kaum möglich, einen Namen zu geben. Auch wenn heutzutage »Feminizid« dazu gesagt wird – oder was auch immer –, ist keine Veränderung zu sehen. Der Mord an Frauen und ihr Verschwundenmachen gehen weiter. Später müssen unsere Familienangehörigen, unsere Freundschaften, unsere Bekannten noch darum kämpfen, dass wir nicht ein zweites Mal ermordet und verschwunden gemacht werden – dann, wenn die Schuldigen ohne Strafe gelassen werden oder gesagt wird, wir hätten eben Pech gehabt – oder schlimmer noch: Wir hätten es uns ja gesucht.

Mit Verlaub, Schwester und Compañera, das bedeutet und zeigt eine riesige Verblödung. Neben dem, dass uns gesagt wird, wir suchten den Tod, müssen wir noch gegen die Diskriminierung zu Hause, auf der Straße, bei der Arbeit, im öffentlichen Nahverkehr – durch Bekannte oder Unbekannte – kämpfen. Nein, wir sterben nicht, wir suchen den Tod nicht. Wir werden vergewaltigt, wir werden umgebracht, sie vierteilen uns, sie machen uns verschwunden.

Welche, die derart (wie oben) sprechen, sind machistische Männer – oder Frauen mit machistischem Denken.

***

Nun, Schwester, Compañera, so wie wir beim ersten Ersten Treffen vereinbart haben, am Leben zu bleiben, lebend zu sein, müssen wir (uns gegenseitig) offenlegen, was wir gemacht haben und was wir nicht gemacht haben, um diese Übereinkunft einzuhalten.

Darum rufen wir zu diesem Zweiten Internationalen Treffen der Frauen, die kämpfen, auf – mit dem einzigen Schwerpunkt: der Gewalt gegen Frauen.

Dieses Thema wird aus zwei Teilen bestehen: dem einen, der das Anzeigen und Offenmachen (von Gewalt) beinhaltet; und dem zweiten, in dem es darum gehen wird: Was werden wir tun, um dieses Massaker, das sie uns antun, zu stoppen?

Nun, dazu laden wir dich ein, Schwester und Compañera: uns zu versammeln, all unsere Wut herauszulassen und all das klar zu benennen, was sie überall auf der Welt tun.

Denn was wir sehen ist, als ob sie unseren Schmerz zerstückeln würden: hier eine vergewaltigte Frau, dort eine verprügelte Frau; hier eine Verschwundengemachte, dort noch eine Ermordete.

Das machen sie, damit wir denken sollen: Es ist ja das Problem einer anderen Frau an einem anderen Ort (als dem unseren), das uns nicht berühren wird, nicht so schlimm ist, die schlechten Regierungen werden es schon lösen.

Wir sehen jedoch, das stimmt nicht – denn es wird auch uns treffen oder eine uns Nahestehende. Ja, es ist schlimm, sehr schlimm – und die schlechten Regierungen werden nichts tun, außer Erklärungen abzugeben und zu sagen: Ja, sie werden das verfolgen – jedoch nicht die Mörder, die Vergewaltiger, die Entführer, sondern die Frauen, die mit Wut Scheiben einschlugen und Wände aus Stein besprühten und bemalten.

So ist das patriarchale kapitalistische System, Schwester und Compañera. So ist die Chose: Eine Fensterscheibe oder eine besprühte Wand hat mehr Wert als das Leben einer Frau.

Und so kann es nicht weitergehen. Wirklich nicht.

Schau, wir erzählen dir: Vor einigen Jahren, vor unserem Aufstand, vor dem Krieg gegen das Vergessen, war auf den Fincas ein Huhn mehr wert als das Leben einer indigenen Frau. Nicht zu glauben? Nun doch, so drückten sich (damals) die Großgrundbesitzer aus. Heutzutage drücken sie sich noch mieser aus – gegenüber uns Frauen, die kämpfen – mit ihrem Gewimmer über und Skandalisieren einer zerbrochenen Fensterscheibe oder einer Wandparole, die die Wahrheit spricht.

Und die Wahrheit ist nicht nur, sie vergewaltigen, ermorden uns und machen uns verschwunden – das ja –, aber die Wahrheit ist auch, wir verbleiben nicht so, als würde nichts passieren: wohlerzogen und gehorsam.

Sie greifen uns dermaßen an, dass es nahezu scheint, als ob darin ein Geschäft des Systems liegt. Wenn es mehr ermordete, verschwunden gemachte, vergewaltigte, Gewalt ausgesetzter Frauen gibt, so ergibt das mehr Gewinn. Vielleicht hält darum der Krieg gegen die Frauen nicht inne. Denn es ist nicht zu glauben, dass jeden Tag überall auf der Welt Frauen ermordet und verschwunden gemacht werden, und das System nimmt weiterhin ruhig und zufrieden seinen Lauf – ist nur besorgt ums Bezahlen, ums Geld.

Auf einmal könnte es sein, dass – wenn wir am Leben bleiben, nicht vergewaltigt werden – damit das Geschäft ruiniert ist. Es müsste auch analysiert werden, ob mit dem Anstieg der Zahl vergewaltigter Frauen auch die Gewinne der großen Kapitalisten steigen. So viele geschlagene, verschwunden gemachte, ermordete Frauen – das macht so und so viele Milliarden Dollar oder Euro oder was auch immer für eine Währung.



Eingangsbereich des »Ersten Internationalen Treffens der Frauen, die kämpfen« (8.–10. März 2018) in Chiapas. Foto: amerika21

Wir wissen sehr wohl: Das System nimmt nur das wahr, was seinen Gewinn beeinträchtigt. Wir wissen sehr gut, das System macht durch Zerstörungen und Kriege Gewinne. Somit denken wir, dass die Gewalt, die wir erfahren – unsere Tode –, für den Kapitalisten einen Gewinn bedeuten. Und unsere Leben, unsere Freiheiten, unsere Ruhe bedeuten Geldverluste für das System.

Somit möchten wir, dass du kommst und deine Anklage, deine Anzeige klar aussprichst. Nicht, damit sie ein Richter, ein Polizist oder ein Journalist hört, sondern damit dich eine andere Frau hört – mehrere Frauen, viele Frauen, die kämpfen. Und so, Compañera und Schwester, wird dein Schmerz nicht allein sein und tut sich mit anderen Schmerzen zusammen. Von so vielen Schmerzen, die sich verbinden, geht nicht nur ein einziger sehr großer Schmerz aus, sondern eine Wut, die wie ein Samenkorn ist. Und dieses Samenkorn wächst durch Organisierung – und der Schmerz und die Wut werden zu Widerstand und Rebellion, wie wir hier sagen. Und wir warten nicht mehr darauf, ob das Unglück uns trifft oder nicht trifft; und wir fangen an, etwas zu tun. Als Erstes: die Gewalt gegen uns zu stoppen; und danach: unsere Freiheit als Frauen, die wir sind, zu erobern.

Denn das ist unsere Erfahrung in unserer Geschichte als Frauen, Klein-Bäuerinnen, als Indígenas und Zapatistas.

Niemand wird uns Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit überreichen. Wir müssen kämpfen, Schwester und Compañera, kämpfen – um sie dem Befehlsgeber zu entreißen.

Die Einladung zum Thema Gewalt gegen Frauen liegt darum nicht nur darin, diese Gewalt zu denunzieren, sondern auch im Aussprechen von dem, was zu tun ist, was gemacht wurde und gemacht werden kann, um diese Verbrechen zu stoppen.

Wir wissen, denn wir haben es in deinen Beiträgen während des Ersten Treffens gehört und gesehen: Es gibt viele Formen und Arten, als Frauen, die wir sind, zu kämpfen. Wir wissen, einige sagen, ihre Form sei die beste; die Art und Weise der Anderen tauge nichts; vieles wird gesagt. Es ist o.k., wenn diskutiert wird, auch wenn zu keiner Übereinkunft gelangt wird.

Das Problem, das wir Zapatistinnen jedoch sehen, liegt darin: Wir müssen zuerst einmal am Leben sein, um darüber zu diskutieren und zu streiten, welche die beste Feministin ist. Und sie sind dabei, uns umzubringen und uns verschwunden zu machen.

Somit liegt die Einladung zu diesem Treffen in einem einzigen Thema: der Gewalt gegen Frauen. Mit zwei Teilen: Anzeige/Anklage und Vorschläge, was zu tun ist, um diesen Krieg zu stoppen.

Es geht nicht darum, gemeinsam eine Vereinbarung darüber zu treffen, alle kämpfen in gleicher Form – denn jede hat ihre Arten und Weisen, ihre Geographien und Zeiten. Von unseren unterschiedlichen Weisen zu hören, wird uns jedoch praktische Ideen geben – entsprechend dem, ob sie uns nützlich erscheinen oder nicht.

Das System möchte, wir sollten nur aus Schmerz, Verzweiflung, Angst und Ohnmacht aufschreien.

Jetzt geht es darum, gemeinsam aufzuschreien – aus Wut, Zorn und Empörung. Nicht jede jedoch vereinzelt an ihrem Ort – zerstückelt –, so wie sie uns vergewaltigen und ermorden, sondern zusammen – jede nach ihrer Zeit, ihrem Ort und ihrer Art und Weise.

Auf einmal, Compañera und Schwester, lernen wir möglicherweise, nicht nur aus Wut aufzuschreien, sondern finden die Art und Weise, den Ort und die Zeit, eine neue Welt auszurufen.

Sieh mal, Schwester und Compañera, so wie es aussieht, müssen wir, um am Leben zu bleiben, eine neue Welt schaffen. Bis dahin hat es dieses System gebracht, dass wir nur leben können, wenn wir ihm endgültig ein Ende bereiten. Nein, das System nicht ein wenig ordnen und ihm ein schönes Gesicht aufsetzen, es bitten, sich gut zu benehmen, nicht so böse zu sein, es nicht zu übertreiben; nein. Es zerstören, ja, ihm ein Ende bereiten, zum Verschwinden bringen, sodass nichts übrig bleibt, nicht einmal seine Asche. So sehen wir das, Compañera und Schwester: entweder das System oder wir. Derart hat es das System eingerichtet – und nicht wir – als Frauen, die wir sind.

Und hier die Daten, zu denen wir dich einladen: Am 26. Dezember 2019 ist die Ankunft.

Der 27. Dezember, 28. Dezember und 29. Dezember 2019 sind die Tage, wenn wir uns treffen, uns sprechen und uns zuhören. Am 29. Dezember 2019 werden wir das Treffen beenden.

Der Ort (des Treffens) wird das Semillero, das Saatfeld sein, welches wir jetzt »Weg-Spuren der Comandanta Ramona« nennen – im Caracol – Wirbel unserer Sprachen, in der Zone Tsots Choj (in der Comunidad Morelia, im Autonomen Rebellischen Zapatistischen Landkreis 17. November) –, derselbe Ort, an dem das Erste Treffen stattfand.

Die Ankunft wird im Caracol sein; dort werden auch die Namensschilder und das Programm ausgegeben; und von dort werden dich die Compañeras Chauffeurinnen zum Semillero, dem Saatfeld bringen. Männern wird der Zugang dort nicht erlaubt sein – egal, ob es anständige, gewöhnliche oder Hilft-alles-nix – Männer sind. Das heißt: Die Männer können sich nicht einmal zeigen oder von weitem unserer Zusammenkunft zuschauen, denn das Semillero wird durch die Berge geschützt.

Die Männer können im Caracol verbleiben, um zu warten – während wir uns versammeln als Frauen, die wir sind. Jedoch nur, wenn sie von einer Frau begleitet werden, die gewährleistet und sich verantwortlich macht, dass sie keine Bosheit verüben. Zu diesem Ort werden wir sagen, es ist ein »gemischter« Ort – das heißt, dort können Männer und Frauen sein, die sich so bezeichnen.

Dort, an diesem Ort, wo die Männer sein können, kann ja vielleicht eine Kommission zapatistischer Frauen vom Treffen her plötzlich auftauchen, diesen einen Vortrag halten, was gerade beim Semillero angeklagt wird. Nun, damit sie Bescheid wissen, die Männer. Und falls sie ein wenig Schamgefühl haben, gehen sie und erzählen anderen Männern davon und sprechen mit ihnen vom Wichtigsten: Wir Frauen werden nicht (mehr) darauf warten, hoffen, dass sie begreifen, sich wohl verhalten und ihren Scheißdreck lassen. Wir Frauen werden uns stattdessen organisieren, um uns erst einmal zu verteidigen und daraufhin alles, Alles, ALLES verändern.

Eine weitere Sache, von der wir sprechen möchten, Compañera und Schwester, ist: Wir haben das, was wir beim Ersten Treffen schlecht gemacht haben, durchgesehen. Darum wollen wir das Treffen auch am selben Ort machen, um zu sehen, ob wir unsere Fehler korrigieren können.

Wir haben auch gesehen, dass bei der Registrierung und bei der Programmaufstellung des Ersten Treffen, diejenigen bevorzugt wurden, die gleich denken wie die Personen, die bei der Registrierung und Programmaufstellung unterstützt haben. Das heißt, es blieben Aktivitäten aus und es gab Frauen, die ihre Aktivität nicht durchführen konnten, weil als Erstes, die gesetzt wurden, die gleich denken. Und wenn dann Anderes gemacht werden sollte, nun, dann gab es keine Zeit oder keinen Ort dafür.

Somit, damit sich nicht einschleicht, dass einige Frauen mehr wert sind als andere, werden wir zapatistischen indigenen Frauen alles von Anfang an machen – das heißt von Beginn der Registrierung und Programmaufstellung an.

Wir haben das noch nie gemacht, aber wir waren auch noch niemals zuvor Chauffeurinnen – und seht ihr, wir haben es gelernt. Nun, vielleicht kriegen wir es nicht gut hin, passen wir es nicht gut an und das Programm geht nicht auf – nun, dann wird es deshalb sein, weil wir am Lernen sind.

Nun denn, wir sind uns am Organisieren und verteilen die Arbeiten, damit es komplett von uns organisiert sein wird. Somit – wenn du deine Mail schickst (wir werden dir später die E-Mail-Adresse und den Beginn der Registrierung bekannt geben) –, weißt du bereits, es ist eine von uns zapatistischen indigenen Frauen, die deine Mail öffnet, deinen Namen und deine Organisation, Gruppe oder Kollektiv notiert, oder dass du als Einzelne kommst. Wir werden dir mit etwas antworten, damit du weißt, wir haben deinen Namen auf der Liste. Und wenn dein Brief besagt, du wirst etwas machen, dann werden wir es ins Programm setzen. Darum bitten wir dich, wenn du dich registrierst, dass du es in Spanisch machst, denn unsere Sprache ist eine Maya-Sprache. Wir können etwas Spanisch, jedoch keine anderen Sprachen der Welt. Und falls wir uns irren und deinen Namen nicht aufgeschrieben haben, das ist kein Problem – denn wenn du hier ankommst, kannst du dich auch hier registrieren, und wir geben dir hier dein Namensschild für das Zweite Internationale Treffen der Frauen, die kämpfen.

Nun, somit weißt du bereits die Daten und den Ort. Du kannst dich bereits organisieren, um hierherzukommen, oder eine schicken oder eine beauftragen, dass sie dir erzählt und davon spricht, wie wir waren und was wir sagten. Und damit – obwohl du weit weg bist – wirst du wissen: Unsere Pflicht als Frauen, die kämpfen, besteht darin, das Lichtchen, das wir dir gaben, nicht erlöschen zu lassen. Denn auf einmal ist es nicht nur dazu da zu leuchten, sondern ist auch nützlich, das verdammte patriarchale kapitalistische System in Flammen zu setzen.

Nun gut, Schwester und Compañera, im Moment ist das erst einmal alles. Wir werden dir später die E-Mail-Adresse und den Beginn der Registrierung bekanntgeben. Du weißt jedoch jetzt bereits das Wichtigste: Das Treffen findet am 26., 27., 28. und 29. Dezember 2019 statt – am selben Ort, wo das Erste Treffen war – und von woher wir dir diese Worte schreiben – und von dort schicken wir dir eine Umarmung, das heißt…

Aus den Bergen des Südostens Mexikos.

Koordinatorinnen der Zapatistischen Frauen für das Zweite Internationale Treffen der Frauen, die kämpfen. ♦



Internationalismus-Studien ganz praktisch

Von anderer Welt

Projekt Balumil, Chiapas

Das Projekt »Balumil« möchte die Organisierung der Zapatistas im Widerstand konkret erfahrbar machen und zum Aufbau eines konkreten Internationalismus zwischen hier und dort, dort und hier mit beitragen. Es gibt es bereits seit 2017 und geht jetzt in seine »dritte Runde«.

Es wurde bereits viel über die Zapatistas in Chiapas, im Südosten Mexikos geschrieben. Doch einiges des zapatistischen Widerstands und ihres Aufbaus der Autonomie wird erst verständlicher, wenn mensch selbst einmal dort war und es somit direkt erfahren konnte. Aus diesem Grund organisieren wir – als colectivo gata-gata – das Projekt »Ja'un ta yan balumil[1] – Ser internacionalista«, kurz: »Balumil«.

Was wollen wir? Gemeinsam voneinander lernen.

Durch einen dreiwöchigen Aufenthalt an der autonomen zapatistischen Sprachschule im Caracol von Oventik, in den Altos de Chiapas, möchten wir den direkten Austausch mit den Zapatistas stärken und ihre autonomen Organisierungsformen konkret erfahrbar machen. Nach drei Balumil- Vorbereitungsseminaren in Deutschland werden die Teilnehmenden einen Spanisch- oder Tsotsil[2]-Sprachkurs dort vor Ort machen. Sie lernen die zapatistische Autonomie in ihren Strukturen kennen und beteiligen sich an praktischen Kollektiv-Arbeiten und gemeinsamer Diskussion und Studium libertärer Texte. Zurück in Deutschland wird – neben dem öffentlich gemachten Weitertragen des Erlebten und Erfahrenen in Veranstaltungen und Info-Karawanen – in einem gemeinsamen Reflexionsprozess nach internationalistischen Verbindungspunkten im Hier und Jetzt, Dort und Hier, gesucht und gefunden. Generell sind hier der Fantasie und dem Ideenreichtum der Teilnehmenden keine Grenzen gesetzt – außer die der praktischen Realisierbarkeit.

Und was haben die Zapatistas davon?

Dass das Projekt nicht nur einen »Nutzen« für die Teilnehmenden aus dem deutschsprachigen Raum haben wird, sondern



auf Gegenseitigkeit beruht, gehört zu unserem Selbstverständnis und unserer Praxis. Es ist auf Wunsch und in Absprache mit dem Kollektiv der zapatistischen Bildungspromotor*innen des CELMRAZ (Centro de Español y Lenguas Mayas Rebelde Autónomo Zapatista) im Caracol Oventik entstanden und von den Zapatistas ausdrücklich gewollt und autorisiert worden. Neben der direkten materiellen Unterstützung ihrer autonomen Struktur durch die Sprachkursgebühren geht es um einen gegenseitigen Austausch mit den Zapatistas; das heißt auch, selbst einen direkten Einblick in unsere tatsächliche oder gewünschte Organisierung, unsere Widerstände und Alltagskämpfe zu geben. Konkret: Jede*r Teilnehmer*in wird in der ihr*ihm gemäßen Form – ob Bilder, Lieder, Texte, Filmchen etc. – etwas Informatives nach Chiapas mitbringen.

Wann soll es das nächste Mal losgehen und wer kann teilnehmen?

Der nächste Gruppen-Aufenthalt in Oventik, in Chiapas, wird im September/Oktober 2020 stattfinden. Zusätzlich gibt es auch die Möglichkeit – für einen anderen Zeitraum als den der Gruppenreise –, als Einzelne, als so genannte Regulares, von uns für einen Lern-Aufenthalt in Oventik akkreditiert zu werden. Notwendig für beides ist jedoch die Teilnahme an drei hintereinander folgenden Vorbereitungsseminaren.

Die Balumil-Seminare finden statt: Im Winter: 29. November bis 1. Dezember 2019; 17. bis 19. Januar 2020; 14. bis 16. Februar 2020 21. bis 23. Juli 2017. Im Frühjahr: 24. bis 26. April 2020, 22. bis 24. Mai 2020; 19. bis 21. Juni 2020. Anmeldungen für die Seminar-Blöcke sind möglich bis zum 15.11.2019 bzw. bis zum 10. April 2020.

Am Projekt teilnehmen können alle mit Interesse an und/oder Erfahrung in praktischem Internationalismus und/oder alternativen, kollektiven Strukturen; Colectivistas des deutschsprachigen Raums; kritische Gewerkschafter*innen u. a.; jüngere wie ältere Menschen.

colectivo gata-gata | http://balumil.blackblogs.org

1 Tsotsil: »Ich bin von einer anderen Welt«; heißt übersetzt: »Ich bin Internationalist*in.«

2 eine der alltäglichen Maya-Sprachen

Vorstellung des Avakino Filmkollektivs

Menschen, die das freie Denken lieben

Sophia Angeli

Im Mai diesen Jahres beschlossen einige in Hamburg lebende Menschen, dass es an der Zeit sei, ein Kollektiv zu gründen, welches in sich den gemeinsamen Wunsch verwirklicht, alternative Filmkunst zu entwickeln. Dieses Kollektiv soll auch in diesem Bereich eine Brücke zwischen Kurdistan und Hamburg, aber genauso zu anderen alternativen Projekten bauen. So wurde auf den Wassern der Elbe das Avakino Filmkollektiv von zwölf Film- und Kulturschaffenden gegründet. Im Manifest des Kollektivs heißt es:

»Dieser Film beginnt mit uns. Aus Mesopotamien und Anatolien sind wir nach Hamburg gekommen und bringen die Seelen unserer Länder mit. Hier sind wir auf weitere revolutionäre Filmschaffende getroffen. Dieser Film beginnt mit einem egalitären und libertären Lied. Wir tragen das Wasser von Tigris und Euphrat in unseren Händen. Unser Film wird auf den Wassern der Elbe segeln.

Die Elenden aus Anatolien und dem Nahen Osten bringt unser Film mit den anderen Anderen zusammen. In Hamburg treffen sich die Charaktere und beginnen die Suche nach all denjenigen, die sagen, dass ein anderes Kino möglich ist.«

Kurz nach Gründung bewarb sich das Kollektiv erfolgreich um Räume an einem Ort, welcher selbst seit nunmehr zehn Jahren ein sehr lebendiger Schauplatz alternativer Kunst- und Kulturproduktion in Hamburg ist. Vom Gängeviertel aus, einem selbstverwalteten Freiraum mit vielen Möglichkeiten, startete das Kollektiv die Arbeit an den gesetzten Zielen. Dort wurde am 3. Oktober auch die Eröffnung des Kollektivs gefeiert. Dies zum Anlass nehmend, gaben bANDiSTA aus Istanbul ein Solidaritätskonzert. Auch wenn nur dreien von sechs Mitgliedern der Band das erforderliche Visum erteilt wurde, schafften sie es dennoch, mit Akkordeon, Bass und Gesang ein Konzert zu geben, das sowohl zum Tanzen brachte als auch die Verortung der Band in der Widerstandsbewegung in der Türkei widerspiegelte. Zudem spielte Grup Cemre, eine antifaschistische Band aus Hamburg, und ein bekannter Regisseur legte zum Schluss Platten auf. Die Eröffnung wurde sehr gut besucht und brachte viele unterschiedliche Menschen zusammen. Das Kollektiv selbst zeigt sich sehr zufrieden mit dem Interesse, welches aus Hamburg und Umgebung entgegengebracht wurde.

Wo lernen wir?

Wo lernen wir leben
und wo lernen wir lernen
und wo vergessen
um nicht nur Erlerntes zu leben?

Wo lernen wir klug genug sein
die Fragen zu meiden
die unsere Liebe nicht einträchtig machen
und wo
lernen wir ehrlich genug zu sein
und unserer Liebe zuliebe
die Fragen nicht zu meiden?

Wo lernen wir
uns gegen die Wirklichkeit wehren
die uns um unsere Freiheit
betrügen will
und wo lernen wir träumen
und wach sein für unsere Träume
damit etwas von ihnen
unsere Wirklichkeit wird?

Erich Fried

Ein Teil des Selbstverständnisses des Kollektivs bezieht sich auf die Filmkommune in Rojava, die Akademiya Şehîd Yekta Herekol. Deren Ziele, Filme ins Kurdische zu übersetzen, in Rojava selbst Filme zu produzieren und Filmschaffende ausbil-



Eröffnungsveranstaltung des Avakino Filmkollektivs im Hamburger Gängeviertel. Foto: anf

den, finden sich übertragen in Hamburg wieder. Hier werden explizit die folgenden Ziele genannt: die Schaffung eines Archivs der kurdischen Filmkunst; die Produktion eigener Filme; die Ausbildung neuer Filmschaffender; der Aufbau eines Netzwerkes alternativer Filmschaffender; die Bekanntmachung kurdischer Filme und der Zugang zu diesen; der Bezug auf revolutionäre Filmkunst weltweit.

Popularität, Produktion und Bildung – unter diesen drei Aspekten lassen sich wohl die Aktivitäten des Kollektivs zusammenfassen. Im Konkreten wird sich das folgendermaßen gestalten: Das sich neu entwickelnde alternative Kino soll bekannt gemacht werden. Dies geschieht durch die Organisierung von Filmtagen, aber auch durch monatliche Veranstaltungen, wie etwa das diskursiven Vorführen von Filmen. Die Schaffung eines Archivs in Hamburg ist neben der Zugänglichkeit aber auch dem Risiko geschuldet, welches durch Krieg und Verfolgung auf vorhandenen Filmen in Kurdistan selbst liegt. Daneben soll auch die Präsenz auf Filmfestivals weltweit der Öffentlichkeit und Vernetzung dienen.

Der Aspekt der Produktion schlägt insbesondere die Brücke nach Hamburg. Denn neben der Zusammenarbeit mit anderen lokalen Filmemacher*innen dient dieser insbesondere der Sichtbarmachung all jener Geschichten, die sich den hegemonialen Erzählungen der Mächtigen entziehen. Flucht, Vertreibung, Rassismus sind Thematiken eigener Produktionen, aber auch Geschichten aus dem Alltag, dem Zusammenleben verschiedener Kulturen. Nicht nur an Filmen, sondern auch an Theaterstücken, auch in kurdischer Sprache, arbeitet das Kollektiv.

Bildung findet sowohl nach innen als auch nach außen statt. Kino bildet nur gemeinsam mit den Zuschauer*innen ein filmkünstlerisches Werk. Diesem Motto entsprechend, organisiert das Kollektiv Seminare und Filmvorführungen, um die Zuschauenden in ihrem Willen nach Kritik und Mündigkeit zu unterstützen. Der Austausch mit anderen alternativen Filmschaffenden wird zu einem weiteren Bildungselement. Zur internen Bildung dient das Erlernen von Techniken und Methoden, auf praktischer wie auf theoretischer Ebene.

Der Umgang mit der kurdischen Sprache lässt sich ebenfalls in allen Aspekten, aber auch im Gründungsmanifest wiederfinden. Jahrzehntelang wurde sie durch die regionalen und kolonialen Staaten verboten. Bis 1993 wurde Kurdisch als Kinosprache nicht zugelassen; durch das Verbot konnten auch keine oder nur wenige Filme in der Sprache gemacht werden. Selbst kulturimperialistische Propaganda des westlichen Lebensstils, wie viele Filme aus Hollywood, wurden nicht ins Kurdische übersetzt. Eine Änderung trat mit dem Sturz der Saddam-Diktatur im irakisch besetzten Teil Kurdistans ein, wo anschließend die ersten kurdischen Filme entstanden. Selbiges geschah im türkisch besetzten Teil Kurdistans. Mit der Revolution in Rojava wurde die bereits von Halil Dağ bei der Guerilla entwickelte alternative Filmkunst zunehmend mit neuem Leben gefüllt. Antikapitalistische, antinationalistische und antisexistische Ausrichtungen prägen nun verstärkt die dort entstehenden Filme.

Eingangs zitiertes Gedicht umschreibt das Kollektiv treffend. Es ist ein Ort der gegenseitigen Unterstützung, der Bildung, des voneinander Lernens und der Inspiration. Das, was nicht gesehen wird, wird sichtbar gemacht und Widerstand gegen die Reproduktion der hegemonialen Sprach- und Herrschaftsstrukturen geleistet. Das Kollektiv beruft sich auf das Erbe der revolutionären Filmkunst weltweit und versammelt auf vielfältige Art Menschen, die das freie Denken lieben und sich auch als Künstler*innen dem Aufbau einer anderen Welt widmen. ♦

»Das freie Leben aufbauen – Dialoge mit Öcalan«

Die Errichtung eines Prinzips

Buchvorstellung von Nazan Üstündağ

Im April dieses Jahres erschien im Aram-Verlag das Buch »Özgür Yaşamı İnşa Diyalogları«. 17 AutorInnen aus verschiedenen Teilen dieser Erde haben über die Gedanken Abdullah Öcalans geschrieben. Es wird demnächst auch auf Deutsch und Englisch erscheinen.

Auch ich habe einen Beitrag zu diesem Buch verfasst. Aus diesem Grund bin ich wohl nicht die geeignetste Person, um eine Bewertung vorzunehmen. Mein Text jedoch ist erst durch die Inspiration entstanden, die ich aus dem Projekt geschöpft habe, und diese Inspiration möchte ich mit euch teilen.

Das Buch gibt die theoretischen Diskurse Abdullah Öcalans mit den bedeutendsten Intellektuellen der Geisteswissenschaften wieder und es werden keineswegs nur Diskurse allein aus abstrakten Gedanken abgebildet. Es weist eine große Ähnlichkeit mit den Schriften Abdullah Öcalans auf, die er unter den immensen Beschwerlichkeiten der Isolationshaft auf der Gefängnisinsel Imralı mit viel Mühe und aufgrund seiner großen Erfahrung anfertigte, und zugleich so, wie auch seine Gedanken, reißt es die bestehenden Grenzen des Möglichen ein. So, wie jeder Vorschlag und jede Schrift von Abdullah Öcalan in der Welt etwas verändert, eine Bewegung, einen Aufbruch, eine Entstehung bewirkt, haben auch die AutorInnen dieses Buches im Kern das Ansinnen, eine Bewegung, einen Aufbruch zu schaffen.

Die Bemühung, eine Revolution des Mittleren Ostens zu universalisieren

Es wird sich mit der Theorie und den Ansätzen Öcalans auf der Grundlage der von ihm verwendeten Terminologie auseinandergesetzt, dabei werden die Verhältnisse und Bedingungen, unter denen diese Begriffe entstanden sind, nicht außer Acht gelassen. Somit wird Öcalan gegen die vom Staat(-ensystem) und der kapitalistischen Moderne präferierte positivistische Wissenschaft und das imperialistische Rechtssystem verteidigt. Wir sind als Kollektiv zusammengekommen, um allen einen Zugang zu Öcalan zu ermöglichen, indem wir die Universalität der Theorie und Politik Abdullah Öcalans betonen und herausarbeiten. In diesem Sinne trägt »Das freie Leben aufbauen« gegenüber einem herkömmlichen Buch eine größere politische und historische Bedeutung – eine revolutionäre mittelöstliche Führungspersönlichkeit und dessen Bewegung werden universalisiert und mit der akademischen Welt assoziiert. Ich denke, das ist auch der inspirierendste Aspekt an diesem Buch.

Wir sind als Kollektiv zusammengekommen, um allen einen Zugang zu Öcalan zu ermöglichen, indem wir die Universalität der Theorie und Politik Abdullah Öcalans betonen und herausarbeiten. In diesem Sinne trägt »Das freie Leben aufbauen« gegenüber einem herkömmlichen Buch eine grössere politische und historische Bedeutung – eine revolutionäre mittelöstliche Führungspersönlichkeit und dessen Bewegung werden universalisiert und mit der akademischen Welt assoziiert.

Den ersten Teil schreibt die Internationale Initiative »Freedom for Abdullah Ocalan – Peace in Kurdistan«, die auch Herausgeberin des Bandes ist. Mit ihrem schon zwanzig Jahre andauernden und unermüdlichen Einsatz verbreitet sie die Geisteshaltung Öcalans auf Konferenzen, Sitzungen, aber auch, indem sie gemeinsam mit der Sache nahestehenden AkademikerInnen diskutierten und Projekte anstießen, die Synergien erzeugten, was wiederum einen unermesslichen Wert darstellt für die Realisierung dieser Arbeit. Den wichtigsten Part des

erstens Teils machen die Vorworte zu den Büchern von Öcalan aus. Sie wurden von den AutorInnen verfasst, auf die sich Öcalan oft bezieht bzw. die er zitiert, wie John Holloway, Immanuel Wallerstein, Barry Gills und Antonio Negri, so wird auch das Band der Verbundenheit miteinander vertieft.

Enge FreundInnen des kurdischen Freiheitskampfes wie Norman Paech und der verschiedene Ekkehard Sauermann gehen auf die Gedanken Öcalans ein, zudem nehmen sie eine historische Einordnung der Verschleppung Öcalans durch ein Komplott, in das internationale Mächte verstrickt waren, und der Bedeutung der getroffenen Entscheidungen dieser Kräfte im Hinblick auf Öcalan für eine neue globale imperialistische Politik im 21. Jahrhundert vor. Sauermann, der sich einerseits als Marxist definiert, greift andererseits aber die Kritiken Öcalans am Marxismus auf und setzt sie in eine fortführende Beziehung zueinander.

Andere demokratische Bewegungen

Im zweiten Teil setzt sich der berühmte anarchistische Schriftsteller Peter Lamborn Wilson mit den Thesen Öcalans über das Neolithikum und die sumerische Zivilisation auseinander. Wilson hat einen besonderen Stellenwert für unser Buch. Das Besondere an ihm ist, dass er in seinen Bestrebungen, eine anarchistische Analyse vorzunehmen, die Historie Mesopotamiens in den Mittelpunkt stellt, und während seiner Arbeiten stieß er auf die Schriften Öcalans und fand einen ihm vertrauten Geist.

Des Weiteren werden in dem Kapitel von Donald H. Matthews zusammen mit Thomas Jeffrey Miley die Bewertungen Öcalans der monotheistischen Religionen und von Muriel González Athenas die Beurteilungen des sozialen Geschlechts in der Menschheitsgeschichte einer kritischen Betrachtung mit einem vertiefenden Anspruch unterzogen.

Die Schriften im dritten Teil stellen einen Dialog des Südens mit dem Süden dar. Hier schreiben Radha D'Souza, Raúl Zibechi und Andrej Grubačić, die uns auf eine Reise mitnehmen vom Süden Asiens über den Balkan bis nach Lateinamerika. In ihren Texten führen sie die Grundsätze der auf dem Mittleren Osten fußenden Theorie Öcalans fort und führen unterschiedliche Bewegungen auf, die ebenfalls ein Leben in Freiheit schaffen wollen.

Radha D'Souza, die sich auf eine indische Philosophie der Autonomie und der Freiheit bezieht und Einblick in regionale Quellen hat, zeichnet uns ein differenziertes und äußerst divergentes Bild von dem auf dem Hinduismus beruhenden nationalen Befreiungskampf. Raúl Zibechi gibt uns einen Einblick in die Kämpfe der Stämme Südamerikas um eine andere Welt, eine andere Gesellschaft und eine andere Theologie, wobei er in eine fiktive Diskussion mit Öcalan tritt. Sollte es auch nur für einen Augenblick sein, so reißt er damit dennoch die Mauern von Imralı ein.

Was mich am meisten bewegt hat in diesem Teil des Buches, war der Text von Andrej Grubačić. Weil er sich auf eine Zeit bezieht, die noch gar nicht so weit weg ist und dadurch aber auch seine eindrucksvolle Schreibweise erfassbar werden lässt. Er geht auf die Vorstellungen der KommunistInnen in Serbien ein, die in der Phase des Zusammenbruchs des Osmanischen Reichs, entgegen den imperialistischen Bestrebungen für die Türkei als Nachfolgerstaat und dem auf dem Balkan wütenden Nationalismus, eine autonome, selbstverwaltete Föderation für den Balkan und Anatolien vorschlagen.

Sie sehen Volksfeste vor, die sich der Demokratie verpflichten. Was wiederum auch von BäuerInnen und ArbeiterInnen auf den Schlachtfeldern Europas mit Leidenschaft verteidigt wurde, von den MarxistInnen in Europa jedoch als nichtig angesehen wurde. Gemeinsam mit dem Untergang des Osmanischen Reichs entstanden in Serbien, Griechenland, Armenien und in vielen anderen Teilen kommunistische Bewegungen, die diese Idee vertraten, der nun in Kurdistan mit mesopotamischem Einfluss neues Leben eingehaucht wurde und die zusammen mit den Worten von Grubačić von Neuem zu faszinieren beginnt.

Inspiration für alle, die nach Alternativen suchen

Im letzten Teil hat mich vor allem der Text von David Graeber tief beeindruckt. Denn Graeber konzeptualisiert die Schriften Öcalans über die Mythologie und schafft es so, das Diskussionsniveau weiter anzuheben. Die Frauenfrage wird in den Thesen Öcalans nicht als Nebenwiderspruch in Anbetracht anderer Identitäten behandelt, sondern als Haupteinheit, um ein Verständnis für die Welt zu erhalten. In Anbetracht dessen, dass die Leistung der Frau nicht zählbar, verbrauchbar und handelbar ist, ist sie ein Geschenk, an das kein Maßstab angelegt werden kann. Die wesentliche Ursache dafür, dass die Arbeit der Frau wertlos wurde, oder für den durch den Kapitalismus erschaffenen Tauschhandel. Die Methodik Öcalans ist nicht nur deshalb revolutionär, sondern weil sie bestrebt ist, eine fortwährende Intervention gegen die eigene Vorherrschaft zu führen. Sie erzeugt nicht nur eine gesellschaftliche Dialektik, zur selben Zeit hat sie die in der Gesellschaft und in der Bewegung auftretende Dialektik bedingt.

Diejenigen, die das Buch bewertet haben, sind der Meinung, dass es mit seinen Texten einen Beitrag zu einem Diskurs lie-

fert, an dem sich eine breite LeserInnenschaft beteiligen wird, und hoffen, dass alle Menschen dieser Welt, die auf der Suche nach einer Alternative sind, inspiriert werden. Ich denke, dass dieses Werk, die Schriften und Gedanken Abdullah Öcalans, einer breiten LeserInnenschaft eine Perspektive bietet, und für all diejenigen, die in Mesopotamien, Anatolien und im Mittleren Osten auf der Suche nach einer Alternative sind, bietet es neue Ansätze und stellt eine Inspirationsquelle dar. ♦

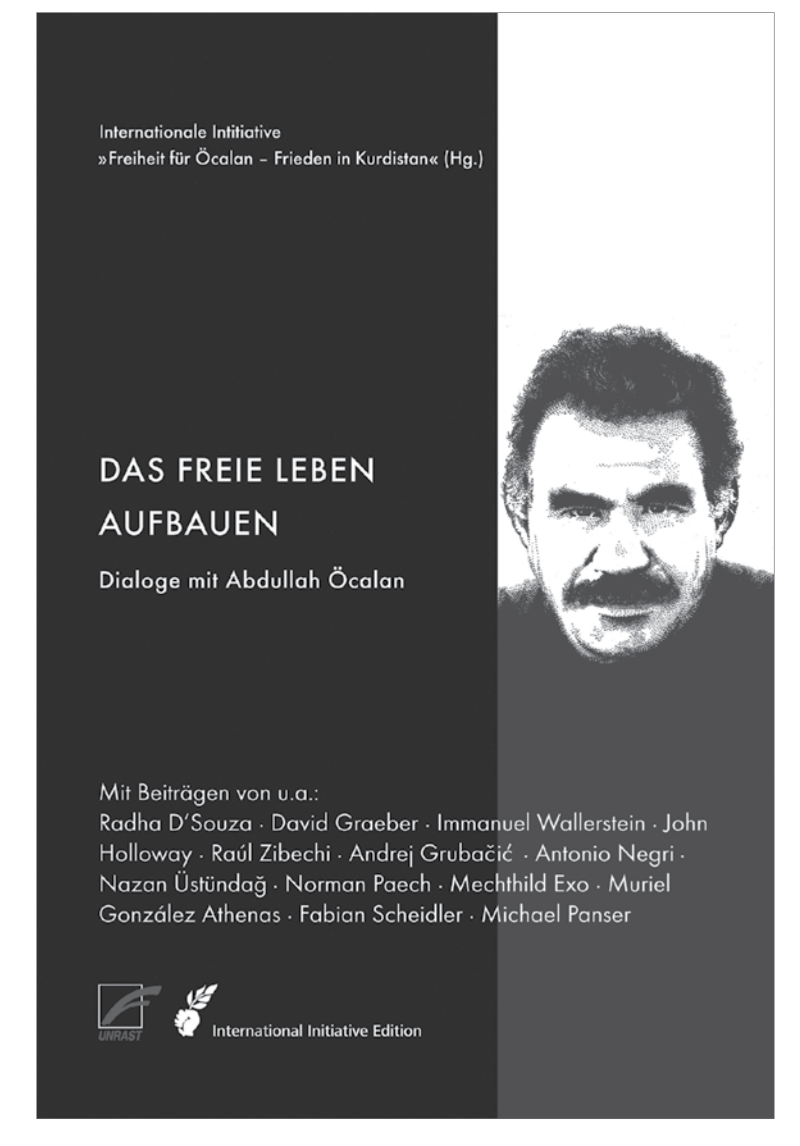
Das freie Leben aufbauen
Dialoge mit Abdullah Öcalan

Kurzbeschreibung

Erstmals findet in deutscher Sprache eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Denken und Schreiben Öcalans und seinem politischen Einfluss statt. In diesem besonderen Band sind 18 Autor*innen, Aktivist*innen, Philosoph*innen und Wissenschaftler*innen vertreten, deren Ideen im Verhältnis zu Öcalans Schriften untersucht und debattiert werden. Das breite Spektrum namhafter Autor*innen beleuchtet verschiedene Aspekte der Theorie und Praxis des einflussreichen kurdischen Denkers, der sich seit mehr als zwanzig Jahren in Isolationshaft auf der türkischen Gefängnisinsel Imralı befindet.

Äußerst facettenreich werden in Das freie Leben aufbauen die Ideen diskutiert, die zur Revolution in Rojava führten: Vom demokratischen Konföderalismus bis zur Frauenrevolution, von der Geschichtsphilosophie bis zur Krise des Kapitalismus, von Religion bis Marxismus und Anarchismus wird das freiheitliche gesellschaftliche Denken mit der Philosophie Öcalans in Beziehung gesetzt, das sich radikal gegen Kapitalismus, Patriarchat und den Staat stellt.

Die Beiträge für diesen Sammelband stammen aus der Feder verschiedenster internationaler Autor*innen wie John Holloway, David Graeber, Immanuel Wallerstein, Antonio Negri, Peter Lamborn Wilson (Hakim Bey), Norman Paech, Muriel Gonzáles Athenas, Andrej Grubačić, Raúl Zibechi, Fabian Scheidler, Mechthild Exo, Michael Panser, Abdullah Öcalan u. a.



Orginaltitel:
Özgür Yaşamı İnşa Diyalogları
Erschienen bei Unrast
International Initiative Edition

Erscheinungsdatum 10/2019
Umfang: 335 Seiten
ISBN paperback
9783897710764
Preis: 18 €

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Rojava: Demonstration im nordsyrischen Şehba gegen den türkischen Angriffskrieg.
Foto: anha

Rückseite:
Heyva Sor a Kurdistanê: Spendenaufruf für Rojava/Nord- und Ostsyrien!

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Spendenaufruf für Rojava/Nord- und Ostsyrien !

Kurz, sehr kurz kam Hoffnung auf, dass Verhandlungen für eine Beendigung der Aggression gegen die Bevölkerung in Nord- und Ostsyrien aufgenommen werden und der Krieg, den die Türkei mit ihrer Invasion in Nordsyrien begann, ein Ende nehmen könnte. Die Türkei, mit ihrer langen Geschichte von Massakern und Völkermorden, fügt dieser ein weiteres Massaker hinzu, indem sie die basisdemokratischen Selbstverwaltungsstrukturen der Bevölkerung von Rojava/Nord- und Ostsyrien überfällt. Die Türkei und die unter ihrem Befehl stehenden dschihadistischen Gruppen wollen mit aller Macht eine friedliche Region verunsichern, die Menschen vertreiben und die Selbstverwaltungsstrukturen zerstören.

Rücksichtslos werden vom türkischen Staat und seinen islamistischen Söldnern Zivilisten, Kinder, Alte und Frauen angegriffen und getötet.

Sie bombardieren und zerstören Häuser, Camps von Flüchtlingen sowie Gebäude von Zivilisten und vernichten damit das Leben und Eigentum der Menschen.

Zuletzt haben sie Rettungsfahrzeuge von »Heyva Sor«, in denen Verletzte transportiert wurden, beschossen und damit alle Regeln des Kriegsrechts missachtet und verletzt.

Die Tatenlosigkeit der Staatengemeinschaft bestärkt die Türkei in der Fortsetzung ihrer militärischen Aggression

Tausende Menschen aus Rojava/Nord- und Ostsyrien sind im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat gefallen, und dennoch haben ihn die Völker Nord- und Ostsyriens fortgesetzt, um die Welt vom IS zu befreien.

Sie haben eine Gesellschaftsstruktur aufgebaut, in der alle Völker, egal welcher Ethnie oder kulturellen Zugehörigkeit, in Frieden zusammen leben können.

Heyva Sor a Kurdistanê hat zur Unterstützung von Rojava/Nord-Ostsyrien eine Spendenkampagne gestartet.

Lassen wir die Menschen Rojavas/Nord- und Ostsyriens mit den Angriffen und dem Embargo nicht allein!

Gebt uns mit Euren Spenden die Möglichkeit, zügig und unbürokratisch die bitter notwendige Hilfe zum Überleben und zur Versorgung der Bevölkerung mit dem Notwendigsten zu leisten.

Lasst uns zusammen eine große Spendenbereitschaft zeigen, so wie schon für Efrîn, Kobanê, Şengal und die durch den türkischen Staat zerstörten kurdischen Siedlungen in Nordkurdistan! Es soll uns eine Selbstverständlichkeit sein!

Heyva Sor a Kurdistanê e. V.
Wilhelmstr. 12
53840 Troisdorf
Tel.: +49 (0) 2241 975 25 83
+49 (0) 2241 975 25 85
Fax : +49 (0) 2241 975 25 84
E-Mail: heyvasor@web.de
Kreissparkasse Köln
Konto Nr: 40 10 481
BLZ: 370 502 99
IBAN: DE49370502990004010481
BIC/SWIFT: COKSDE33XXX
Verwendungszweck: Rojava

(Bitte beachten: Durch eine Verfügung seitens der ADD Rheinland-Pfalz können wir keine Spenden aus dem Bundesland Rheinland-Pfalz annehmen. Bis zur Klärung der Sachlage umfasst keine unserer Hilfsaktionen dieses Gebiet.)



ISSN 0935-5375